

Politik & Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikkultur.de

In dieser Ausgabe:

Nikolaus Bernau
Monika Grütters
Philipp Meuser
Wolfgang Thierse
Çiğdem Uzunoğlu
und viele andere

Sucht

»Mama, guck, wie schön«, ein Mädchen hält ihrer Mutter ein wunderbar gefärbtes Herbstblatt entgegen, die Mutter schaut nicht von ihrem Handy auf. Unwillkürlich frage ich mich, wem sollte die Benutzung von Handys eigentlich verboten werden?

Smartphones sind aus dem Alltag kaum noch wegzudenken – sie informieren, vernetzen und unterhalten. Doch ihr zügelloser Gebrauch führt zunehmend zu Problemen. Immer mehr Stimmen fordern deshalb Einschränkungen oder Verbote der Nutzung von Handys.

An Schulen beeinträchtigen Handys häufig die Lernatmosphäre. Schüler sind durch soziale Medien, Spiele oder Chatnachrichten abgelenkt und können sich weniger auf den Unterricht konzentrieren. Ein Handyverbot während des Unterrichts fördert nicht nur die Konzentration, sondern auch die direkte Kommunikation zwischen Schülern.

Im Straßenverkehr sind Handys eine der Hauptursachen für Unfälle. Schon wenige Sekunden Blick aufs Display genügen, um ein Hindernis zu übersehen oder eine rote Ampel zu missachten. Ein konsequentes Handyverbot während der Fahrt – auch für Radfahrer und Fußgänger, wenn sie sich im öffentlichen Straßenverkehr bewegen – wäre ein wirksamer Beitrag zur Verkehrssicherheit.

In Bibliotheken, Theatern, Museen oder dem öffentlichen Nah- und Fernverkehr wird das Handy schnell zur Belästigung. Lautes Telefonieren, Videos oder Musik über Lautsprecher stören andere Besucher. Ein Verbot oder zumindest eine Pflicht, den Lautlos-Modus zu nutzen, kann hier helfen.

Besonders junge Nutzer sind gefährdet: Studien zeigen, dass exzessive Smartphone-Nutzung Schlafstörungen, Konzentrationsprobleme und soziale Vereinsamung fördern kann. Ein teilweises Handyverbot – etwa keine Geräte für Kinder unter zwölf Jahren – könnte helfen, eine gesunde Entwicklung zu sichern und digitaler Abhängigkeit vorzubeugen.

Ein häufig übersehener Aspekt ist der zwischenmenschliche Schaden, der durch exzessive Handy-Nutzung entsteht. Die Mutter, die ihr Kind nicht beachtet, ist nur ein Beispiel. Der ständige Blick aufs Display verhindert echte Nähe. Kinder, Partner und Freunde erfahren, dass das Gerät oft wichtiger scheint als das Gegenüber – mit langfristigen Folgen für Empathie und Beziehungsfähigkeit.

Handys sind nützliche Werkzeuge, aber ihr Gebrauch braucht klare Grenzen, denn wie bei allen Suchtmitteln, und das sind sie, kann der Einzelne diese Grenzen oft nicht mehr selbst einhalten.

Olaf Zimmermann,
Geschäftsführer
des Deutschen
Kulturrates und
Herausgeber von
Politik & Kultur



In Bewegung

Ein aktueller Bericht zur Geschlechtergerechtigkeit in Kultur und Medien sagt: Es geht voran, aber es gibt noch viel zu tun.

Seite 3

RechtsRock

RechtsRock ist in Deutschland ein zentrales Element in rechts-extremen Kreisen. Geschichte und Gegenwart – ein Überblick.

Seiten 6 und 7

Wiederaufbau

Die Hamburger Bornplatzsynagoge wird – endlich – wieder aufgebaut. Die Besonderheit: für orthodoxe und liberale Juden.

Seite 9

Integration

»Prinzen«-Sänger Sebastian Krumbiegel über Zusammenhalt und den Aktionstag der Initiativen kulturelle Integration.

Seite 11



Wohn-Kultur

Seiten 15 bis 26

Wohnen neu denken

Wege zu einer angemessenen und würdevollen Wohnkultur

REINER NAGEL

Die politische Debatte zum Wohnen in Deutschland ist zahlendominiert: Bedarfe, Leerstände, Baukosten, Mietkosten, Nebenkosten, Wohnfläche, Renditen. Die Maßeinheiten sind Stückzahl, Euro und Quadratmeter. Wer fachlicher einsteigt, spricht über Planungsrecht, Bauordnungsrecht, Boden- oder Mietrecht. Wohnqualitäten, Gestaltung und Baukultur oder schlicht die Frage nach einem gelingenden Zusammenleben im Wohnquartier stehen nicht oben auf der Agenda.

Räume prägen Menschen – das heißt aufs Wohnen übertragen: Wohnungen prägen Menschen. Aber nicht nur die abgeschlossene Wohnung selbst, sondern deren Integration in die Nachbarschaft, die Qualität des Wohnumfeldes und die sozialräumliche und infrastrukturelle Einbindung sind ausschlaggebend. Mit allen Sinnen nehmen wir von Kindheit an unsere gebaute Umwelt wahr, das sind Farben, Formen, Materialien, Licht und Gerüche, und bilden daran die Maßstäbe dafür, wie und wo wir uns in der Welt zu Hause fühlen. Der Raumgestaltung anhand dieser grundlegenden Qualitäten stehen Gesetze, Regularien und Vorschriften im Wohnungsbau gegenüber, die einen Standard bestimmen, dessen Ausmaße nicht nur bei Bauschaffenden zunehmend in Frage gestellt werden.

Inzwischen wundern sich viele, dass als Residual der Zahlendebatte mit unterschiedlichen Maßeinheiten landauf, landab »Wohnkisten« entstehen, die nicht mal denen richtig gefallen, die sie geplant und gebaut haben: »Dazu müssen Sie wissen, wir mussten KfW Standard xy beachten, Zwangsbelüftung, und aus Kostengründen konnten wir leider nur die Schlichtfassade bauen.« Wenn wir Wohnungen neu bauen, für die wir uns heute schon entschuldigen, ist das kein gutes Vorzeichen für ihre hundertjährige Nutzungsdauer.

Wir müssen also vor allem fragen: Wie wollen wir leben? Was das Wohnen betrifft, gibt es dafür aus meiner Sicht drei Antworten.

Die erste Antwort ist eine konsequente Bestandsorientierung. Das Umbauen des Bestandes an Gebäuden und Bauwerken ist die große Aufgabe der Zukunft.

Es bietet strukturell und typologisch viele Möglichkeiten, die aktuell noch gar nicht ausgeschöpft werden.

Neben den ökologischen Argumenten für den Bestandsumbau gibt es zahlreiche Beispiele, die zeigen, dass der Umbau auch ökonomischer ist als der Ersatzneubau, wenn wir mit Augenmaß vorgehen und nicht Tabula Rasa machen. Und er leuchtet der Bevölkerung als bessere Alternative zum Neubau ein. Aus der Umfrage zum Baukulturbericht 2022/23 »Neue Umbaukultur« wissen wir, dass die Bevölkerung den Umbau im Gegensatz zum Neubau als klimafreundlicher (65 Prozent), individueller (75 Prozent) und besser in sein Umfeld integrierbar (79 Prozent) empfindet.

Räume prägen Menschen – das heißt aufs Wohnen übertragen: Wohnungen prägen Menschen

Das Gestaltungsargument zählt bei sogar noch mehr Menschen als die guten Gründe der Klimabilanz. So antworten in der gleichen Umfrage 93 Prozent der Befragten auf die Frage, was ihnen bei einem Bauprojekt in ihrer Nachbarschaft wichtig ist: »ein optisch ansprechendes Ergebnis«.

Dieses individuelle, aus dem Bestand und dessen Kontext erwachsene Gestaltungspotenzial beim Wohnungsbau durch Um- und Weiterbau zu heben, birgt vermutlich die größten Chancen für die laufende und bevorstehende bauliche Transformation. Nicht Konformität und Langeweile einer monotonen »Klötzchenarchitektur« sind gefragt, sondern die Nonkonformität, die individuell aus der positiven gestalterischen Reibung mit dem Bestand, der »goldenen Energie«, entsteht – durch Umbau, Weiterbauen, Aufstocken und Anbauen. Das beeinflusst auch die Wohnkultur als Zusammenspiel von Architektur, Design, Handwerk und als Spiegel persönlicher Vorlieben und Werte.

In den Kommunen ist bisher beim Wohnungsbau noch immer kein eindeutiger Vorrang für die Innenentwicklung und den Umbau zu erkennen. Um dem

vermuteten Wählerwillen nach der Bereitstellung neuen Baulandes gerecht zu werden, weisen laut Umfragen zum Baukulturbericht 2022/23 immer noch 72 Prozent der Gemeinden neue Baugebiete aus und leisten damit der anhaltenden Flächeninanspruchnahme Vorschub und einer Wohnform, die schon längst nicht mehr zukunftsfähig ist.

Die Nutzer sind da teilweise weiter als die Politik. In einer Bevölkerungsumfrage der Bundesstiftung Baukultur sprechen sich 88 Prozent der Befragten dafür aus, dass neue Wohnungen durch den Umbau von nicht genutzten Büroflächen geschaffen werden sollten, 57 Prozent in bestehenden Mehrfamilienhausgebieten und sogar 38 Prozent durch den Umbau bestehender Einfamilienhausgebiete. Nur noch acht Prozent sehen die Lösung für den Bau neuer Wohnungen in neuen Einfamilienhausgebieten.

Stellt sich also die Frage, wie wir den Umbau des Bestandes beherzt und konsequent angehen, und wo das Potenzial für eine positive Transformation gesellschaftlicher Rahmenbedingungen steckt. Ein gutes Beispiel ist hier der von der Bevölkerung präferierte Büroflächenumbau zu Wohnungen. Nicht nur, dass die üblichen Gebäudetiefen und Deckenhöhen einen Umbau relativ leicht und kostengünstig möglich machen, sondern, dass hiermit tatsächlich strukturelle Neuerungen machbar sind: Dienstleistungsstandorte, allemal in den Kerngebieten unserer Innenstädte, werden plötzlich gemischter, lebendiger und attraktiver. Und ein drei Meter hoher ehemaliger Büroraum als Wohnraum mit möglichst hoch angesetzten Fenstern für die Belichtung auch tiefer Räume schafft großzügige Raumeindrücke mit Loftcharakter, selbst auf in kleinere Einheiten teilbarer Fläche. Ein gutes strukturelles Mittel zur typologischen und gestalterischen Anpassung von Büros zu Wohngebäuden sind vorgestellte Loggien, Balkone oder Laubengänge. Hier gewinnt der Baukörper an Plastizität, auf den Menschen bezogene Maßstäblichkeit und Wohnlichkeit.

Fortsetzung auf Seite 2

Nr. 11/25
ISSN 1619-4217
B 58 662



EDITORIAL

Sucht	
Olaf Zimmermann	01

LEITARTIKEL

Wege zu einer angemessenen und würdevollen Wohnkultur: Wohnen neu denken	
Reiner Nagel	01

SEITE 2

Kulturmensch: Lydia Grün	02
---------------------------------	----

AKTUELLES

Ein Bericht zur Geschlechtergerechtigkeit in Kultur und Medien: Einiges in Bewegung	
Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz	03

INLAND

Deutscher Kulturpolitikpreis – Laudatio für Monika Grütters: Fürsprecherin der Kreativen und der Kultur	
Wolfgang Thierse	04

Dankesrede: Nervengeflecht unseres Gemeinwesens	
Monika Grütters	05

RechtsRock in Deutschland: Ein zentrales und konstitutives Element	
Thorsten Hindrichs	06-07

Künstliche Intelligenz und das Urheberrecht: Wo stehen wir?	
Jonathan Pukas	08

Wiederaufbau der Hamburger Bornplatzsynagoge: Ein Bau der Vergangenheit für die Zukunft	
Ludwig Greven	09

Die Lage in Bosnien und Herzegowina: 30 Jahre Dayton – Zwischen Frieden und Stillstand	
Sina Rotherth	10

Nicht nur Täter und Opfer	
Johann Michael Möller	10

Ich will kein Prediger sein	
Sebastian Krumbiegel im Gespräch	11

MEDIEN

Online-Suche »AI Mode« von Google kommt jetzt auch nach Deutschland: »Das lukrativste Geschäftsmodell der Welt«	
Helmut Hartung	12

Über den Wert unabhängiger Urteile – Zweieinhalb Jahrzehnte Netzgeschichte: Der Grimme Online Award	
Çiğdem Uzunoglu	12

KULTURELLES LEBEN

Deutschlands Behindertenbeauftragter Jürgen Dusel im Porträt: Das große Versprechen Inklusion	
Andreas Kolb	13

Claussens Kulturkancel: Kirchenumnutzung im Iran	
Johann Hinrich Claussen	13

Personen & Rezensionen	14
-----------------------------------	----

WOHNKULTUR

Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf: Wohnst du noch oder lebst du schon?	
Olaf Zimmermann	15

Wie sich Wohnen im digitalen Zeitalter verändert: Von den Bäumen ins Smart Home	
Florian Rötzer	16

Sinn und Unsinn in Wohnungsbau und -einrichtung: Die Moderne ist nicht konfliktfrei zu haben	
Nikolaus Bernau	17

Zwischen Rückzug, Gemeinschaft und gesellschaftlicher Verantwortung: Wohnen im Wandel	
Carolin Genz	18

Über Bürokratie, Genehmigungs-politik und die Zukunft des Bauens: Bauturbo ohne Baukultur	
Philipp Meuser	19

Deutschland braucht Kleinstwohnungen	
Van Bo Le-Mentzel	20

Zu den Bildern	20
-----------------------	----

Der Verlust eines architektonischen Kulturraums: Küchen ohne Kochen	
Natascha Meuser	21

Auf der Suche nach dem idealen Himmelbett	
Michael Mönninger	22

Warum unser Zuhause mehr ist als ein Ort: Wohnen lernen	
Jörn Düwel	22

Fallerhäuser spiegeln das Wohnen im Miniaturformat: Wir greifen die Vielfalt der Baukultur auf	
Horst Neidhard im Gespräch	23

Wohnpaare als Wahlverwandtschaften: Wohnverwandtschaften	
Daniel Fuhrhop	23

Neue Wohnformen ohne Profitorientierung: Wohnen und Arbeiten im Atelier	
Benjamin Günther und Nicola Schüller	24

Museumswohnung in Hellersdorf	
Anja Libramm	24

Geschichte der Hausbesetzungen: »Das ist unser Haus«	
Hanno Hochmuth	25

Umgang mit demografischen Veränderungen am Beispiel von Eisenhüttenstadt: Wachsen und Schrumpfen	
Stanley Fuls	25

»Warum darf ein Sofa nicht schwingen?«	
Hanne Willmann im Gespräch	26

DOKUMENTATION

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates	27
--	----

DAS LETZTE

Kurz-Schluss	28
Theo Geißler	

Lawrows Träume	28
-----------------------	----

Karikatur	28
------------------	----

Impressum	28
------------------	----

DER AUSBLICK

Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. Dezember 2025. Im Fokus steht das Thema »Kulturelle Integration«.	
---	--

Fortsetzung von Seite 1

Dezente Farbkonzeppte und vor allen Dingen eine landschaftsplanerische Integration in das Umfeld schaffen den Systemwechsel vom Arbeits- zum Lebensort.

Die zweite Antwort, insbesondere für den Neubau oder die Transformation von Stadtquartieren, ist der Weg in den sozialreformerischen Wohnungsbau der Zwischenkriegszeit der 1920er Jahre, der auch heute viele passende Antworten bietet. Das ist ein Städtebau, der den Menschen (und nicht das Auto) in den Mittelpunkt stellt, schlichte, aber im Detail hochwertig gestaltete Baukörper, einfache Konstruktionsprinzipien, flexible Grundrisse und nachbarschaftsunterstützende Gemeinschaftsanlagen, vom Wäscheboden bis zum Eckladen. Um einen Eckladen zu bauen, braucht es eine Ecke, was vielleicht eine Binsenweisheit ist, aber auch auf den heute häufig notleidenden Städtebau unserer Einzelhaus-Quartiere hinweist. Auf einer Parzelle in einer Hausreihe kann keine »Klötzchenarchitektur« entstehen, sondern allenfalls ein vielgestaltiges Quartier, mit Ausreißern nach unten, aber eben auch nach oben.

Ein gutes Beispiel für einen Wohnungsneubau der Zukunft, der vielen dieser Anforderungen gerecht wird, ist der diesjährige Preisträger des Deutschen Architekturpreises, der Wohnhof

Es geht um das, was inzwischen immer mehr Menschen mit suffizientem Leben bezeichnen: Soviel wie nötig statt soviel wie möglich

Franklin der Architekten Sauerbruch und Hutton in Mannheim. Hier werden nicht nur 90 Wohnungen für ein integriertes Cluster-Wohnkonzept in dreigeschossiger Bauweise geschaffen, sondern auch Wohnfolgeeinrichtungen mitgebaut wie ein Gemeinschaftshaus, ein breiter Innenhoflaubengang als Begegnungsort und ein grüner Innenhof, der von den vier Hofecken aus über Freitreppen zugänglich ist. Vorgefertigte Holzelemente unterstützen die Prägnanz und hohe Detailqualität der Architektur, und das farblich ausdifferenzierte und damit für die Wohnungen

Individualität schaffende Laubenganggeviert unterstützt Alltagserlebnisse, Kommunikation und Nachbarschaft.

Es geht beim Wohnen immer um Angemessenheit, Würde und Schönheit. Es geht um das, was inzwischen immer mehr Menschen mit suffizientem Leben bezeichnen: Soviel wie nötig statt soviel wie möglich. Ein kombinierter Wohn- und Küchenbereich spart Fläche und unterstützt das Familienleben. Die Stoßlüftung über das Fenster ist gesünder und angenehmer fürs Raumklima als die Zwangslüftung im Passivhaus. Und eine kleine Wohnung mit Balkon ist besser als eine große Wohnung ohne Balkon. Eine gute Beurteilungshilfe, wie wir ein Wohnungsbauvorhaben baukulturell verantwortlich entwickeln und planen, ist das Davos Quality System DQS. Unter acht Kriterien eines Selbstchecks finden sich auch Kontextualität, Genius Loci, Vielfalt und Schönheit. Schönheit als messbares Kriterium, ja, weil es hier um Angemessenheit geht, die beim DQS über Skalenfragen ablesbar wird.

Im Ergebnis können baukulturell hochwertige Neubauwohnungen aussehen wie die Forschungshäuser des Architekten Florian Nagler in Bad Aibling. Statt immer mehr Dämmung, Sensorik und Steuerung zu verwenden, untersucht Nagler mit Thomas Auer, Anne Niemann u. a., wie Architektur selbst – durch Material, Proportion und Konstruktion – für gutes Raumklima, Energieeffizienz und Komfort sorgen kann. Das zeigt sich auch in schlichten Grundrissen mit gleichgroßen, flexibel nutzbaren Räumen. Die Forschungshäuser sind ein Plädoyer für eine Rückbesinnung auf das Wesentliche im Bauen und finden die Lösung im Umkehrschluss über gut gestaltete Architektur.

Daran angelehnt sind inzwischen einige Bundesländer dabei, den Gebäudetyp e (e für einfaches, erleichtertes und experimentelles Bauen) in die Landesbauordnungen zu integrieren. Wenn es uns gelingt, Wohnungen einfacher neu- oder umzubauen, können wir bis hin zur Eigeninitiative und Eigenleistung das Bauen wieder zum Element von aktivem Zusammenleben machen.

Die dritte Antwort ist daher der von Initiativen und Pionieren des Wohnens beschrittene Weg gemeinschaftlicher, Sozial- und Generationengrenzen überschreitender Wohnprojekte. Beispiele wie die neugegründete Münchner Wohnungsgenossenschaft wagnis oder der Zukunftsort Prädikow in Brandenburg,



FOTO: © LIDIA TIRRI

wo eine alte Hofanlage gemeinsam zum neuen Wohn- und Lebensort umgebaut wird, schaffen Referenzen, die für die Antwort auf die Frage der Zukunft des Wohnens vielleicht wirksamer sind als alle Bauträgerkataloge Deutschlands zusammen. Ihr Vorzeigecharakter ist Motor der Transformation, und er hilft da, wo die geltenden Rahmenbedingungen heute zu unbefriedigender Gestaltung führen.

Das Plädoyer für eine neue Wohnkultur des Zusammenlebens, des einfacheren Um- und Neubauens mag für diejenigen 500.000 Menschen in Deutschland zynisch klingen, die gar keine Wohnung haben, obdachlos sind. Und es werden ständig mehr. Deshalb hier noch ein Hinweis auf einen vierten Weg, Wohnen neu zu denken. Unsere mechanische Lösung der Containerunterbringung jedenfalls ist eine unzureichende Antwort. Wohnen ist nach der UN ein Grundrecht. Jeder Mensch hat ein Recht auf angemessenen Wohnraum. Dabei geht es um ein Dach über dem Kopf, aber eben nicht nur. Der neue Übernachtungsschutz in München bietet hier eine überzeugende Alternative zur Straße und schafft mit menschlicher Architektur der Architekten Hild und K einen würdigen Ort. Nelly Sachs würde sagen: eine »Nachtherberge für die Wegwunden des Tages«. Wenn wir von dieser elementaren Erfahrung ausgehen, wird klar, dass Wohnen sich nicht in Zahlen messen lässt, sondern nur in Lebensqualität.

Reiner Nagel ist Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung Baukultur

Kulturmensch Lydia Grün

Ihre musikalische Vielfalt machte Lydia Grün in ihrer Bewerbung für das Präsidentenamt des Deutschen Musikrates deutlich: Ihr Herz schlage für die Alte Musik, erklärte sie dort. »Und: Ich liebe (!) Funk'n'Soul, den Groove, die Energie, den Spirit ... Das ist Musik, die mich antreibt und glücklich macht.« So vielfältig wie ihr Musikgeschmack ist ihr beruflicher Background: Als Musikvermittlerin, Journalistin, Kulturmanagerin und Hochschulpräsidentin verfügt sie über einen breiten Erfahrungsschatz. Von 2008 bis 2012 war sie Referentin für Musik und stellvertretende Referatsleiterin im Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur und zudem seit 2011 Geschäftsführerin der Musikland Niedersachsen gGmbH, von 2013 bis 2019 Geschäftsführerin des Netzwerks Junge Ohren. Als Professorin für Musikvermittlung lehrte sie an der Hochschule für Musik Detmold, um 2022 als Präsidentin an die Hochschule für Musik und Theater München zu wechseln. Hier setzt sie sich unter



FOTO: © RAUMFOTOGRAFIN BARBARA MEYER-SELINGER

anderem dafür ein, mit den »Schatten« der Vergangenheit – Machtmissbrauch von Lehrenden und Leitenden – aufzuräumen und eine neue Transparenz herzustellen. Lydia Grün zeichnet sich aus durch einen offenen Blick in die Welt; ihre Neugier gilt musikalischen

Stilen und Neuheiten ebenso wie kulturpolitischen Fragen und Herausforderungen. Am 25. Oktober wählte die Mitgliederversammlung des Deutschen Musikrates sie zur neuen Präsidentin des Dachverbands. Wir gratulieren herzlich.

12/1
2025 – 2026

Einiges in Bewegung

Ein aktueller Bericht zur Geschlechtergerechtigkeit in Kultur und Medien

OLAF ZIMMERMANN & GABRIELE SCHULZ

Es war ein Paukenschlag, als im Sommer 2016 die Studie »Frauen in Kultur und Medien« des Deutschen Kulturrates veröffentlicht wurde. Kulturstatsministerin Monika Grütters hatte zur Vorstellung der Studie in das Bundeskanzleramt geladen und nach der Datenpräsentation spontan angekündigt, einen Dialogprozess zu dem Thema zu starten, der anschließend als Runder Tisch, moderiert von der Akademie der Künste, über ein Jahr stattfand. Im Juni 2017 lud Monika Grütters erneut in das Bundeskanzleramt ein und nahm Persönlichkeiten des kulturellen Lebens in die Pflicht, konkret etwas für mehr Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit zu tun. Sie setzte damit ein klares Signal: Mehr Geschlechtergerechtigkeit ist machbar, und jeder ist gefragt.

Seither hat der Deutsche Kulturrat zwei weitere Studien vorgelegt, in denen er sich vornehmlich mit der wirtschaftlichen Lage, dem Gender-Pay-Gap und der geschlechtsspezifischen Segregation des Arbeitsmarktes Kultur und Medien befasst hat. Jetzt im Oktober ist eine vierte Publikation unter dem Titel »Es geht voran. Sachstand Geschlechtergerechtigkeit im Kulturbereich« erschienen. In dieser Publikation wird sich mit der Präsenz von Frauen in Führungspositionen und der Partizipation an der individuellen Künstlerinnen- und Künstlerförderung befasst. Der Titel ist durchaus programmatisch zu verstehen: Es geht tatsächlich voran, der Frauenanteil in Führungspositionen ist deutlich angestiegen, und Frauen partizipieren stärker an der individuellen Künstlerinnen- und Künstlerförderung. Angesichts des hohen Anteils weiblicher Beschäftigter insbesondere in Bibliotheken und Museen kann zwar noch nicht die Rede davon sein, sich gemütlich zurückzulehnen und sich auf dem Erreichten auszuruhen, aber das Erreichte macht Mut, dass mittels gezielter Maßnahmen der Frauenanteil tatsächlich ansteigt. Ähnliches lässt sich auch für die individuelle Künstlerinnen- und Künstlerförderung festhalten. In manchen Bereichen liegt der Frauenanteil an den selbstständigen Künstlerinnen und Künstlern spürbar über dem derjenigen, die eine Auszeichnung oder Förderung erhalten; gleichwohl haben Frauen deutlich aufgeholt. Letzteres gilt insbesondere für Ehrenpreise bzw. undotierte

Ehrungen, die für ein Lebenswerk verliehen werden. Hier waren in der Erstuntersuchung 2016 Frauen in der Minorität. Das hat sich geändert, wodurch der Blick auf das Lebenswerk von Frauen in Kultur und Medien gerichtet wird.

Im Buch »Es geht voran. Sachstand Geschlechtergerechtigkeit in Kultur und Medien« kommen verschiedene Autorinnen und Autoren aus dem Bund, den Ländern, von Förderinstitutionen und auch Verbänden zu Wort. Dadurch wird das Thema aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet, und verschiedene Maßnahmen für mehr Geschlechtergerechtigkeit werden vorgestellt. Eines wird deutlich, an dem Thema kommt niemand mehr vorbei. Seit 2016 hat sich auch die Diskussion um Geschlechter weiterentwickelt. Längst ist es üblich, bei Stellenausschreibungen neben männlichen und weiblichen auch Personen anzusprechen, die diesen beiden Kategorien nicht zuzuordnen sind. Gleichwohl muss konstatiert werden, dass sie in der Statistik unzureichend abgebildet sind oder statistisch eine so kleine Gruppe stellen, dass valide Aussagen kaum möglich sind. Es wurde daher in dem Buch dabeigeblichen, dass bei den Datenauswertungen auf die Geschlechter »weiblich« und »männlich« Bezug genommen wird.

Nachfolgend sollen wesentliche Ergebnisse, kurz zusammengefasst, präsentiert werden:

- Der Frauenanteil in kulturpolitischen Gremien ist gestiegen.
- Bei der Besetzung von Führungspositionen im Kulturbereich durch den Bund oder die Länder finden die Vorgaben der Gleichstellungsgesetze Anwendung; einige legen ein besonderes Augenmerk darauf, Frauen für Führungspositionen zu gewinnen.
- Hinsichtlich der Vergabe von Stipendien und anderer Maßnahmen der individuellen Künstlerinnen- und Künstlerförderung wird bei der Besetzung von Jurys auf Diversität und Geschlechterparität geachtet, reine »Männergremien« bilden die Ausnahme.
- Alle Bundeskulturfonds haben das Thema Geschlechtergerechtigkeit sowohl mit Blick auf die Jurys als auch die Vergaben im Blick.
- Teilweise bewerben sich mehr Frauen als Männer für Stipendien und andere Formen der individuellen Künstlerinnen- und Künstlerförderung; dies spiegelt sich in den Vergaben wider.

- Auch wenn noch nicht in allen Bereichen von Geschlechtergerechtigkeit oder Parität zwischen Männern und Frauen gesprochen werden kann, ist deutlich zu erkennen, dass gerade mit Blick auf die individuelle Künstlerinnen- und Künstlerförderung sowie insbesondere Ehrungen Frauen mehr partizipieren als noch vor zehn Jahren.
- Der Frauenanteil in Leitungsfunktionen in Bibliotheken, Museen und Theatern ist seit 2014 angestiegen.
- Staats-, Landes-, Zentral und Universitätsbibliotheken werden zu 47 Prozent von Frauen geleitet.
- In Kunstmuseen, Gedenkstätten, Fachmuseen ist der Frauenanteil bei den Leitungen auf rund 40 Prozent angestiegen.
- Operndirektionen werden zu 44 Prozent von Frauen, Schauspiel-direktionen zu 47 Prozent und Verwaltungsdirektionen zu 40 Prozent von Frauen geleitet.
- Nachholbedarf besteht bei den Intendanten bzw. Generalintendanten, hier beträgt der Frauenanteil rund ein Viertel.
- Mit der Lupe müssen nach wie die Generalmusikdirektorinnen gesucht werden.
- In den Verbänden werden Fragen der Personalentwicklung mit Blick auf Diversität und Geschlechtergerechtigkeit reflektiert und Maßnahmen ergriffen.
- Vom Mentoring-Programm des Deutschen Kulturrats profitieren sowohl Mentees als auch Mentorinnen und Mentoren, diverse Mentees konnten ihre berufliche Position verbessern.
- In kulturwirtschaftlichen Branchen, in denen Gehälter wie auch Honorare frei verhandelt werden, ist der Gender-Pay-Gap nach wie vor sehr hoch.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich ziehen, und welche Maßnahmen sollten ergriffen werden, um Geschlechtergerechtigkeit in Kultur und Medien weiteranzutreiben? Die nachfolgenden Vorschläge sind unsere persönlichen Auffassungen und keine abgestimmten Positionen des Deutschen Kulturrates.

- Kontinuierliche Berichterstattung: Die kontinuierliche Berichterstattung erlaubt, langfristig Entwicklungen zu beobachten. Nach der Studie »Frauen in Kultur und Medien« im Jahr 2016 konnten mit Blick

auf die wirtschaftliche Lage im Arbeitsmarkt Kultur mit »Frauen und Männer im Kulturmarkt« (2023) und »Baustelle Geschlechtergerechtigkeit« zwei Nachfolgeuntersuchungen vorgelegt werden, in denen sich mit dem Frauenanteil in den Kulturbereichen sowie mit der Einkommenssituation, hier besonders dem Gender-Pay-Gap, befasst wurde. Hieraus sind inzwischen Datenreihen entstanden, die fortgeführt werden sollten, um so Langzeitbetrachtungen zu ermöglichen. Im aktuellen Band wird nach 2016 erstmals wieder die Partizipation von Frauen an der individuellen Künstlerinnen- und Künstlerförderung sowie der Frauenanteil in Führungspositionen betrachtet. Durch diese Untersuchung konnten Daten fortgeschrieben werden, so dass sukzessive auch hier eine Langzeitbetrachtung entstehen kann. Da insbesondere bei Führungspositionen in öffentlichen Kultureinrichtungen keine so große Fluktuation besteht, hat sich der Zeitabstand als sinnvoll erwiesen. Wichtig wäre allerdings, in den kommenden Jahren die Berichterstattung fortzuführen, damit kein Datenabriss entsteht.

- Bestehende Statistiken verbessern: Zu Theatern, Bibliotheken und Museen erschienen jährlich Statistiken zu wirtschaftlichen Daten, zu Besucher- oder Nutzerzahlen usw. Leider werden Daten zum Personal teilweise gar nicht oder wenig differenziert erhoben. Wenn die ohnehin erhobenen Daten um eine weitere Kategorie Personal ergänzt würden, stünden jährlich Daten zum Personalbestand zur Verfügung. Diese Daten sollten geschlechtsspezifisch ausgewiesen werden.
- Frauen fördern: Auch wenn mehr Frauen Führungspositionen im Kulturbereich innehaben, als es noch vor zehn oder zwanzig Jahren der Fall war, besteht weiterhin Luft nach oben. Dies vor allem vor dem Hintergrund, dass in einigen Arbeitsbereichen Frauen die Mehrzahl der Beschäftigten stellen. Es gilt also nach wie vor, qualifizierte Frauen zu fördern. Hierzu leisten unterschiedliche Mentoring-Programme einen wichtigen Beitrag. Wichtig bleibt die Frage, wie Familie und Beruf besser vereinbart werden können – ein Thema, das Frauen und Männer gleichermaßen betreffen sollte. In den Bereichen, in denen Frauen besonders selten eine Spitzenposition haben, sollten bereichsspezifische Maßnahmen ergriffen werden, um qualifizierte Frauen auf ihrem Weg an die Spitze zu unterstützen. Dabei sollte

insbesondere der Musikbereich in den Fokus genommen werden.

- Diskussion fortführen: In vielen Verbänden und Organisationen finden intensive Diskussionen dazu statt, welche Veränderungen gerade auch mit Blick auf Personal, Führungsstrukturen und die innerbetriebliche Zusammenarbeit von Nöten sind. Diese Diskussionen sollten fortgeführt und die positiven Beispiele herausgestellt werden. Gute Beispiele können als Ansporn und als Vorbild dienen oder ggfs. adaptiert werden. Diverse Zusammenschlüsse wurden in den letzten Jahren von Frauen aus dem Kultur- und Medienbereich gegründet, um sich auszutauschen, sich gegenseitig zu unterstützen oder auf Missstände – oftmals datenbasiert – aufmerksam zu machen. Die Mehrzahl dieser Zusammenschlüsse beruht auf ehrenamtlichem Engagement, was mitunter an die Belastungsgrenze der Engagierten führen kann. Eine stärkere finanzielle Unterstützung der Zusammenschlüsse könnte Synergien schaffen und damit die Wirksamkeit erhöhen.
- Werke von Frauen zeigen: Auch wenn in dieser Studie die wirtschaftliche Lage von Frauen und Männern im Arbeitsmarkt Kultur nicht im Fokus steht, wird der Gender-Pay-Gap immer wieder thematisiert. Der Gender-Pay-Gap selbstständiger Künstlerinnen ist eng mit dem Gender-Show-Gap verbunden. Wenn Werke von Frauen nicht gezeigt, nicht aufgeführt, nicht besprochen werden, sind sie im Markt nicht präsent. Sie werden weniger gekauft, und damit wird ein geringeres Einkommen erzielt. Wenn Werke nicht oder nur wenig aufgeführt werden, sind sowohl die Tantiemen gering als auch die Ausschüttungen von Verwertungsgesellschaften. Das Einkommen aus der künstlerischen Arbeit ist damit geringer als das der Kollegen. Ein wesentlicher Schlüssel zur Überwindung des Gender-Pay-Gaps ist daher eine stärkere Präsenz von Künstlerinnen im Markt und damit ein höheres Einkommen. Hier sind die Kultureinrichtungen, aber auch die kulturverwertenden Unternehmen gefragt. Die Präsentation der Kunst von Frauen muss ebenso selbstverständlich sein wie die der Männer. Es geht nicht um die sprichwörtliche Extrawurst, sondern um gleiche Marktchancen.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

Deutscher Kulturrat

Es geht voran

Sachstand Geschlechtergerechtigkeit in Kultur und Medien

NEU

Bestellen Sie jetzt auf kulturrat-shop.de!

38 Autorinnen und Autoren aus Verbänden, der Kulturverwaltung, der Kulturförderung und der Wissenschaft setzen sich mit dem Sachstand Geschlechtergerechtigkeit in verschiedenen Kulturbereichen auseinander. Es zeigt sich: Frauen partizipieren in stärkerem Maße an Fördermaßnahmen, auch wenn in einigen Bereichen noch Nachholbedarfe bestehen. Ebenso tragen deutlich mehr Frauen Führungsverantwortung in Kultureinrichtungen, als es noch vor zehn Jahren der Fall war. Es geht also voran, es gibt aber noch viel zu tun.

Gabriele Schulz, Olaf Zimmermann (Hg.): Es geht voran. Sachstand Geschlechtergerechtigkeit in Kultur und Medien · 240 Seiten · ISBN 978-3-947308-68-2 · 22,80 Euro

Fürsprecherin der Kreativen und der Kultur

Laudatio zur Verleihung des Deutschen Kulturpolitikpreises an Monika Grütters

WOLFGANG THIERSE

Der Deutsche Kulturrat verleiht heute Monika Grütters den Deutschen Kulturpolitikpreis. Das ist eine verdiente und angemessene Würdigung des jahrzehntelangen kulturpolitischen Wirkens von Monika Grütters, ihrer öffentlichen Arbeit im Dienste der Kultur, im Dienste unserer Demokratie!

»Es war mir eine Ehre und die schönste Aufgabe, die ich mir vorstellen kann« – so lautete die Überschrift über dem Text, mit dem Monika Grütters in der FAZ Abschied genommen hat von der aktiven Politik, von der Politik als Beruf.

und Politikwissenschaft studiert, zunächst in ihrer Heimatstadt Münster, dann in Bonn. Sie hat Erfahrungen in der Öffentlichkeitsarbeit für verschiedene Kulturinstitutionen gesammelt, hat einen entsprechenden Lehrauftrag im Studiengang Kulturmanagement an der Berliner Hanns-Eisler-Hochschule übernommen und leitete jahrelang die Aktivitäten der Stiftung Brandenburger Tor. Und als Kulturausschuss-Vorsitzende war sie prädestiniert für die Nachfolge von Bernd Neumann als »Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien« – wie die korrekte Amtsbezeichnung lautet.

Ich kann die Fülle ihrer Aktivitäten, die Liste ihrer Leistungen und Erfolge und

(»Berlin modern«, den Namen finde ich peinlich): auch so eine Berliner Streitgeschichte, die mit Monika Grütters Namen verbunden ist und der Hoffnung, dass sie am Ende gut ausgehen möge. Wir werden es sehen.

Das Kulturgutschutz-Gesetz im Jahr 2015: Wie sehr wurde Monika Grütters dafür kritisiert und angefeindet! Inzwischen hat es sich als richtig und vernünftig erwiesen. Des Weiteren will ich erinnern an den Deutschen Buchhandelspreis, den Monika Grütters ins Leben gerufen hat. Und an ihre wichtige »Initiative Kulturelle Integration«, die viele Aktivitäten angestiftet hat. Und auch an ihren Einsatz für die Überwindung des Gender-Pay-Gaps in

Mit der Initiative »NEUSTART KULTUR« hat sie ein einzigartiges Förderprogramm für den Kulturbetrieb und die Sicherung der kulturellen Infrastruktur auf den Weg gebracht. Das bleibt, hoffentlich, in dankbarer Erinnerung, das bleibt, gewiss, mit dem Namen Grütters verbunden



FOTO: DEUTSCHER KULTURRAT | JULE ROEHR

Wolfgang Thierse bei der Verleihung des Kulturpolitikpreises 2025

Er ist ihr schwergefallen, der Abschied – sowohl der vom Amt der Staatsministerin für Kultur wie von dem als Parlamentarierin. Ich verstehe das sehr gut. Sie war ja beides mit Leidenschaft, mit Fleiß und Klugheit, mit Kampfgeist und Verantwortungsgefühl! Parlamentarische Arbeit und Kulturpolitik – das waren die hauptsächlichen Felder ihrer wahrlich vielfältigen politischen Aktivitäten in den vergangenen drei Jahrzehnten.

Sie zeugen von erstaunlicher Beharrlichkeit, von Stehvermögen und auch vom Geschick einer Frau in ihrer doch eher männerdominierten Partei. Monika Grütters hat rückblickend und noch immer ein wenig betroffen von den Ränken der Berliner CDU-Männer-Riegen gesprochen. Die drei Jahrzehnte zeugen besonders aber von großer Verantwortungsfreude und beeindruckender Überzeugungstreue!

Ich rufe nur ein paar Daten in Erinnerung. Von 1995 bis 2005, also zehn Jahre, war sie Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, war da – was sonst – wissenschafts- und kulturpolitische Sprecherin ihrer Fraktion. Von 2005 bis 2025, also 20 Jahre, war sie Bundestagsabgeordnete, davon vier Jahre Kulturausschuss-Vorsitzende. Sie hat, daran erinnert sie mit Stolz, neunmal bei Parlamentswahlen kandidiert, achtmal als Spitzenkandidatin. Vor allem aber war sie von Dezember 2013 bis Dezember 2021, also acht Jahre, Staatsministerin für Kultur und Medien. Daran erinnern wir uns natürlich besonders. Und auch Monika Grütters sagt, das sei das Beste gewesen, was ihr habe passieren können, denn: »Ich fand es wunderbar, meine persönliche Leidenschaft zum Beruf machen zu können.«

Für eine solche Karriere hat sie die richtigen Voraussetzungen mitgebracht, sie war gewissermaßen »vom Fach«. Sie hat nämlich Germanistik, Kunstgeschichte

auch der Konflikte in diesem Amt nicht vollständig wiedergeben. Nur eine kleine Auswahl: Ich beginne mit dem schnöden und notwendigen Geld für die Kultur. In der Amtszeit von Monika Grütters stieg der Kulturhaushalt des Bundes um zwei Drittel. Das war Glück und Leistung zugleich, weil eben ganz und gar nicht selbstverständlich. Kaum weniger nicht selbstverständlich war, was ihr im Corona-Jahr gelungen ist: den Etat um ein zusätzliches Hilfspaket von einer Milliarde für die Kultur- und Kreativbranche zu erweitern, die unter der Krise, unter den Einschränkungen besonders zu leiden hatte. Mit der Initiative »NEUSTART KULTUR« hat sie ein einzigartiges Förderprogramm für den Kulturbetrieb und die Sicherung der kulturellen Infrastruktur auf den Weg gebracht. Das bleibt, hoffentlich, in dankbarer Erinnerung, das bleibt, gewiss, mit dem Namen Grütters verbunden.

Für jeden Kulturstaaatsminister ist die Stiftung Preußischer Kulturbesitz – dieser wuchtige (ich sage nicht: schwerfällige) Tanker – ein wichtiges Thema. Monika Grütters hat deren Strukturreform energisch vorangetrieben. Wir warten nach den Entscheidungen der vergangenen Jahre nun auf deren förderliche Wirkung.

Auch die konzeptionellen Auseinandersetzungen um das Humboldt Forum gehören in ihre Amtszeit. Monika Grütters hat wichtige und gute Personalentscheidungen getroffen – zur Gründungsintendanz und zur Generalintendanz. Seit 2021 ist das Humboldt-Forum nun eröffnet, und die Debatte über seine künftige Wirksamkeit ist natürlich nicht zu Ende. Das ist Berlin. Ich wünsche mir jedenfalls für das Forum als eigenständiger, originärer Einrichtung mehr politisch-kommunikativen Drive und mehr Wahrnehmbarkeit in der Berliner Stadtgesellschaft. Schließlich das künftige Berliner Museum der Moderne

der Kultur: Ein Runder Tisch wurde etabliert und ein Mentoring-Programm des Deutschen Kulturrates gefördert.

Qua Amt war Monika Grütters in einer Vielzahl von kulturpolitischen Institutionen, Verbänden, Stiftungen tätig, für die der Bund eine Mit-Zuständigkeit hat oder für die sie Verantwortung zu übernehmen bereit war. Sie tat das mit Streitbereitschaft und Sachorientierung zugleich. Monika Grütters vertritt – ich habe es erlebt – energisch ihre Auffassung und ist zugleich lernbereit, lässt sich umstimmen. Sie weiß und personifiziert es auch: Kulturpolitik ist ganz wesentlich Gespräch, ist Kommunikation – sonst gelingt sie nicht. Kulturpolitik darf nicht paternalistisch sein, sondern sie hat eine dienende Rolle gegenüber den Künsten, der Kultur und auch der Wissenschaft zu spielen.

Monika Grütters weiß: Die Freiheit der Künste ist eines der Kriterien dafür, ob es in einer Demokratie »stimmt«, ob sie gelingt – sofern wir die Demokratie als politische Lebensform der Freiheit verstehen und praktizieren. Und nicht nur als eine gewiss mühselige Herrschaftstechnik, die dann ja auch »autoritär« oder »illiberal« sein kann, wie beunruhigende Entwicklungen auch in westlichen Demokratien zeigen.

Subventionen für die Kultur sind Investitionen in die Freiheit. Das ist die handlungsleitende Grundüberzeugung von Monika Grütters. Die Bundesrepublik Deutschland lässt sich die Kultur, die Künste jährlich ca. 13 Milliarden kosten. Ist das zu viel? Ist das zu wenig? Das sind direkte Ausgaben für die Freiräume, in denen Kunst sich entfalten kann, in denen Neues erprobt, Zeitgenössisches ermöglicht, in denen unser kulturelles Erbe gesichert wird, in denen Kommunikation, das Gespräch über uns, das Gespräch

der Gesellschaft über sich selbst stattfinden kann.

All dies wird nicht weniger wichtig, im Gegenteil, es wird notwendiger in den gegenwärtigen Zeiten dramatischen Wandels, multipler Krisen und schmerzlicher Reformnotwendigkeiten, die unübersehbar Zeiten von Ängsten und Unsicherheiten, von aggressiver Abwehr und von emotionalen wie sozialen Spaltungen sind. Zeiten, in denen zugleich und ebenso unübersehbar das individuelle wie kollektive Bedürfnis heftiger wird nach neuen und auch alten Vergewisserungen und Verankerungen, nach Identität, nach Sicherheit, nach Beheimatung, nach Zusammenhalt. Eine aktuelle Umfrage aus den letzten Tagen sagt: Drei Viertel der Menschen in unserem Land sorgen sich um den Zusammenhalt der Gesellschaft!.

Und damit sind wir im Raum der Kultur. Die nämlich ist mehr als der gewiss wünschenswerte Verfassungspatriotismus, der Zusammenhalt stiften soll. Sie ist mehr und auch anderes als der notwendige normative Konsens. Kultur (zumal die Künste) ist vor allem Raum der Emotionen, der Artikulation und der Berührung unserer Sinne, Raum des Leiblichen, des Sichtbaren wie des Symbolischen – und darin auch und gerade des Religiösen und des Weltanschaulichen. Sie ist der Ort der Differenzen, ihrer Schärfung und Milderung zugleich. In der Kultur, das genau macht sie aus, wird über Herkunft und Zukunft, über das Bedrängende und das Mögliche, über Sinn und Zwecke, über das Eigene und das Fremde nicht nur reflektiert und diskutiert, sondern gespielt und gehandelt. Das eben macht sie kostbar und gerade für eine gelingende Demokratie so unersetzlich. Geben wir zu viel aus für sie? Oder zu wenig?

30 Jahre hat Monika Grütters mit Leidenschaft und Unbeirrbarkeit Politik für die Kultur gemacht, war sie »Fürsprecherin der Kreativen und der Kultur«, so hat sie sich selbst bezeichnet. Sie war das aus demokratischer Grundüberzeugung. Sie war das aus Freude, Vergnügen, breitestem Interesse an Kultur, an den Künsten und an den Künstlern, an Neuem und Altem, an Vertrautem und Gewagtem. Das hält jung.

Sie war das, nicht zuletzt, aus christlicher Grundüberzeugung: Sie ist katholisch und in ihrer Kirche und für sie engagiert. Sie hat öffentlich bekundet, dass ihr christliche Werte im politischen Alltag ein wichtiger Maßstab sind. Solches Bekenntnis ist in der Politik und erst recht in der Kultur, wo Religion bestenfalls als Privatsache gilt, eher befremdlich geworden. Deshalb will ich daran erinnern, dass Kultur immer – es gibt kein geschichtliches Gegenbeispiel – religions- und weltanschauungsdurchwirkt ist. Wie es ja auch Religion und Weltanschauung immer nur in geschichtlich-kultureller Gestalt gibt.

»Kirche und Kultur – das sind die zwei Milieus, die um Antworten auf letzte Fragen ringen. Auch das ist mein Leben. Das bleibt.« So hat Monika Grütters es in ihrem Abschiedstext vor einem Jahr in der FAZ geschrieben. Und hat darin auch einen Ausblick auf ihr weiteres Leben gegeben: »Ich möchte und werde da weitermachen, wo es gilt, Wissenschaft und Kultur zu fördern, zu danken für das Gute, Wahre, Schöne, das die Vordenker und Kreativen unserem Gemeinwesen immer wieder schenken – und auch die Auseinandersetzung anzunehmen, die diese kritischen Geister uns zumuten müssen, damit unsere Demokratie lebendig bleibt. Aber ich freue mich auch darauf, leichter, freier, unabhängiger dabei sein zu können.«

Genau das wünsche ich Dir, liebe Monika! Ich gratuliere Dir herzlich zum so sehr verdienten Kulturpolitikpreis!

Und ich erlaube mir zwei Nachsätze: Es wäre doch schön, wenn wir beide noch erleben könnten, dass zwei einfache Sätze ihren notwendigen Platz in unserem Grundgesetz finden würden: »Die Sprache der Bundesrepublik Deutschland ist deutsch.« – »Der Staat schützt und fördert die Kultur.«

Herzlichen Glückwunsch, liebe Monika!

Wolfgang Thierse ist Bundestagspräsident a. D.

Nervengeflecht unseres Gemeinwesens

Dankesrede für den Kulturpolitikpreis 2025

MONIKA GRÜTTERS

Lieber Wolfgang, der du dir die Mühe mit der Laudatio gemacht hast. Sie hat mich sehr berührt und gefreut. Sie war mir ein großes Vergnügen – und sie hat mich auch ein wenig beschämt. Wir haben ja beide als Kulturpolitiker mehr auf pragmatische Lösungen geschaut als auf parteipolitische Kampflinien. Und in der katholischen Orientierung sind wir uns beide nahe, bis hinein ins gemeinsame Engagement im Zentralkomitee der deutschen Katholiken.

Mein großer Wunsch, meine Empfehlung ist es, diese Zusammenarbeit zwischen Regierung und Zivilgesellschaft systematisch fortzusetzen

Der große Schauspieler Götz George hat in einem Interview gesagt: »Alles in einem Leben wird irgendwann einmal abgehakt. Man muss es nur genossen haben. Und man muss in der Zeit glücklich gewesen sein, ob es nun ein großer oder ein kleiner Erfolg war.«

In diesem Sinne habe ich mein bisheriges berufliches und politisches Wirken tatsächlich genossen – und trotz vieler Opfer, die auf dem Weg immer wieder gebracht werden müssen, bin ich meistens wirklich glücklich gewesen. Schließlich ist es ein wunderbares Privileg, als leidenschaftliche Kulturliebhaberin das höchste Amt in der Kulturpolitik Deutschlands anvertraut zu bekommen.

Ich habe versucht, dieser Aufgabe gerecht zu werden:

- durch Respekt vor der Fantasie und dem Können der Künstlerinnen und Künstler
- durch Respekt vor der Autonomie der Kultureinrichtungen
- durch Respekt vor der Verantwortung, die ein solches öffentlich sichtbares Amt mit sich bringt.

Aber eine gute Leistung vollbringt man ja nie allein. Mir war gerade der Deutsche Kulturrat nicht nur immer ein wichtiger Ratgeber, sondern vielmehr auch ein echter Partner. Lassen Sie mich diese Partnerschaft Anlass sein für einen kleinen kulturpolitischen Impuls – über Werte, über Herausforderungen und ihre Lehren daraus und für einen Ausblick auf die Resilienz unserer Kultur. Einige Herausforderungen haben wir nämlich gemeinsam gemeistert und dabei auf der Basis ähnlicher Überzeugungen und Werte gehandelt

Wir sind überzeugt davon, dass zum kulturellen Leben eines Landes nicht allein das kulturelle Erbe gehört, sondern vor allem das Neue, die Avantgarde. Damit diese möglich wird, schützt und fördert der Staat die Freiheit von Kultur und Wissenschaft. Im Artikel 5 des Grundgesetztes heißt es: »Kunst und Wissenschaft sind frei.«

Hier drückt sich eine Lehre aus den Abgründen der Diktatur aus, die Überzeugung nämlich, dass es die Kreativen sind, die Vordenker, die Geistesgrößen einer Gesellschaft, die diese vor neuerlichen totalitären Anwendungen zu schützen im Stande sind. Dies aber können sie nur, wenn der Staat sie unabhängig macht von Zeitgeist und Geldgebern und ihnen Freiraum

zur Entfaltung sichert. Unser Staat tut dies auch, zwar mit nur rund 1,8 Prozent aller öffentlichen Haushalte, aber doch mit nachhaltiger Wirkung: Deutschland, das Land der Dichter und Denker, ist nach wie vor das Land mit der höchsten Theaterdichte der Welt, und das gilt ganz genauso für Museen, Orchester, Literaturhäuser, Archive, Bibliotheken und Festivals.

Respekt vor der Autonomie der Kultureinrichtungen

Damit dies so bleibt, damit die Kultur und die Künste sich in Freiheit als kritisches Korrektiv in unserer demokratischen Gesellschaft behaupten können, muss sich der Staat in einer dienenden Haltung auf die Formulierung günstiger Rahmenbedingungen, vor allem in rechtlicher und auch in finanzieller Hinsicht, beschränken. Einflussnahme auf ästhetische Prozesse, Erwartungen an ein bestimmtes Programm der Institution oder gar die Vorgabe eines Kanons verbieten sich.

Denn eine Kunst, die sich festlegen ließe auf die Grenzen des politisch Wünschenswerten, eine Kunst, die den Anspruch religiöser Wahrheiten respektierte, die das überall lauernde Risiko verletzter Gefühle scheute, die gar einer Partei, einer Regierung, die einer bestimmten Moral oder Weltanschauung diente – eine solchermassen begrenzte oder domestizierte Kunst würde sich nicht nur ihrer Möglichkeiten, sondern auch ihres Wertes berauben.

Was hieß und heißt das konkret?

Zu den größten Herausforderungen, die ich als BKM und die wir – zusammen mit dem Kulturrat z. B. – vor dem Hintergrund dieser Überzeugungen und Grundsätze – meistern mussten und müssen, gehörte die Corona-Krise: In einem beispiellosen Kraftakt ist es gelungen, zweimal eine Milliarde für ein eigenes Hilfsprogramm NEUSTART KULTUR im Kabinett durchzusetzen und damit vor allem die existentiellen Nöte der soloselbständigen, freischaffenden Kreativen sichtbar zu machen und zu lindern.

Eher im Hintergrund geblieben ist das, was weit über die Corona-Hilfen hinweg gewirkt hat und m. E. unbedingt bleiben sollte: die systematische Zusammenarbeit der BKM, der Regierung, mit der Zivilgesellschaft.

Es war gerade mit Hilfe des Deutschen Kulturrats möglich, die zügige Verteilung der Milliarde an die hilfsbedürftigen Künstlerinnen und Künstler zu organisieren, indem wir gemeinsam Verbände und Organisationen der jeweiligen Kunstsparten mit einem Vertrauensvorschuss versehen und beauftragt haben, die Verteilung an »ihre« Kreativen zu übernehmen. Dieses Stilprinzip war ein maßgeblicher Erfolgsfaktor im Programm; es ist uns allen gut bekommen.

Mein großer Wunsch, meine Empfehlung ist es, diese Zusammenarbeit zwischen Regierung und Zivilgesellschaft auch systematisch fortzusetzen.

Was uns neben konkreten Aktionen ebenfalls verbindet, sind manche Sorgen in Bezug auf die Entwicklung und die Zukunft der Kultur und der Künste. Da ist vor allem das Erschrecken vor dem hemmungslosen Antisemitismus, der sich gerade auch im Kulturbetrieb Bahn bricht. Wir fragen uns ja ohnehin immer wieder: »Warum werden ausgerechnet Juden so gehasst?«

»Etwas zu erklären, das in sich irrational, wahnhaft und absurd ist, ist unglaublich schwer, wenn nicht gar unmöglich«, befindet die amerikanische Holocaustforscherin Deborah Lipstadt, die darin den Wesenskern aller Verschwörungsmythen und damit auch des Antisemitismus sieht.

Das Irrationale, das Wahnhafte, das Absurde am allgegenwärtigen und jahrtausendealten Antisemitismus ist vielleicht auch einer der Gründe für die Hilflosigkeit im Umgang damit, die wir auch hier immer wieder beobachten. Hilflos sind wir erst recht dann, wenn er uns aus Milieus entgegenschlägt, die wir für zu klug, zu reflektiert, zu tolerant für derartige Ausfälle und Übergriffe gehalten haben – aus Kultur, aus Hochschulen und Wissenschaft.

Für dieses Spannungsfeld und für die gesamtgesellschaftliche Balance zwischen Meinungsfreiheit, Kunst- und Wissenschaftsfreiheit einerseits und der klaren Antwort auf Spaltung, Hass, Hetze, Rassismus und Antisemitismus andererseits, ist die Kultur- und Wissenschaftspolitik, sind aber auch wir alle hier zuständig.

Ein kleiner, aber nicht unwesentlicher Baustein ist das Programm »Alles andere als normal. Jüdisches Leben in Deutschland«, das wir seitens der BKM 2021 über den Kulturrat in Zusammenarbeit mit dem Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung entwickelt haben; es sollte jenseits der Fokussierung auf die Nazizeit und die Shoah vor allem jüdisches Alltagsleben heute sichtbar machen. Ein Fotowettbewerb, dann mit »L'Chaim« der Auftrag »Schreib zum jüdischen Leben in Deutschland!« und ein Poetry-Slam-Wettbewerb, der ganz unterschiedliche Facetten jüdischen Lebens auf die Bühne brachte – all diese Ereignisse und ihre jeweiligen Zielgruppen können breite Teile der Gesellschaft sensibilisieren für den Reichtum jüdischen Lebens in der Mitte unserer Gesellschaft und so Neugier aufeinander und ein Verantwortungsgefühl füreinander wecken. Inzwischen gibt es mit einer Förderung der Stiftung EVZ eine kultursparten- und bereichsübergreifende Arbeitsstelle gegen Antisemitismus beim Deutschen Kulturrat.

Das kann nicht alles sein, aber einfache Lösungen für die Verwerfungen wegen des Nahost-Konflikts gibt es nicht. Statt Kultur zu boykottieren, wird hier konstruktiv um Perspektiven auf das Phänomen gerungen.

Kultur ist ja mehr als ein wichtiger Standortfaktor. Kultur ist vor allem eins: Kultur ist Ausdruck von Humanität

Das Programm, in dessen Kontext diese Aktivitäten zum Judentum stattfinden, ist wichtiger denn je: die Initiative kulturelle Integration. 2016 auf Anregung des BMI, des BMAS, der BKM (!), der Beauftragten der Bundesregierung für Integration und des Deutschen Kulturrats gegründet, wurden 15 Thesen zum Zusammenhalt in Vielfalt erarbeitet. Sie sind zu einem erstklassig formulierten Grundsatzpapier gegen Rassismus und Ausgrenzung geworden und – leider – aktueller denn je.

Inzwischen gehören dieser Initiative 28 Organisationen und Institutionen an, die viele verschiedene gesellschaftliche Bereiche repräsentieren. Der Kulturrat stellt die Thesen regelmäßig zur Diskussion, führt Jahrestagungen zum Thema durch, veranstaltet Wettbewerbe und trägt so wesentlich zum Verständnis im breiten Feld des Zusammenhalts in Vielfalt bei.

Ich bin überzeugt: Nur eine Gesellschaft, die Vielfalt als Gewinn begreift, hat eine Zukunft. Weniges steht hierzulande mehr dafür als die Kreativwirtschaft und die Kultur als große



FOTO: DEUTSCHER KULTURRAT | JULE ROEHR

Monika Grütters wurde mit dem diesjährigen Kulturpolitikpreis ausgezeichnet

Brückenbauerin. Ich kann Ihnen allen hier immer mal wieder zur Lektüre der 15 Thesen raten – es lohnt sich.

Staatsziel Kultur

Und noch eine letzte Empfehlung hier und heute: Staatsziel Kultur. Wir spüren es alle: Die altbekannten, verlässlichen Leitplanken in unserer Gesellschaft werden spröde. Die Bindungen an Parteien, Kirchen, Gewerkschaften lassen nach. Innerer Halt und Orientierung müssen neu definiert werden. Das ruft Populisten und Radikale auf den Plan. Im neuen, dem 21. Deutschen Bundestag, ist die AfD stärker denn je. Und deren erklärtes Ziel ist es, die heutige deutsche Gesellschaft zu verändern. Sie spaltet durch Hass und Hetze.

Da überrascht es nicht, dass ein neuer MdB dieser in Teilen als gesichert rechtsextrem eingestuften Partei, Matthias Helferich, das sogenannte »freundliche Gesicht des NS« (damit kokettiert er selbst), gleich am ersten Tag seiner Mitgliedschaft im Parlament ankündigte, er werde in den Kulturausschuss gehen ...!

So bitter es ist: Wer eine Gesellschaft verändern möchte, legt den Fokus natürlich nicht auf das Bruttoinlandsprodukt oder auf das Autobahnnetz, sondern der geht ans Nervengeflecht unseres Gemeinwesens, der geht an die Kultur. Das hat die AfD leider begriffen. Die Kulturtradition stiftet nationale Identität. Und eben die soll verändert werden. So wie das Bundesverfassungsgericht wissen wir daher auch unser Kulturleben resilient machen, es vor Feinden schützen – durch ein Staatsziel Kultur im Grundgesetz.

Dabei geht es um das fundamentale Selbstverständnis der Nation. Kultur ist unsere geistige Lebensgrundlage. Sie trägt maßgeblich zur Bildung nationaler Identität bei. Wir in Deutschland sollten uns dessen besonders bewusst sein, denn Deutschland war zuerst eine Kultur-, dann eine politische Nation.

Doch gerade hier setzt die AfD an, die künstlerischen Prozessen misstraut und klar definiert, welche Art Kunst und Kultur sie im Falle exekutiver

Verantwortung fördern würde. Das ist gefährlich, denn schon das Ansinnen legt die Axt an die zentralen Mechanismen unserer freiheitlichen Gesellschaft. Nur in einem Klima geistiger Freiheit und Offenheit gedeihen die Selbstheilungskräfte der Demokratie gegen das Gift rechtspopulistischer Sprache, Erzählungen und Denkmuster: Widerworte, Zweifel und der zivilisierte Streit sind fundamental in einer freien Gesellschaft.

Und wir brauchen sie, die mutigen Dichter und Denker, die streitbaren Künstler, die unbequemen Kreativen – damit sie uns den Spiegel vorhalten und als kritisches Korrektiv eine Gesellschaft vor Lethargie, vor gefährlicher Bequemlichkeit und letztlich auch vor neuerlichen totalitären Anwendungen bewahren.

Deshalb wäre ein Staatsziel Kultur in der Verfassung, wie es die Enquete-Kommission Kultur des Deutschen Bundestages empfohlen hat und das viele Kulturpolitiker unterschiedlicher Parteien befürworten, kein folgenloser Verfassungsschnörkel, sondern ein solches Staatsziel wäre ein klares Bekenntnis zu den Wertgrundlagen unserer Gesellschaft.

Und mit einem Staatsziel Kultur würde im Übrigen auch das kollektive Bewusstsein für den Wert der Kultur gestärkt. Denn Kultur ist ja mehr als ein wichtiger Standortfaktor. Kultur ist vor allem eins: Kultur ist Ausdruck von Humanität.

Nicht erst in der aktuellen Spardebatte und angesichts rechtsradikaler völkisch-nationaler Anwendungen auch hierzulande bin ich daher mehr denn je eine Befürworterin eines solchen Staatsziels Kultur im Grundgesetz, wo es heißen müsste: »Der Staat schützt und fördert die Kultur.«

Nicht mehr und nicht weniger. Angesichts der überragenden Bedeutung der Kultur für das Selbstverständnis der Kulturnation Deutschland sollte sich unser Staat explizit in seiner Verfassung dazu bekennen.

Monika Grütters ist Staatsministerin a. D.

Ein zentrales und konstitutives Element

RechtsRock in Deutschland

THORSTEN HINDRICHS

Von Punkrock und Oi! über verschiedene Metalspielarten, Liedermacher-Songs, eher poppige Balladen, mehr oder weniger tanzbare Re-Aktualisierungen alter Wehrmachts-, SA- und SS-Lieder, bis hin zu extrem rechtem Rap und Ballermannschlagern: Das popmusikalische Spektrum der extremen Rechten ist nach über vierzig Jahren RechtsRock enorm breit aufgestellt.

Der in der extremen Rechten sehr beliebte Spruch »Eines Tages werden sie sich wünschen, wir würden nur Musik machen« ist ohne jeden Zweifel äußerst ernst gemeint

Ohnehin spielt Musik für die extreme Rechte eine ausgesprochen zentrale Rolle, und das gleich in mehrerlei Hinsicht. Sie gewährleistet lebensweltliche Anschlussfähigkeit, sie stiftet und stabilisiert soziale Zugehörigkeit, sie verhilft zu ideologischer Selbstvergewisserung, und mit ihr lässt sich Geld verdienen. Mit ca. 30 Labels und gut zehn einschlägigen Versandhandelsgeschäften für Tonträger und Merchandise- bzw. Fanartikel ist Deutschland der größte Markt für extrem rechte Musik weltweit.

Labels und Versände bedienen extrem rechte Musikfans nicht nur online und (seltener) in eigenen Ladenlokalen, sondern vor allem auch bei allen möglichen Formen an RechtsRock-Konzerten vom großen Festival bis hin zum kleinen Liederabend. Ob Bands, Solointerpret:innen oder Publikum, Labels, Versände oder so genannte »hidden musicians« (Techniker, Grafikdesigner usw.): Sämtliche Akteur:innen der extrem rechten Musikszene eint das fundamentale Selbstverständnis, dass RechtsRock essenzieller Bestandteil ihres politischen Kampfes ist. Der in der extremen Rechten sehr beliebte Spruch »Eines Tages werden sie sich wünschen, wir würden nur Musik machen« ist dabei ohne jeden Zweifel äußerst ernst gemeint – und vor allem auch ernst zu nehmen.

Begriffsbestimmung

Der Begriff RechtsRock bezeichnet kein musikalisches Genre wie z. B. Punkrock, Heavy Metal, Reggae usw., sondern meint sämtliche Formen populärer Musik, die von extremen Rechten gemacht wird und die zunächst einmal vor allem auch für extreme Rechte gemacht wird. Zu den extrem rechten Ideologemen, die im RechtsRock verhandelt werden, gehören vor allem positive Bezugnahmen auf den historischen Nationalsozialismus, Glorifizierung der Verbrechen von NS und Wehrmacht, eliminatorischer Antisemitismus, Leugnung und/oder Feiern der Shoah, Herabwürdigung und Vernichtungsfantasien gegenüber als »minderwertig« markierten Gruppen (vor allem Nicht-Weiße) und politischen Gegnern (sowohl »Linke«

als auch »Alt«- bzw. »Systemparteien«, einschließlich der CSU); Themen im RechtsRock sind aber auch Party, Saufen, Freundschaft und Zusammenhalt sowie das Feiern des je eigenen Lifestyles (»Glatzenparty«). All diese Themen sind über die Zeit zwar einigermaßen stabil geblieben, zusätzlich werden aber immer wieder auch Themen je aktueller gesamtgesellschaftlicher Debatten aufgegriffen; dazu gehört z. B. Hetze gegen Geflüchtete oder, insbesondere in jüngerer Zeit, Queerness/queere Lebensentwürfe, die als »Genderwahn« geächtet werden.

Geschichtlicher Abriss

RechtsRock kam erstmals Anfang der 1980er Jahre in Großbritannien auf, wo sich die Musik zunächst abseits parteipolitischer Strukturen und gleichsam von unten herausbildete. Die frühen deutschen RechtsRockbands – etwa die Böhsen Onkelz (die sich Ende der 1980er von der extremen Rechten distanzieren), Kraft durch Froide, die immer noch aktive Band Endstufe oder Hammerschlag, die erste ostdeutsche RechtsRockband, die 1985 in Frankfurt/Oder gegründet wurde – folgten musikalisch und thematisch zunächst britischen RAC-Bands wie Skrewdriver oder Brutal Attack.

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre tauchten in (West-)Deutschland die ersten extrem rechten Liedermacher:innen wie z. B. Frank Rennicke auf, denen es gelang, den neuen RechtsRock mit den konservativen Kräften der extremen Rechten zu versöhnen, indem sie sowohl aktuelle Songs als auch »gutes, altes Liedgut« wie Wehrmachts-, SS- und

SA-Lieder, aber auch deutsche Volkslieder in ihrem Repertoire vereinigten. Da ein entsprechendes Programm zudem deutlich leiser als das einer RechtsRockband ist und kaum technische Infrastruktur benötigt, wurden extrem rechte Liedermacher:innen schnell zu einem äußerst beliebten Programmpunkt bei Parteiveranstaltungen, Veteranentreffen und Kameradschaftsabenden.

Mit Blick auf Songtexte und Auftreten radikalisierte sich die deutsche RAC-Szene nach der Wiedervereinigung im Laufe der 1990er Jahre deutlich und fand sich zunächst auch durch »Baseballschlägerjahre« und die rassistischen Pogrome von Solingen bis Rostock-Lichtenhagen bestätigt. Erst die massive Repression durch Ordnungs- und Sicherheitsbehörden Ende des Jahrzehnts führte zu einem allmählichen Umdenken – allerdings aus strategischen Gründen, nicht aus innerer Überzeugung: Mit Blick auf Tonträger hatte dies zur Folge, dass extrem rechte Bands in Sachen Songtexte, Covergestaltung usw. seitdem deutlich vorsichtiger agieren, indem sie vermehrt zwischen den Zeilen formulieren; Konzerte und Liederabende wiederum werden nur noch in Ausnahmefällen öffentlich beworben und finden in aller Regel klandestin statt.

US-amerikanische National Socialist Hardcore (NSHC)-Bands, die Sound und Lifestyle des ursprünglich linken Hardcore der 1980er Jahre übernahmen, aber mit extrem rechten Themen transformierten, dienten als Vorbild für eine jetzt junge Generation deutscher Neonazis, die mit ihrem Konzept der sogenannten Autonomen Nationalisten neue Impulse in der deutschen extremen Rechten setzten. Darüber hinaus implementierte NSHC aktuellere Stile und Codes aus Mainstream und politischer Linken, wie etwa die Übernahme des Konzepts eines Schwarzen Blocks bei Demonstrationen oder das extrem rechte Umdeuten vermeintlich linker Symbolik (Che Guevara als Volksheld) und, was am wichtigsten war, die Verwendung von Englisch anstelle von Deutsch in den RechtsRock.

»Einstiegsdroge RechtsRock«?

Spätestens seit die NPD im Rahmen des sächsischen Landtagswahlkampfes 2004 mit der ersten Ausgabe ihrer sogenannten Schulhof-CD nicht nur vor und zuweilen sogar auf allerlei Schulhöfen, sondern vor allem auch an die bundesdeutsche Öffentlichkeit ging, hat sich das Narrativ der »Einstiegsdroge RechtsRock« als ein, wenn nicht gar das zentrale Erklärungsmodell für den Einstieg Jugendlicher in die extreme Rechte etabliert. Die Idee der »Einstiegsdroge RechtsRock« ist jedoch sachlich einfach falsch, weil sie erstens einen unmittelbaren Ursache-Wirkungs-Zusammenhang zwischen Musik und aus ihr resultierenden Gefühlen, Haltungen, Einstellungen, Modi des Welterlebens sowie daraus ableitbaren Handelns unterstellt, der so nicht gegeben ist, und zweitens völlig außer Acht lässt, dass ein Einstieg in die extreme Rechte immer ein sozialer Prozess ist, der ebenfalls keinem reduktionistischen Ursache-Wirkungs-Prinzip folgt und als Prozess sowohl zeitlich ausgedehnt als auch von etlichen, kaum überschaubaren sozialen Vorbedingungen, gesellschaftlichen Einflussfaktoren und individuellen Entscheidungen bestimmt ist. Ein naturgesetzlich gedachtes Reiz-Reaktions-Modell à la »Einstiegsdroge RechtsRock« beruht auf einem essentialistischen Musikbegriff (»Musik an sich«) und übersieht, dass Musik vor allem ein sozialer Prozess ist.

In den meisten RechtsRocksongs werden extrem rechte Einstellungen

und Haltungen über den Sprachtext, also Songtext und/oder Bandnamen vermittelt. Bis in die späten 1990er Jahre hinein wurden diese Einstellungen und Haltungen im RechtsRock derart uneindeutig artikuliert, dass andere, möglicherweise nicht extrem rechte Deutungsmöglichkeiten praktisch auszuschließen sind. Ab Ende der 1990er Jahre gingen jedoch insbesondere in Deutschland mehr und mehr RechtsRockbands dazu über, gerade nicht uneindeutige, sondern bewusst deutungsoffene Songtexte zu formulieren. »Einer für alle [und alle für einen]« der RechtsRockband Kategorie C beispielsweise ist so erst einmal nicht als eindeutig extrem rechts entschlüsselbar. Erst der extrem rechte Kontext, in dem die Band verankert ist, lässt erkennen, wer gemeint ist, wenn sich Kategorie C im Songtext als geächtete gesellschaftliche Gruppe darstellt (»ihr wollt uns nicht haben«), die sich aggressiv behauptet: »Da hilft kein Beten und auch kein Weinen, denn alle stehn bei uns im Reinen, wenn wir auf einem Haufen sind, stehn einer für alle und alle für einen.« Noch uneindeutiger verhält es sich mit der klanglich-musikalischen Ebene, eine per se extrem rechte Musik gibt es eben nicht.

Ähnliches gilt selbstverständlich auch auf visueller Ebene sowie mit Blick auf die Inszenierungspraktiken von Bands und Interpret:innen: Dort verwendete Symbole und Codes müssen bereits bekannt sein, um sie als extrem rechts entschlüsseln zu können – die wenigsten RechtsRockbands verwenden heute noch offensiv allgemein bekannte Symbole wie Hakenkreuz oder SS-Runen. Die Deutung eines Songs als extrem rechts hängt also wesentlich vom mitgebrachten, erlernten Vorwissen und von der, ebenfalls erlernten, einstellungsmäßigen Disposition des jeweils deutenden Individuums ab, nicht vom Song »selbst« und schon gleich gar nicht von der »Musik an sich«.

Als »doing music« ist Musik unabhängig von irgendwelchen politischen oder sonstigen Kontexten generell zentraler Bestandteil kulturellen Handelns in allen möglichen denkbaren sozialen Formationen, so dass eine extreme Rechte ohne Musik schlechterdings nicht denkbar wäre, wenn sie denn als soziale Formation funktionieren soll. Ohne Musik, ohne RechtsRock würde der extremen Rechten

In den meisten RechtsRocksongs werden extrem rechte Einstellungen und Haltungen über den Sprachtext, also Songtext und/oder Bandnamen vermittelt

also ein zentrales Element fehlen, Musik ist aber gerade kein »zusätzliches Attraktivitätsmoment« bzw. ein besonderes Auszeichnungs- oder gar ein Alleinstellungsmerkmal, sondern für die extreme Rechte geradezu konstitutiv.

Funktionen von RechtsRock

Für die extreme Rechte erfüllt RechtsRock gleich ein ganzes Bündel an Funktionen, die teils miteinander verwoben sind bzw. sich wechselseitig bedingen, die vor allem aber zunächst einmal nach ihrer jeweiligen Zielrichtung zu unterscheiden sind.

Nach außen gegenüber der Mehrheitsgesellschaft geht es der extremen Rechten darum, durch und mit RechtsRock öffentliche Aufmerksamkeit zu erzeugen. Ziel ist hierbei vor allen Dingen

Laut & leise

PODCAST der neuen musikzeitung

Jetzt auf allen gängigen Podcast Plattformen anhören! Oder direkt hier www.nmz.de/podcast



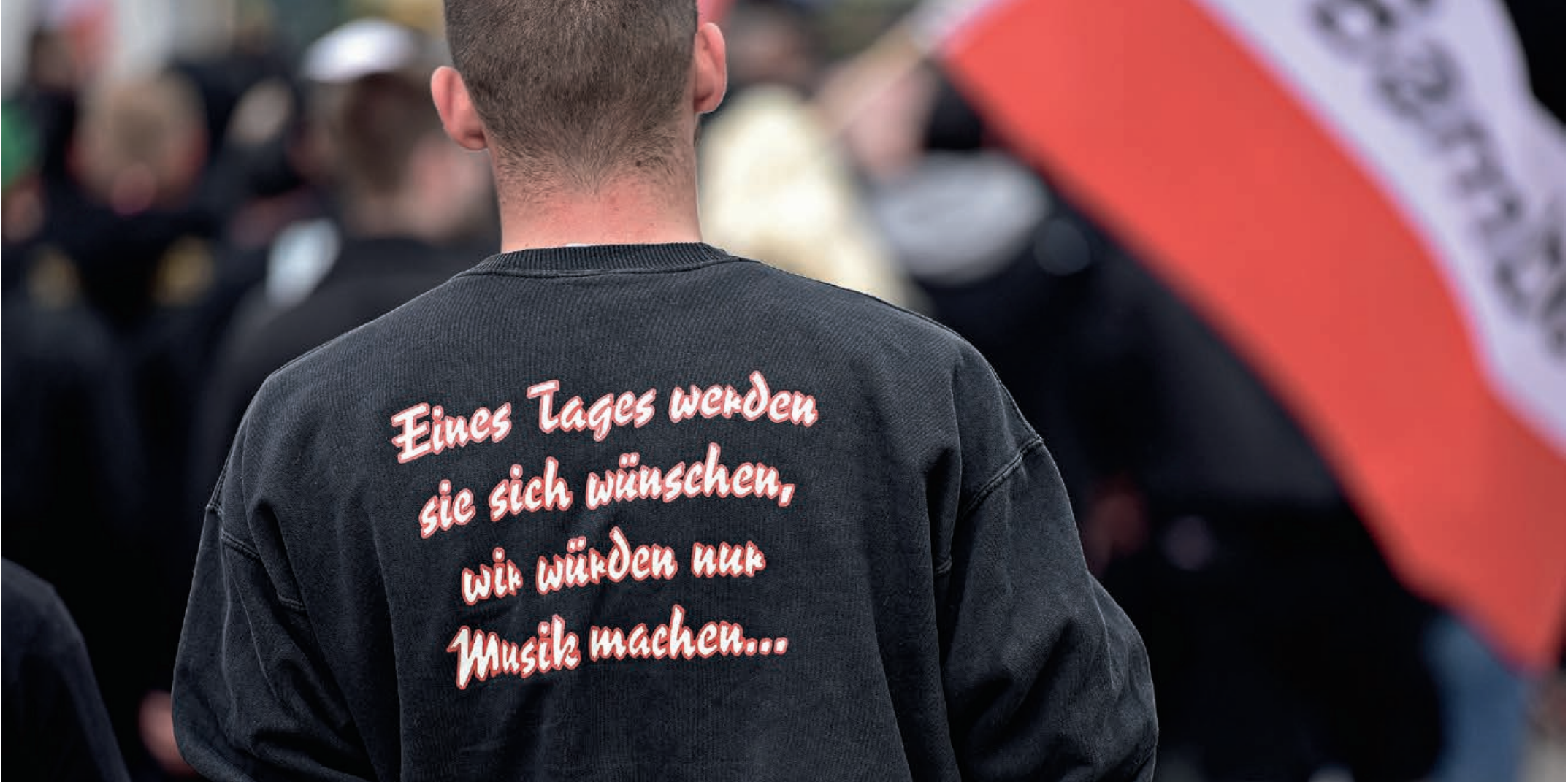
eine mediale Raumnahme, sei es der »moral panics«-Effekt durch die fortgesetzte Rede von der »Einstiegsdroge«, seien es die regelmäßigen Versuche, mit möglichst widerlichen Social Media-Kampagnen möglichst viele Momente öffentlicher Empörung zu erzeugen. Insbesondere RechtsRockkonzerte, ob groß oder klein, müssen zugleich jedoch auch als sehr konkrete Raumnahmen und damit einhergehend als Machtdemonstration gegenüber der Mehrheitsgesellschaft verstanden werden. Ebenfalls als Machtdemonstration nach außen dienen zudem sämtliche

nicht nur die soziale, sondern auch die ökonomische Infrastruktur der extremen Rechten weiter stabilisiert. **Datenlage zu Konzerten** Es ist ausgesprochen schwierig, bei RechtsRock mit soliden und vor allem validen Zahlen zu arbeiten. Das liegt erstens natürlich an den klandestinen Organisationsstrukturen der deutschen RechtsRockszene. Zum zweiten ist aber auch die Zahl der RechtsRockkonzerte nur in Annäherungswerten ermittelbar. Einigermaßen verlässliche Konzertzahlen lassen sich erst seit gut zehn

aufwändig, auch lässt sich eine ange-dachte Location im Zweifelsfall viel leichter wechseln und/oder der finanzielle Schaden hält sich im Fall eines Abbruchs in überschaubaren Grenzen. Ohnehin dürften Fragen der Ökonomie von Aufwand und Ertrag für die extreme Rechte eine wichtigere Rolle spielen als vielfach angenommen; nur so lässt sich erklären, dass die zwischen 2017 und 2019 regelrecht in Mode gekommenen Großfestivals in Themar und Ostritz (bislang) nicht mehr fortgeführt wurden. Sowohl finanziell als auch organisatorisch sind derlei Festivals eine kaum zu unterschätzende

auf den gängigen Social Media-Plattformen. Zum anderen ist das Risiko, dass einmal ver- und gekaufte CDs oder LPs beschlagnahmt werden, deutlich geringer als auf Streamingplattformen regelmäßig gesperrt zu werden (vorbildlich ist hier Deezer zu nennen) und sich wieder und wieder neue Accounts und vor allem ein neues Publikum aufbauen zu müssen; hinzu kommt selbstverständlich, dass Streams kaum nennenswerten finanziellen Ertrag abwerfen. Dass etliche RechtsRockbands und Solointerpret:innen trotzdem auf den gängigen Streamingplattformen vertreten sind, lässt sich nur als Service an die

zugeschnitten und lassen sich ob ihrer textlichen Schlichtheit à la »Düsi düsi, jetzt wird abgehoben« ausgezeichnet als Song-Memes nutzen. Nachdem es der klassischen RechtsRockszene nach über vierzig Jahren Geschichte nicht geglückt ist, in einer nennenswerten Breite in der sogenannten Mitte der Gesellschaft zu verfangen, könnte dies mit den neuesten Projekten aus dem Bereich Ballermannschlager über kurz oder lang tatsächlich gelingen. Darauf zielt neuerdings offenbar auch die AfD ab: Bei einer Feier zum erfolgreichen Abschneiden der Partei bei den Landtagswahlen in Brandenburg



Teilnehmer einer extrem rechten Demonstration am 1. Mai 2015 in Saalfeld

Formen der Markierung von Einzelpersonen, zivilgesellschaftlichen Organisationen oder staatlichen Institutionen als »Feinde« der extremen Rechten – insbesondere in Form von ad personam formulierten Hasssongs; gleichzeitig sind derlei Feindmarkierungen jedoch selbstverständlich auch Botschaften an die extreme Rechte selbst und erfüllen damit auch eine nach innen gerichtete Funktion. Nach innen verhilft RechtsRock der extremen Rechten zunächst einmal zur lebensweltlichen Alltagsgestaltung und -erfahrung mit Musik. Indem in RechtsRocksongs für die extreme Rechte aktuelle politisch-weltanschauliche Themen verhandelt werden, fungiert RechtsRock jedoch zusätzlich als ideologische Selbstverständigung und Selbstvergewisserung. Zudem ist die extreme Rechte im Hinblick auf ihre ideologisch-politische und vor allem polit-strategische Ausrichtung keinesfalls ein homogenes Ganzes, so dass RechtsRock je nach Zugehörigkeit bzw. Zuordnung zu einer der extrem rechten Fraktionen natürlich auch der internen Aushandlung von Binnenhierarchien dient. Auch wenn die wenigsten Akteur:innen der extrem rechten Musikszene ihren kompletten Lebensunterhalt mit RechtsRock bestreiten können, ist das eigentliche Problem vielmehr, dass die via RechtsRock erwirtschafteten Umsätze erstens zum großen Teil innerhalb der extremen Rechten als einer gewissermaßen extrem rechten Parallelgesellschaft verbleiben, sich also eine weitgehend eigenständige extrem rechte Schattenwirtschaft entwickelt hat, dass damit zweitens das soziale Netz der extremen Rechten wesentlich (mit-) finanziert wird und dass sich drittens

Jahren über die öffentlichen Antworten der Bundesregierung auf die (meist) quartalsweise gestellten Kleinen Anfragen der Partei Die Linke im Bundestag ermitteln. Doch auch, wenn sich die Zahlen ab 2014 präziser darstellen als zuvor, lässt die länderweise sehr unterschiedliche Zählsystematik nur grobe Angaben zur jährlichen Gesamtzahl der extrem rechten Musikveranstaltungen zu; eine seriöse Differenzierung nach Konzert oder Liederabend etwa ist nicht möglich. Immerhin aber lassen sich seit 2014 wenigstens Tendenzen ablesen: Bis 2019 hat die Zahl extrem rechter Musikveranstaltungen von 118 (2014) auf 328 (2019) deutlich zugenommen, wobei der größte Sprung (von 173 auf 255) von 2016 auf 2017 zu verzeichnen ist. Für 2023 und 2024 fällt auf, dass die Zahl der reinen Konzerte deutlich hinter den Werten der Jahre bis 2019 – vor der Coronapandemie – zurückbleibt, wohingegen die als Liederabend kategorisierten Events das alte Niveau inzwischen wieder erreicht, wenn nicht gar übertroffen haben. Beides dürfte Folge wiedererstarbter Repressionsmaßnahmen von Seiten der Ordnungs- und Sicherheitsbehörden sein. Nicht nur, dass mit dem »Alten Gasthof« im sächsischen Torgau-Staupitz Anfang 2023 der extremen Rechten eine der etabliertesten und meistbespielten Locations der letzten 15 Jahre weggebrochen ist, auch werden wieder vermehrt Konzerte entweder im Vorhinein verboten oder während der Durchführung von der Polizei aufgelöst bzw. abgebrochen. Angesichts dieses Repressionsdrucks ist die Organisation eines schlichten Liederabends an Stelle eines Konzerts nicht nur weit weniger

Belastung, der gegenüber nicht nur eher bescheidene Besuchszahlen, sondern vor allem auch wenig »Konzert-Feeling« stehen, denn bei politischen Versammlungen (als diese waren die Festivals **Ohnehin dürften Fragen der Ökonomie von Aufwand und Ertrag für die extreme Rechte eine wichtigere Rolle spielen als vielfach angenommen** angemeldet) darf selbstverständlich auch Presse und Polizei aufs Festivalgelände, was sowohl das extrem rechte Gemeinschaftsgefühl des gemeinsamen Konzertbesuchs als auch die Möglichkeiten des Tonträger- und Merchandiseverkaufs im Konzertkontext erheblich eingeschränkt hat. Entgegen dem Mainstream-Musikmarkt sind beim RechtsRockmarkt physische Tonträger mit Abstand das Medium schlechthin, denn Vinyl-LPs und vor allem CDs gelten in der extremen Rechten als »sicheres« Medium. Zum einen lassen sich mit physischen Tonträgern die größten finanziellen Umsätze erwirtschaften, die dann ihrerseits wieder in die extreme Rechte zurückfließen bzw. recht eigentlich in ihr verbleiben; entsprechende Aufrufe an die eigene Klientel, unbedingt Originale zu kaufen, um so »die Sache« zu unterstützen, anstatt mp3-Dateien kostenlos von obskuren Servern herunterzuladen, finden sich regelmäßig

eigene Klientel erklären, der erspart werden soll, zwischen verschiedenen Musiknutzungswegen, zwischen Phil Collins und Kategorie C hin- und herwechseln zu müssen. Ähnlich reserviert wie gegenüber Streaming oder Downloadportalen reagiert die extrem rechte Musikszene auf KI-Projekte, die seit etwa zwei Jahren vermehrt auf (vor allem) YouTube auftauchen und großteils als Trittbrettfahrer bzw. Clickbait bewertet werden. Weltanschaulich wie ästhetisch muss RechtsRock offenbar weiterhin »handgemacht« sein, um in der Szene etwas gelten zu können und das Selbstverständnis von RechtsRock als »musikalischem Kampf« nicht zu untergraben. **Ballermannschlager, Umtextierungen und Song-Memes** Neben dem mittlerweile recht altmodisch erscheinenden Genrespektrum im RechtsRock führt vor allem dieser medientechnische Konservatismus freilich dazu, dass die extrem rechte Musikszene mehr und mehr den Kontakt zu jugendlichen Zielgruppen verliert, und es lassen sich bislang nur wenige Akteur:innen beobachten, die versuchen, hier gegenzusteuern und neben einer zeitgemäßerer Soundästhetik auch aktuelle Musiknutzungsangebote via Social Media musikalisch zu bespielen. Seit etwa vier Jahren beispielsweise probieren sich einige wenige extrem rechte Musiker an Songs im Ballermannschlager-Stil. Diese Songs sind durch ihre formale Gestaltung mit musikalisch-textlichen Sinneinheiten von 15 Sekunden auffallend passend auf die Weiterverwendung auf Instagram und (insbesondere) TikTok regelrecht

spielte die AfD am 22. September 2024 die per KI generierte, analog zu »L'amour toujours« umtextierte Version des Partyschlagers »Das geht ab (wir feiern die ganze Nacht)« des Duos Die Atzen ab, zu der mehrere AfD-Anhänger:innen lautstark den Refrain »Hey, das geht ab, wir schieben sie alle ab« mitsangen. Videos der Feier wurden umgehend auf Instagram und TikTok eingestellt. Mit Blick auf das Phänomen Song-Meme ist dabei ausgesprochen bemerkenswert, dass hier – im Gegensatz zu beispielsweise Kai Naggerts »Düsi düsi« – weder ein Songtitel noch ein:e Sänger:in genannt werden: Die KI-Version der AfD Brandenburg existiert ausschließlich als Soundfile und ist auch ausschließlich als Soundtrack für Social Media-Videos gedacht. Ohne die strafbewehrte Unterlassungserklärung, die Die Atzen umgehend und erfolgreich auf den Weg gebracht hatten, hätte dieses Song-Meme durchaus ein ähnliches »Erfolgspotential« wie Naggerts »Düsi düsi« gehabt und extrem rechte Musik noch tiefer in der »Mitte der Gesellschaft« verankern können. **Thorsten Hindrichs ist Musikwissenschaftler. Er ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Abteilung Musikwissenschaft der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Er hat einen Forschungsschwerpunkt im Bereich RechtsRock und ist seit vielen Jahren in der politischen Bildungsarbeit gegen rechts aktiv** *Abdruck (in gekürzter Version) mit freundlicher Genehmigung des deutschen musikinformationszentrums (miz.org). Den kompletten Text finden Sie online unter tinyurl.com/yduw8s3b.*



Mitte Juli hat die EU-Kommission den »Code of Practice for General-Purpose AI Models« veröffentlicht

Künstliche Intelligenz und das Urheberrecht: Wo stehen wir?

Erläuterungen zur aktuellen Rechtslage

JONATHAN PUKAS

Kaum ein Rechtsgebiet steht durch die Entwicklungen im Bereich künstlicher Intelligenz so sehr im Rampenlicht wie das Urheberrecht. Das hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass weitreichende technische Veränderungen diese Rechtsmaterie seit jeher besonders prägen. Der Zeitstrahl solcher Umwälzungen ließe sich bis zur Erfindung des mechanischen Buchdrucks im 15. Jahrhundert zurückverfolgen. Er legte den Grundstein für das urheberrechtliche Ausschließlichkeitsrecht, kraft dessen beispielsweise Autorinnen und Autoren eine Vergütung für die Nutzung ihrer Werke verlangen oder konkurrierende Nutzungen verbieten können.

Dieser Tradition folgend kommt es nicht von ungefähr, dass sich das Urheberrecht mit dem Aufkommen von Large Language Models und KI-gestützten Chatbots wie OpenAI’s »ChatGPT« zu einem der Taktgeber der Debatte rund um künstliche Intelligenz entwickelt hat. Im Zentrum steht dabei die hochbrisante Frage, ob künstliche Intelligenz ohne direkte Zustimmung betroffener Rechteinhaber (also zum Beispiel Urheber oder Verwerter wie Verlage) mit deren Werken trainiert werden darf. An diese Kernproblematik knüpfen auch eine Vielzahl weiterer praxisrelevanter Fragen an.

Die Bedürfnisse der verschiedenen Interessengruppen werden seit einiger Zeit politisch diskutiert. Gleichzeitig arbeitet auch die juristische Fachwelt daran, belastbare Antworten auf die drängenden Fragen zu finden.

Die Hauptfrage: KI-Training als TDM von § 44b UrhG erfasst?

Ob KI mit Werken trainiert werden darf, hängt davon ab, ob eine gesetzliche Ausnahme – eine sogenannte Schrankenbestimmung – eingreift. Diese erlaubt die Nutzung von Werken trotz des urheberrechtlichen Ausschließlichkeitsrechts. Ist das der Fall, könnten insbesondere im Internet aufgefundene Werke ohne ausdrückliche Zustimmung der Rechteinhaber zum Training von KI genutzt werden.

Trotz diverser Unklarheiten im Gesetzeswortlaut geht der überwiegende Teil der Rechtswissenschaft mittlerweile davon aus, dass die notwendige Erlaubnis – jedenfalls grundsätzlich – von der Schrankenbestimmung für Text und Data Mining aus

§ 44b UrhG gewährt wird. Auch Ausführungen des Hamburger Landgerichts zum ersten KI-Trainings-Prozess in Deutschland (»Laion-Entscheidung«) deuten in diese Richtung. Entscheidend ist, dass das KI-Training unter den Begriff des »Text und Data Mining« gefasst werden kann. Die Speicherung von Werken zum KI-Training ist daher grundsätzlich zulässig, ohne dass von betroffenen Rechteinhabern individuell eine Erlaubnis eingeholt werden muss. Nach dem seit Juni 2021 geltenden Urheberrecht ist das KI-Training mit Werken daher grundsätzlich zustimmungsfrei möglich.

Zum »maschinenlesbaren« Nutzungsvorbehalt

Die vorgenannte Regelung kommt allerdings nur dann zur Anwendung, wenn eine Reihe anderer Voraussetzungen ebenfalls erfüllt sind. Insbesondere darf kein Vorbehalt gegen die Nutzung der Werke abgegeben worden sein. Die Erklärung des Nutzungsvorbehalts muss für online veröffentlichte Inhalte in maschinenlesbarer Form erfolgen. Das umfasst nach Auffassung des Verfassers auch Vorbehaltserklärungen in natürlicher Sprache. Eine Erklärung »in Code« ist zwar möglich, aber rechtlich nicht notwendig. Einige Einschränkungen hierzu sind allerdings deswegen zu machen, weil das Gesetz auch vorschreibt, dass die abgegebenen Nutzungsvorbehaltserklärungen »angemessen« sein müssen. Nicht jede Erklärung kann daher die gesetzliche Erlaubniswirkung beenden. Voraussetzung ist beispielsweise, dass die gewählte Formulierung gewisse Klarheitsanforderungen erfüllt. Es sollten stets übliche Phrasen wie beispielsweise »Text und Data Mining vorbehalten« genutzt werden. Wer sicher gehen will, sollte die Vorbehaltserklärung zudem auch in englischer Sprache abgeben.

Wirksame Vorbehaltserklärungen sind jedoch im Ausgangspunkt nur von sogenannten ausschließlichen Rechtsinhabern möglich. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie als einzige Person berechtigt sind, ein Werk auf eine bestimmte Art und Weise zu nutzen.

Mit Spannung erwartet wurde außerdem der am 10. Juli 2025 von der EU-Kommission veröffentlichte »Code of Practice for General-Purpose AI Models«. Dieser sollte unter anderem konkretisieren, welche Arten von Vorbehaltserklärungen von KI-Anbietern bei der Datensammlung beachtet werden müssen. Eine entscheidende Klärung der Fragestellung ist durch den auf europäischer Ebene verhandelten Verhaltenskodex allerdings nicht gelungen. Interessant ist jedoch, dass auch mit Hilfe des Robots Exclusion Protocols, also in robots.txt-Dateien abgegebene Vorbehaltserklärungen, gemäß dem Verhaltenskodex als wirksam angesehen und von Datensammlern beachtet werden sollen. Diese Sichtweise war jedenfalls in Deutschland bereits vor Veröffentlichung des Dokuments verbreitet. Der große Wurf

ist hier daher – jedenfalls betreffend der Vorbehaltsregelung – ausgeblieben. Bemerkenswert ist aber, dass das Training auf Grundlage von Inhalten, die von Webseiten mit illegalem Geschäftsmodell extrahiert worden sind, im Verhaltenskodex als nicht rechtskonform angesehen wird.

Zur Inputverarbeitung

Auch wenn sich die rechtswissenschaftliche Forschung der Fragestellung bisher nur am Rande zugewandt hat, umfasst die gesetzliche Erlaubnis für Text und Data Mining außerdem die Verwendung von urheberrechtlich geschützten Inhalten als Inputdaten für KI-Systeme.

Als Inputdaten werden solche Daten bezeichnet, die nicht bei der Entwicklung, sondern bei der Anwendung einer KI als Berechnungsgrundlage genutzt werden. Sie bilden also die Basis für die Erzeugung konkreten Outputs durch KI-Nutzer wie beispielsweise Anwender eines KI-gestützten Chatbots. Im Kontext dieser Chatbots werden die Inputdaten oftmals auch als »Prompts« bezeichnet. Da die gesetzliche Erlaubnis die Nutzung der Werke als Inputdaten unabhängig vom konkreten Typ des KI-Systems erfasst, gilt die Freistellung auch für die Verwendung von Werken als Berechnungsgrundlage generativer KI-Systeme wie beispielsweise KI-gestützter Bildgeneratoren.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang aber, dass hiervon die Frage zu trennen ist, ob ein generierter KI-Output Teile eines urheberrechtlich geschützten Werks wiedergibt und seine Nutzung daher möglicherweise urheberrechtsverletzend ist. Die Input- und die Output-Frage müssen stets unabhängig voneinander beantwortet werden. Dies steht in einem gewissen Widerspruch zu ersten US-amerikanischen Gerichtsentscheidungen, die die Rechtmäßigkeit des Inputs unter anderem direkt davon abhängig machen, welche Art von Erzeugnis das betroffene KI-System ausgegeben hat. Hier kommen also die unterschiedlichen Grundkonzeptionen der verschiedenen (Urheber-)Rechtssysteme zum Vorschein.

Ungeachtet der grundsätzlichen Anwendbarkeit der gesetzlichen Erlaubnis für Text und Data Mining aus dem Urheberrechtsgesetz müssen auch bei der Nutzung von urheberrechtlich geschützten Werken als Inputdaten die übrigen Voraussetzungen der Regelung aus § 44b UrhG beachtet werden. Erst dann ist die Nutzung tatsächlich urheberrechtskonform möglich, ohne individuelle Erlaubnisse von den betroffenen Rechteinhabern einholen zu müssen.

Vorausgesetzt wird unter anderem, dass die genutzten Werke auch »rechtmäßig zugänglich« gewesen sein müssen. Obwohl diese Voraussetzung auf den ersten Blick einfach erscheint, ergeben sich aus ihr in der Praxis oft komplexe Fragestellungen – besonders, wenn mehrere Personen an der Nutzung beteiligt sind. Auch der bereits erwähnte, auf europäischer Ebene entwickelte KI-Verhaltenskodex präzisiert

Trotz diverser Unklarheiten im Gesetzeswortlaut geht der überwiegende Teil der Rechtswissenschaft mittlerweile davon aus, dass die notwendige Erlaubnis – jedenfalls grundsätzlich – von der Schrankenbestimmung für Text und Data Mining aus § 44b UrhG gewährt wird

die Voraussetzung weiter. Darüber hinaus sind bei der Verwendung urheberrechtlich geschützter Werke als Inputdaten nach geltendem Recht ebenfalls erklärte Nutzungsvorbehalte zu beachten.

Wohin bewegt sich das Urheberrecht?

Wendet man den Blick ab von der kontrovers diskutierten und hier nur skizzierten Rechtslage hin zu Entwicklungsperspektiven für das Urheberrecht, muss vor allem eine Schlussfolgerung gezogen werden: Der aktuell anwendbare Rechtsrahmen weist erhebliche Defizite auf. Diese machen ein Tätigwerden sowohl des nationalen als auch des europäischen Gesetzgebers dringend notwendig. Eine gute Gelegenheit hierfür wäre die Evaluation der letzten Urheberrechtsrichtlinie, die im Jahr 2019 in Kraft getreten ist und bereits damals diverse Diskussionen, insbesondere über die Plattformverantwortlichkeit und den berühmten »Artikel 17«, auslöste. Sie ist auch Grundlage des für KI maßgeblichen Urheberrechts.

Hiervon unabhängig könnte der nationale Gesetzgeber aber bereits heute tätig werden und eine gesetzliche Vergütungspflicht für vom KI-Training betroffene Urheber einführen. Der aktuelle Koalitionsvertrag enthält bereits eine Forderung, die Rechteinhaber für KI-Training zu vergüten. Insofern nach geltendem Recht kein Nutzungsvorbehalt erklärt worden ist, könnte die Vergütung nach dem Vorbild der für den Ausgleich der Privatkopiefreiheit eingeführten Abgabe auf Geräte und Speichermedien ausgestaltet werden. Trainingsdatensammler sollten danach verpflichtet werden, eine pauschale Abgabe an Verwertungsgesellschaften zu entrichten, wenn sie Daten sammeln, bei denen davon ausgegangen werden kann, dass sie zumindest teilweise urheberrechtlich geschützt sind. Das wäre beispielsweise bei der Sammlung von Bildern aus frei verfügbaren Internetquellen der Fall. Die Abgabe könnte sodann in Form einer Pauschalzahlung an diejenigen Urheber ausgekehrt werden, die ihre Rechte in das Repertoire einer Verwertungsgesellschaft wie der VG Bild-Kunst oder der VG Wort eingebracht haben. Ein solches System würde nicht zuletzt die im kreativen Ökosystem dringend benötigten Verwertungsgesellschaften stärken. Soweit die Beteiligten dies als zweckmäßig und interessengerecht ansehen, lassen die nach geltendem Recht möglichen Nutzungsvorbehalte zudem schließlich auch Raum für den Abschluss individueller Lizenzverträge. Die Geschichte um das Urheberrecht im Wandel durch künstliche Intelligenz ist daher »to be continued«.

Jonathan Pukas ist Rechtsreferendar in Berlin und Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der auf geistiges Eigentum spezialisierten Kanzlei NORDEMANN (Berlin)

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Die Fokusreihe zum Thema »Künstliche Intelligenz in der Kultur« finden Sie online unter: politikkultur.de/category/ki/

MEHR DAZU

Jonathan Pukas, »Werknutzung und künstliche Intelligenz« (Diss.), Nomos 2025. Das Werk ist auch online im Open Access abrufbar.

FOTO: ISTOCK | JORISVO

Ein Bau der Vergangenheit für die Zukunft

Wiederaufbau der Hamburger Bornplatzsynagoge

LUDWIG GREVEN

Sie fehlt seit bald einem Jahrhundert. Wo bis zur Reichspogromnacht 1938 und noch einige Zeit danach die Hamburger Bornplatzsynagoge stand, das größte und wichtigste religiös-kulturelle jüdische Zentrum Norddeutschlands, gähnt seitdem ein Loch. Aber kaum jemand nimmt die Leerstelle wahr, weil die letzten Überlebenden und Zurückgekehrten, die das Leben in und um die Synagoge noch gekannt hatten, längst verstorben sind. Nun soll die Synagoge endlich wieder erwachsen. In der alten äußeren Form, innerlich jedoch modern, gekrönt von einer gläsernen Kuppel und ergänzt um einen Neubau mit Bibliothek und Café. Ein Zeichen für das wieder erwachte jüdische Leben, allen Anfeindungen und Angriffen zum Trotz, denen Jüdinnen und Juden seit dem 7. Oktober ausgesetzt sind.

Die Sehnsucht war immer da. Wir brennen darauf, nach 100 Jahren die Synagoge zum zweiten Mal aufzubauen und sie mit Leben zu füllen

Mitte September wurde der Siegerentwurf des Architektenwettbewerbs vorgestellt. Bis die Synagoge wieder steht, werden allerdings noch etliche Jahre vergehen. Doch die Freude in der jüdischen Gemeinde und bei denen, die sich für die Wiedererrichtung einsetzen, ist jetzt schon groß. »Die Sehnsucht war immer da. Wir brennen darauf, nach 100 Jahren die Synagoge zum zweiten Mal aufzubauen und sie mit Leben zu füllen«, sagt Daniel Scheffer. Als Initiator hat er wesentlich dafür gesorgt, viele Widerstände zu überwinden und die Pläne voranzutreiben. Auslöser war, dass vor Jahren ein Hamburger Antiquitätenhändler der jüdischen Gemeinde etwas anbot, das nach seiner Einschätzung ihr gehörte und auf verschlungenen Wegen zu ihm gelangt war: die Thorakrone. Es stellte sich schnell heraus, dass es tatsächlich die silberne Krone war, die bis zur Schändung und Zerstörung der Synagoge ihr Heiligstes geziert hatte: die Thorarolle. Das Einzige, was von ihr geblieben war. Für Daniel Scheffer, für andere in der Gemeinde und in der Hamburger Gesellschaft und Politik war das der Anstoß, den Wiederaufbau endlich in Angriff zu nehmen. Zwar hatte es auch vorher immer wieder Bestrebungen dazu gegeben, aber sie waren alle gescheitert, vor allem am Hamburger Senat, der das von den Nazis enteignete Grundstück nicht zurückgeben wollte. In der Nacht des 9. November 1938 war die Synagoge wie so viele in Deutschland angezündet, geschändet und geplündert worden, aber stehen geblieben. Dabei raubte wohl auch jemand die Thorakrone. In den Tagen danach legten Anwohner weitere Feuer und zerschlugen die Scheiben. Im folgenden Jahr wurde die jüdische Gemeinde gezwungen, die Ruine auf eigene Kosten abzureißen – von demselben Beamten, der in den 1950er Jahren im Namen des Senats entschied, der Gemeinde das Gelände vorzuenthalten, weil der Jüdische Weltkongress eine Entschädigung erhalten hatte, obwohl ihr das Grundstück von den Nazis genommen worden war und es ihr deshalb weiterhin rechtmäßig gehörte.

»Die Synagoge wurde uns zweimal genommen. Erst von den Nazis, dann nach dem Krieg von den Behörden des neuen demokratischen Staats«, sagt Scheffer. »Nun muss Hamburg sie zum zweiten Mal erbauen.« Den politischen Willen gibt es. Der Senat und die Bürgerschaft haben sich einstimmig dafür entschieden. Das Grundstück wurde an die Gemeinde zurückgegeben. Der Bunker, den die Nazis 1942 auf einem Teil davon errichtet hatten und in dem einige Büros der benachbarten Universität untergebracht sind, soll abgerissen werden. Noch ist davon aber nichts zu sehen. Dort, wo einst eine der größten Synagogen Deutschlands stand, ein 1906 eingeweihter neoromanischer Bau, war nach dem Krieg Jahrzehnte lang ein Parkplatz – Ausdruck der Missachtung für das ausgelöschte jüdische Leben und die vernichtete jüdische Kultur. Seit 1988 weist immerhin ein von einer Künstlerin gestaltetes Bodenmosaik, das den Grundriss der Kuppel abbildet, auf sie hin. Und der Name des Platzes: Joseph Carlebach, benannt nach dem 1941 in einem KZ in Riga ermordeten letzten Rabbiner. Die meisten gehen jedoch achtlos über den Platz und das Mosaik. Die neue alte Hamburger Synagoge wird zwei Besonderheiten haben: In ihr werden, wie sonst nur an zwei anderen Orten der Welt, orthodoxe und liberale Juden zusammen beten und Gottesdienst halten. »Getrennt vereint«, wie es Daniel Scheffer nennt, in zwei Räumen, aber unter einem Dach. Und die Synagoge soll, anders als fast alle anderen jüdischen Orte in Deutschland, nicht eingezäunt sein, trotz der seit

dem Hamas-Massaker und dem Gaza-Krieg verschärften Sicherheitslage – als einzige deutsche Synagoge neben der neu gebauten in München. Bei der Vorstellung des Siegerentwurfs sorgte das für einige Diskussion. Als er gefragt wurde, ob die Gemeinde ihr Gotteshaus nicht schützen müsse, wies Scheffer dies zurecht empört zurück: »Für die Sicherheit sind nicht wir Juden verantwortlich.« Das sei Sache des Staates und der übrigen deutschen Gesellschaft. Dennoch wird es natürlich im Inneren verstärkte Sicherheitsvorkehrungen geben, was die Kosten nach oben treibt. Darüber sprechen will verständlicherweise niemand. Umstritten war lange Zeit, ob die Synagoge in der alten Form wieder stehen sollte oder in neuer, moderner wie in München und anderen Städten. Die jüdische Gemeinde setzte durch, dass der Bau den alten abbildet, wenn auch etwas verkleinert, weil es trotz der starken Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion in den 1990er Jahren nicht mehr so viele Juden in Hamburg gibt wie vor der Shoa. Deshalb auch der gemeinsame Bau für traditionelle und liberale Juden. Das hat allerdings noch einen weiteren Grund. Die ehemalige Synagoge des Reformjudentums an der Oberstraße, nicht weit entfernt und eine der weltweit bedeutendsten, auf die sich noch heute liberale Juden z. B. in den USA beziehen, wird vom Norddeutschen Rundfunk als Sendesaal benutzt. Die britischen Besatzer hatten sie dem neu entstehenden NWDR nach dem Krieg überlassen. Nur eine steinerne Menora über dem Eingang erinnert an die jüdische Vergangenheit. Infrage gestellt wird diese Zweckentfremdung von niemandem. »Das ist bittere Realität«,

klagt Scheffer. »Die Shoa war nicht nur der größte Massenmord, sondern auch der größte Raubzug der Geschichte. Das wirkt bis heute fort.« Von der Wiedererrichtung der Bornplatzsynagoge erhofft er sich, dass es zu einem generellen Nachdenken führt, wie mit dem jüdischen Erbe umgegangen wird. Die Synagoge soll aber nicht für die Vergangenheit stehen, sondern für die Gegenwartigkeit und Vielfalt jüdischen Lebens. Deshalb entschied die Auswahljury, die über die 25 vorgelegten Entwürfe von Architekturbüros aus aller Welt zu entscheiden hatte, dass es kein solitärer, exzentrischer Bau wird, sondern dass er sich in die Umgebung einfügen soll. Ein herausragendes Element wird die gläserne statt der früheren steinernen Kuppel sein, ähnlich wie beim Reichstag. Sie soll für Transparenz sorgen, weil Juden so oft Misstrauen entgegengebracht wird. Und sie soll Licht in die Welt senden, ein für alle sichtbares Zeichen. »Sie markiert den Bruch«, sagt Scheffer. Bis die Kuppel leuchtet und die Bornplatzsynagoge wieder erstrahlt, werden jedoch wahrscheinlich noch

acht bis zehn Jahre vergehen. Wie bei allen öffentlichen Bauten müssen nun Pläne gezeichnet, Bauanträge gestellt, geprüft und genehmigt werden, das energetische und das Sicherheitskonzept. Die Bauaufträge müssen ausgeschrieben werden. Scheffer und anderen in der Gemeinde ist die Ungeduld anzumerken, dass alles so lange dauert. »Der Bau hätte eigentlich schon längst beginnen müssen«, sagt er. Schließlich werde damit nur Gerechtigkeit wiederhergestellt. Immerhin ist die Finanzierung gesichert. Der Bund und das Land Hamburg haben sich verpflichtet, die Baukosten je zur Hälfte zu tragen. Der Bundestag hat dafür 2020 in einem Beschluss des Haushaltsausschusses 130 Millionen Euro bereitgestellt. Die werden allerdings wegen der gestiegenen Baupreise und auch wegen der notwendigen schärferen Sicherheitsmaßnahmen wahrscheinlich nicht reichen. Aber auch wenn neue Diskussionen darüber aufkommen sollten – Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit, die im Beirat der Bornplatzinitiative sitzt, hat klargestellt: »Es gibt keinen Zweifel. Die Bornplatzsynagoge wird wieder aufgebaut. What ever it takes.« Auch Kultursenator Carsten Brosda bekennt sich dazu. Nach der Premiere des Stücks »Nächstes Jahr Bornplatzsynagoge« Ende September 2025 in den Hamburger Kammerspielen, in dem die Geschichte ihrer Zerstörung und das Bemühen um ihre Neuerrichtung eindringlich und sehr aktuell nachgezeichnet wird, sagte er: »Hier wird Zukunft gebaut.« Die Synagoge stehe für eine Gesellschaft, in der alle verschieden sein dürfen.

Ludwig Greven ist freier Journalist



Der Siegerentwurf der Bornplatzsynagoge

SKIZZE: BÜRO SCHULZ UND SCHULZ ARCHITEKTEN, HABERLAND ARCHITEKTEN, POLA LANDSCHAFTSARCHITEKTEN

30 Jahre Dayton – Zwischen Frieden und Stillstand

Die Lage in Bosnien und Herzegowina

SINA ROTHERT

Der Genozid von Srebrenica, das schwerste Kriegsverbrechen seit Ende des zweiten Weltkriegs in Europa, jährte sich 2025 zum 30. Mal. Die Armee der Republik Srpska hatte in wenigen Tagen 8.372 Bosniakinnen und Bosniaken muslimischen Glaubens ermordet. Erstmalig beging der Deutsche Bundestag in diesem Jahr den 2024 von der UN-Generalversammlung ins Leben gerufenen »Internationalen Tag der Besinnung und des Gedenkens an den Völkermord in Srebrenica 1995«. Trotz dieser

Einige Medien sprachen von einem Massaker und wiederholten so die verleugnende Rhetorik der Regierungen in Serbien und der Republik Srpska

weiteren Anerkennung wird der Genozid auch im deutschen Kontext verharmlost. So sprachen einige Medien von einem Massaker und wiederholten so die verleugnende Rhetorik der Regierungen in Serbien und der Republik Srpska. Bei der Aussprache zum Jahrestag wurde es Überlebenden des Genozids aufgrund des Neutralitätsgebots nicht gestattet, ihre »Blumen von Srebrenica«-Gedenkanker zu tragen. Zudem mussten sie erleben, wie die Gedenkstunde von AfD-Abgeordneten dazu missbraucht wurde, antimuslimischen Rassismus und Xenophobie zu schüren.

Die Junge Südosteuropa-Gesellschaft (JSOG) organisierte anlässlich

der Jahrestage des Genozids und des Kriegsendes in Bosnien und Herzegowina eine Exkursion unter dem Titel »30 Jahre Dayton-Abkommen – (K)ein Modell für die Zukunft Bosnien und Herzegowinas?«, um die Auswirkungen des Friedensabkommens zu beleuchten. Die JSOG ist die Nachwuchsorganisation der Südosteuropa-Gesellschaft e. V. (SOG); institutionell gefördert durch das Auswärtige Amt, gehört die SOG seit 1952 zu den wichtigen Trägern der deutschen Auswärtigen Kulturpolitik. Der Fokus der im Jahr 2023 gegründeten Nachwuchsorganisation liegt auf Vernetzung, Wissensaustausch und Weiterbildung der jungen Mitglieder, wozu sie eigene Veranstaltungen und Aktivitäten organisiert. Ziel der jährlichen Exkursionen ist die Beschäftigung mit aktuellen Themen in der Region Südosteuropas und der Austausch mit jungen Akteuren vor Ort.

Zum Einstieg erlebten die an der Exkursion teilnehmenden Studierenden sowie Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger die kulturelle Vielfalt, die sich in Europa einmalig zwischen Orient und Okzident herausgebildet hat. In Sarajevo – aufgrund des interreligiösen Zusammenlebens bisweilen Jerusalem Europas genannt – ist bereits bei einem kurzen Spaziergang Architektur aus der Zeit Österreich-Ungarns, des osmanischen Reichs und des sozialistischen Jugoslawiens erfahrbar. Unter anderem durch die Rosen von Sarajevo, die in Rot Granateneinschläge markieren, denen Menschen unter der Belagerung 1992 bis 1995 zum Opfer fielen, bleibt auch der Bosnienkrieg im Stadtbild verhaftet.

Am 21. November jährt sich die Unterzeichnung des Friedensabkommens von Dayton, das den Bosnienkrieg beendete und aus dem ein unabhängiger Staat mit einer Verfassung hervorging. Die Umsetzung des »Allgemeinen Rahmenabkommens für den Frieden

in Bosnien und Herzegowina« wird bis heute durch den Hohen Repräsentanten (HR) – bestimmt durch die internationale Gemeinschaft – und das ihm unterstellte Büro (OHR) überwacht.

Die Exkursionsteilnehmenden besuchten die Deutsche Botschaft und das OHR, in dem zweiwöchentlich die Botschaften der Mitglieder der Peace Implementation Force zusammenkommen. Ein Mitarbeiter berichtete von der Arbeit des Büros, das inzwischen nur noch 100 von früher 1.000 Mitarbeitenden hat. Diskutiert wurde über die »Bonner Vollmachten«, das negative Bild des HR in der bosnischen Gesellschaft, dem nichts entgegengesetzt wird, und über das Übergangsamt des HR und dessen ausstehende Selbstabschaffung. Die »Bonner Vollmachten« erlauben es dem HR, eigenmächtig Entscheidungen und Gesetze zu erlassen und bei Behinderung der Umsetzung des Friedensabkommens Politiker und Beamte aus ihren Ämtern zu entlassen.

Nach der Prognose des OHR könnte bereits in zehn Jahren keine bosnische Bevölkerung mehr bestehen, sollten weiterhin 45.000 Menschen pro Jahr das Land verlassen. Wirtschaftlich steht Bosnien und Herzegowina schlecht da, die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei über 40 Prozent, es fehlen Perspektiven. Die verschiedenen Gesprächspartnerinnen und -partner der Exkursion äußerten ambivalente Gefühle gegenüber dem Dayton-Abkommen, das sie für den Stillstand im Land und das dysfunktionale und korrupte politische System verantwortlich machen.

Im Gespräch mit der Direktorin des Historischen Museums Elma Hašimbegović wurden die Probleme deutlich. Als staatliche, aber nicht staatlich finanzierte Institution mit einem maroden Gebäude ist das Museum auf internationale Kooperationen angewiesen, konnte sich dafür allerdings unabhängig entwickeln. Nach dem Krieg

stand das Haus vor erinnerungspolitischen Herausforderungen; es galt die Geschichte einer neuen Nation zu erzählen. Aktuelle Ausstellungen zeigen eine Sammlung an Artefakten, welche die Überlebenskunst und den Alltag unter der Belagerung aufzeigt, sowie die antifaschistischen Partisanenkämpfe während des Zweiten Weltkriegs – die Darstellung eines gemeinschaftlichen und positiven Vergangenheitsbildes aller Bevölkerungsgruppen.

Dies ist ein Agieren gegen die konkurrierenden Geschichtsdiskurse, die auch in den verschiedenen Schulcurricula vorliegen. Bei einem Tagesausflug nach Mostar lernten die Teilnehmenden, welche Auswirkungen für den Frieden in der Nachkriegszeit etablierte und nun festgefahrene Strukturen haben können. Bei dem bei seiner Einführung von der EU und dem OHR unterstützten und im Jahr 2014 vom Verfassungsgericht der Föderation für illegal erklärten System der »Zwei Schulen unter einem Dach« werden bosniakische und kroatische

Klassen zwar im selben Schulgebäude, aber nicht gemeinsam und vom selben Lehrpersonal unterrichtet.

Die Exkursion endete zu Beginn des Sarajevo Film Festivals – im Glanz der vielen Open-Air-Kinos und Partys erwacht die Stadt zum Leben. Ebenso wie ursprünglich die Berlinale erfüllt das Festival eine friedenspolitische Aufgabe und wird von vielen engagierten Personen und Institutionen unterstützt. Die Teilnehmenden inspirierte im Besonderen das Engagement der Gesprächspartnerinnen und -partner, die sich trotz fehlender Perspektiven für eine bessere Gesellschaft einsetzen. Im März letzten Jahres wurde vom Europäischen Rat der Beginn von Beitrittsverhandlungen beschlossen, es ist noch ein weiter Weg, der hoffentlich auch Positives mit sich bringen wird.

Sina Rothert ist Projektassistentin für kulturelle Integration beim Deutschen Kulturrat und Co-Leitung AG Exkursionen der Jungen Südosteuropa-Gesellschaft



Blick auf Sarajevo, Bosnien und Herzegowina

FOTO: ISTOCK | ERINYALGIN

Nicht nur Täter und Opfer

Über den Wechsel kultureller Sichtweisen

JOHANN MICHAEL MÖLLER

Neulich in Berlin, auf dem Weg in die frühere Wissmannstraße im Stadtteil Neukölln. Man hat sie inzwischen umbenannt in Lucy-Lameck-Straße, nach einer tansanischen Politikerin und der ersten Frau im Parlament ihres Landes. Aber muss man die Namensgeberin kennen? Der zuständige Bezirksbürgermeister Hinkel meint nein. Denn Lucy Lambeck habe den Berliner Stadtteil Neukölln ja wohl auch nicht gekannt. Es gehe vielmehr um die »symbolische« Wiedergutmachung der deutschen Kolonialverbrechen. Da musste der Kolonialpionier Hermann Wissmann verständlicherweise weichen, der eine Blutspur durch Afrika zog.

Auch die frühere Mohrenstraße in Berlins Mitte heißt jetzt Anton-Wilhelm-Amo-Straße, ein Name, den das kundige Deutschland inzwischen wohl kennt. Aber auch bei ihm, dem im Deutschland der Aufklärung erzogenen afrikanischen Philosophen, stellt sich die Frage, ob die Berufung auf ihn geeignet ist, jene Wunden zu heilen, die der deutsche Kolonialismus geschlagen hat. Zweifel daran säte unlängst der Kolonialhistoriker Michael Zeuske, der neue Quellen präsentierte und am wohlfeilen Bild Amos rüttelte, dass dieser nach Deutschland verschleppt wurde, aber trotzdem eine außerordentliche Karriere machte:

vom namenlosen Opfer zum bekannten Philosophen seiner Zeit.

Vieles, was wir über Amo zu wissen glauben, wirkt historisch nachkoloriert. Auch die wundersame Geschichte vom afrikanischen Sklavenkind, das in der Fremde zur Geistesgröße der deutschen Aufklärung heranwächst, ist viel zu schön, als dass man sie von einer unangemessenen Hermeneutik des Verdachts entzaubern lassen wollte. Dekonstruieren wir doch lieber woanders.

Höchstwahrscheinlich entstammte Amo der Oberschicht seines Landes und kam, was gängige Praxis war, zur Absicherung eines Handelskontrakts mit nach Deutschland, war also Teil jener ausgeprägten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Afrika und Europa, zu deren selbstverständlichem Teil auch der Sklavenhandel gehörte. Was aber, um den aberwitzigen Bogen zur Berliner Kommunalpolitik wieder zu schlagen, eine Straßenbenennung nach Anton Wilhelm Amo nahezu unmöglich macht.

Eine solche Korrektur wäre allerdings in doppelter Hinsicht fatal. Den Kritikern der Umbenennung lieferte das den Beweis, wie fahrlässig mit historischen Fakten umgegangen wird. Wohingegen die Protagonisten der Namensänderung sich ihres wundersamen Narrativs verlustig erklären müssten, das da hieß: Gesellschaftliche Anerkennung gelingt, selbst

wenn man als Opfer nach Deutschland kommt.

Im Grunde hätte darüber sogar ein kleiner Historikerstreit entbrennen müssen. Aber die Neigung scheint offenbar gering, deswegen noch einmal in die postkolonialen Schützengräben zu steigen. Dabei würde es sich am Beispiel Amos allemal lohnen, einer ernsthaften Betrachtung neuen Raum



MÖLLER MEINT

zu geben. Denn plötzlich melden sich auch jene Historiker und Historikerinnen zu Wort, die in den letzten Jahren still und beharrlich an einem realistischeren Bild Amos und der kolonialen Verflechtungsgeschichte gearbeitet haben.

Aber man soll den Tag eben nicht vor dem Abend loben. Ausgerechnet einer der renommiertesten deutschen Afrikahistoriker, der in Berlin an der Humboldt Universität lehrende Andreas Eckart, musste im Leib- und Magenblatt des deutschen Bildungsbürgertums, der Hamburger ZEIT, das Thema postwendend wieder unter Ideologieverdacht stellen. Die mühsam erkämpfte kritische Sichtweise auf das koloniale Erbe sei in Gefahr, gab er zu Protokoll. Was, mit Verlaub, Kokoloeres ist. Denn es findet

nirgendwo ein ideologisches Rollback statt. Es öffnet sich vielmehr ein Spalt für einen sachlicheren Umgang mit der deutschen und der europäischen Kolonialgeschichte, wie er in den Hochzeiten des wogenden Postkolonialismus kaum denkbar gewesen wäre.

Man muss kein Kenner der historischen Semantik Reinhart Kosellecks sein, um doch zumindest für möglich zu halten, dass die Verhältnisse im 18. Jahrhundert anderen Mustern folgten, als wir sie aus den Zeiten der kolonialen Überwältigung kennen. Die afrikanischen Reichen standen den europäischen Kolonialmächten, mit denen sie einen florierenden Sklavenhandel betrieben, damals nicht nach. Und nur am Rande sei erwähnt, dass es afrikanische Herrscher gab, die sogar davon träumten, die europäische Welt im Genzug zu erkunden.

Aber was für die Betrachtung von Amo viel wichtiger erscheint, ist der Umstand, dass ein gebildeter und standesgemäß erzogener Afrikaner im Europa des 18. Jahrhunderts kein kurioser Einzelfall war. So finden sich unter den fremden Besuchern Europas eben nicht nur jene Exoten, die das Interesse der wissenschaftlichen Schädelvermesser oder die populäre Schaulust auf Jahrmärkten weckten, sondern auch solche, die später preußische Staatsräte, französische Offiziere, Londoner Gesellschaftsgrößen oder Priester der Church of England wurden.

Vor den beiden Tahitianern Aotourou und Omai, die James Cook mit nach Europa brachte, defilierte, um ein Beispiel zu nennen, die Crème der damaligen gelehrten Welt. Was der Aufklärer Denis Diderot 1772 im

Nachgang zu den Entdeckungsreisen des berühmten Louis-Antoine de Bougainville als selbstverständlichen Akt des kulturellen Übertritts beschrieb: »Man ziehe den Rock des Landes an, das man besucht, und bewahre den Rock des Landes auf, aus dem man stammt.« Erst später senkten sich dann die Schranken des modernen Rassismus zwischen die verschiedenen Kulturen, was eine solche kulturelle Konversion nahezu undenkbar machte.

Zu den Auswirkungen der heutigen postkolonialen Hybris gehört sowohl, dass sie uns den freien Blick auf die eigene Geschichte verwehrt. Aber mindestens genauso: dass sie unsere Fenster zur Welt vermauert hat. Die reine Binnensicht aber droht trübe zu werden.

Wir träumen immer noch vor uns hin den exotischen Traum von den früheren, den unbescholtenen Gefilden; und wir verkennen dabei, dass es eine gesellschaftliche Moderne auch jenseits unserer europäischen Horizontlinie gab. Man wird die Gräuel des Kolonialismus nicht relativieren, nur um einzusehen, dass es in der Geschichte der europäischen Weiteroberung nie nur Täter und Opfer gab. Für diese Erkenntnis lohnt es, des in Deutschland erzogenen afrikanischen Philosophen Anton Wilhelm Amo zu gedenken. Er hat vorgelebt, wie man kulturelle Sichtweisen wechselt und sich fremde Perspektiven zu eigen macht. Wir Heutigen könnten immer noch von ihm lernen.

Johann Michael Möller ist Publizist und Ethnologe

Ich will kein Prediger sein

Sebastian Krumbiegel im Gespräch mit Barbara Haack

Sebastian Krumbiegel, bekannter Sänger und Frontmann der Band »Die Prinzen«, engagiert sich für Integration und Menschenrechte – auch im Rahmen des Aktionstags der Initiative kulturelle Integration »Zusammenhalt in Vielfalt«. Dieser findet am 21. Mai 2026 statt. Bundesweit sind Organisationen, Bündnisse und Einzelpersonen aufgefordert, Aktionen im Sinne einer freien und vielfältigen Gesellschaft durchzuführen. Im Interview spricht Sebastian Krumbiegel über sein Engagement.

Barbara Haack: Du engagierst Dich seit vielen Jahren gegen Rassismus, gegen Rechtsextremismus, für Demokratie, für Menschenrechte, und zwar in vielen unterschiedlichen Organisationen und auch in Deiner Musik. Was treibt Dich an?
Sebastian Krumbiegel: Ich glaube, dass wir selbst viel mehr machen können, als wir oft denken. Ich denke, dass wir es sind, die sich darum kümmern müssen, in was für einer Welt wir leben. Ich habe von meinen Eltern und von meinen Großeltern einen Kompass mitbekommen, mich selbst um Sachen zu kümmern und für Sachen gerade zu stehen. Ich würde das auch machen, wenn ich einen anderen Beruf hätte. Da würden es nur nicht so viele Leute merken. Das ist der Vorteil und manchmal natürlich auch der Nachteil davon, dass man eine öffentliche Person ist, dass man einerseits gehört wird, andererseits aber dafür nicht nur Applaus kriegt, sondern auch Ablehnung.

Hat zu dieser Haltung Deine Jugend und Sozialisation in der DDR etwas beigetragen?
Ich glaube, dass es damit nichts zu tun hat. Es gibt ein prägendes Erlebnis, das meine Großmutter mir, als ich 15 Jahre alt war, vom 9. November 1938 in Leipzig erzählt hat. Sie stand in der Straßenbahn und hat dort gesehen, was passiert ist, dass Leute drangsaliert, bespuckt, beleidigt, geschlagen und deportiert worden sind. Sie war damals 19. Sie sagte: »Ich habe wie alle anderen Leute weggeguckt, und heute schäme ich mich so dafür.« So etwas sitzt bei einem 15-jährigen Bengel!

Wie nimmst Du die Integration zurzeit wahr? Geht die Akzeptanz von Diversität gerade wieder zurück?
Auf jeden Fall. Vieles, von dem wir gedacht hatten, es wäre ein für alle Mal geklärt, wird jetzt wieder zurückgedreht. Das besorgt mich einerseits. Aber andererseits, und das ist es, was ich zurzeit bei all meinen Konzerten sage: Wir dürfen nicht die Zuversicht verlieren. Wir müssen wissen, dass wir eine Kraft haben und dass wir etwas beeinflussen können. Sich zu engagieren ist keine Heldentat, am Ende ist das eine Sache, die Dich selbst total erfüllt, wenn Du merkst, dass Du damit an Deiner kleinen Front vor Deiner Haustür Dinge verändern kannst.

Du thematisierst die Dinge, für die Du Dich engagierst, auch in der Musik, in Deinen Texten. Welche Wirkung kann Kunst auf der politischen, auf der gesellschaftlichen Ebene haben?
Man darf sich da nicht überschätzen. Man darf sich aber auch nicht unterschätzen. Die Hippies in den 1960er Jahren haben gedacht, sie können den Vietnamkrieg beenden, und sie können die Welt retten. Haben sie nicht so richtig geschafft. Aber sie haben trotzdem eine Menge geschafft. Sie haben ein Bewusstsein geschaffen.

Heißt das, man darf die Rolle von Kunst nicht überschätzen?
Nein. Ich hatte gerade ein Treffen mit Michel Friedman, der mir gesagt hat, Du hast einen unschätzbaren Vorteil. Du kannst mit deiner Musik ganz anders Leute erreichen als ich mit meinen Worten. Musik kann sofort eine Brücke bauen und Leute emotional berühren. Und wenn man die Leute emotional berührt, sind sie viel offener für das, was man ihnen eigentlich sagen will. Ich möchte niemanden belehren, niemandem sagen, wo es lang geht, weil ich selbst auch suche. Das artikuliere ich auch bei meinen Veranstaltungen. Da merken die Leute: Hey, mir geht es genauso. Hier sitzt nicht jemand, der mir populistisch etwas vom Pferd erzählt und der mir sagt, ich habe eine Lösung. Die Leute, die sagen, dass Lösungen eindimensional sind, die

nennen wir Populisten, und von denen halte ich gar nichts.

Du hast im Zusammenhang mit der Präsentation Deines Buches einmal gesagt, im Wort Unterhaltung steckt auch der Begriff Haltung. Würdest Du sagen, dass es zu wenige Unterhaltungskünstler gibt, die auch so eine deutliche Haltung zeigen?
Das muss jeder für sich selbst wissen. Ich will da keinem vorschreiben, was er zu tun und zu lassen hat. Aber natürlich würde ich mir wünschen, dass Leute, die extrem mainstreamig unterwegs sind, sich ab und zu äußern, gerade zu dem Rechtsruck, den wir gerade erleben, oder zum Rassismus oder zu dem unfassbaren Antisemitismus. Natürlich wäre es cool, wenn ein Florian Silbereisen oder eine Helene Fischer sich manchmal positionieren würden. Aber ich weiß, dass es schwer ist, sich zu positionieren.

Und nicht alle positionieren sich gleich.
Wenn ich sehe, dass Leute aus meiner Bubble auf einmal auf einer anderen Seite stehen, z. B. beim Thema Israel, wenn sie das Existenzrecht Israels infrage stellen, dann ist das für mich ein Riesenproblem. Antisemitismus ist eine Sache, bei der sich gerade alle die Hände zu reichen scheinen. Das ist für mich sehr schwierig. Aber wir versuchen, den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen und nicht zu sagen: Du hast eine andere Meinung als ich, deswegen hasse ich Dich jetzt, sondern: Du hast eine andere Meinung als ich, deswegen rede ich mit Dir. Zurzeit haben wir das scheinbar ein bisschen verlernt. Aber natürlich gibt es Leute, mit denen ich auch nicht rede. Ich sage bei allen Talkshoweinladungen, die ich kriege, ich komme sehr gern vorbei, aber nur, wenn niemand von dieser sogenannten AfD in der Runde sitzt. Ich rede nicht mit den Kadern. Aber ich rede mit allen anderen Leuten.

Du engagierst Dich auch für ein anderes Projekt, das ebenfalls für das Thema Zusammenhalt steht oder stehen kann: das Grüne Band. Wir haben vor 35 Jahren durch die Zerstörung

Wir versuchen, den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen und nicht zu sagen: Du hast eine andere Meinung als ich, deswegen hasse ich Dich jetzt, sondern: Du hast eine andere Meinung als ich, deswegen rede ich mit Dir. Zurzeit haben wir das scheinbar ein bisschen verlernt

der Mauer eine Spaltung überwunden. Das grüne Band, der ehemalige Todesstreifen zwischen zwei deutschen Staaten, ist ein Symbol für die Spaltung, aber auch für die Wiedervereinigung. Heute ist es ein Biotop, ein Naturort, aber auch ein Kulturort. Kann das Grüne Band tatsächlich ein Symbol sein oder auch ein konkreter Ort, um gegen Rechtsextremismus und für Verständigung und Frieden zu kämpfen?

Alles kann es sein. Alles, was wir daraus machen. Das Bizarre an dieser ehemaligen deutsch-deutschen Grenze ist ja, dass sich in diesem Todesstreifen, den keiner betreten durfte, die Natur ausbreiten konnte und dass dort Dinge entstanden sind, die wirklich ein grünes Band sind, das quer durch das Land geht. Das als Metapher zu sehen, als Chance, diese ehemalige Grenze zu benutzen, um aufeinander zuzugehen, halte ich für eine großartige Idee. Und ich sehe das auch als praktischen Begegnungsraum. Den sollte man nutzen und Menschen ermutigen, miteinander zu reden.

Wir als Band, als »Prinzen«, wir waren ja die ersten, die damals ziemlich schnell nach dem Mauerfall ziemlich erfolgreich die Hallen in Ost und West gefüllt haben. Damals haben wir gemerkt, dass es krude Vorstellungen davon gab, wie wir im Osten gelebt haben. Habt ihr alle Russisch gesprochen, gab es bei euch – ich übertreibe jetzt ein bisschen – elektrisches Licht, Gas, Strom, fließend Wasser? Oder diese Frage, mit der ich oft konfrontiert wurde und werde: Warum bist du damals nicht geflohen? Ich sage den Leuten immer: Was denkt ihr denn, wie wir damals gelebt haben? Natürlich haben wir uns eingerichtet. Wir hatten ein lebenswertes Leben. Ich weiß, dass es schwierig ist, das so eindimensional zu sagen, weil es eben auch Leute gab, die das nicht hatten. Ich möchte das auf gar keinen Fall bagatellisieren. Wir wissen alle, dass die DDR kein demokratischer Rechtsstaat war. Aber dieses Schwarz-Weiß-Denken sollten wir versuchen, hinter uns zu lassen.

Der Aktionstag der Initiative kulturelle Integration »Zusammenhalt in Vielfalt« findet am 21. Mai 2026 statt. Du engagierst Dich dort. Wie genau?
Diese Veranstaltung ist mir sehr wichtig, ich nehme sie sehr ernst. Ich habe dafür ein Lied geschrieben, das wir so, wie ich eben gesagt habe, als emotionale Brücke benutzen wollen, um die Leute dazu zu ermutigen, uns zu hören und einander zuzuhören und miteinander zu reden. Da brauchen wir viel Medienöffentlichkeit.

Mein Lied heißt »Keine Angst«. Eigentlich singe ich mir das selbst vor. Natürlich habe ich Angst. Und natürlich mache ich mir ernsthaft Sorgen über das, was gerade abgeht. Dass wir Kriege gegeneinander führen, obwohl wir uns eigentlich um den Planeten kümmern müssten, der vor die Hunde geht. Und was machen wir? Wir machen das Gegenteil von dem, was wir eigentlich machen müssten. Ich versuche mich einzubringen und ertappe mich immer dabei, auch bei meinen Auftritten, dass ich schon fast wie ein Prediger rede. Ich will das eigentlich nicht sein. Aber der Grat ist schmal, auf dem ich mich bewege, wenn ich Dinge anspreche. Ich möchte niemandem vorschreiben, was er zu tun und zu lassen hat. Ich suche selbst nach Antworten. Das ist am Ende mein Credo: Wenn ich wüsste, wo es langgeht, würde ich es gerne euch allen da draußen sagen. Aber ich weiß es nicht. Und ich kann nur versuchen, euch zu sensibilisieren und mich selbst auch.

Vielen Dank.

Sebastian Krumbiegel ist Sänger und Autor. Er ist Frontmann der Band »Die Prinzen« und auch als Solokünstler unterwegs. Barbara Haack ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

Mehr zum Aktionstag der Initiative kulturelle Integration: aktionstag-zusammenhalt-in-vielfalt.de

WERDEN
SIE KREATIV!

Kreativbotschafter
Sebastian Krumbiegel
widmet Song *Keine Angst* dem
Aktionstag Zusammenhalt in Vielfalt



Aktionstag 2026
ZUSAMMENHALT
IN VIelfALT

Beteiligen auch Sie sich mit einem kreativen Beitrag!

Schreiben Sie ein Gedicht, malen Sie ein Bild oder spielen Sie einen Song ein. Unter den hochgeladenen künstlerischen Beiträgen erhalten die besten Einreichungen eine besondere Würdigung bei der zentralen Veranstaltung der Initiative kulturelle Integration und des Deutschen Kulturrates am 21. Mai 2026 in Berlin.

www.aktionstag-zusammenhalt-in-vielfalt.de

»Das lukrativste Geschäftsmodell der Welt«

KI-generierte Online-Suche »AI Mode« von Google kommt jetzt auch nach Deutschland

HELMUT HARTUNG

Google hat in Deutschland bei Suchmaschinen auf dem Desktop gegenwärtig einen Marktanteil von 74 Prozent und bei mobilen Geräten von 94 Prozent. Mit großem Abstand folgt auf Platz zwei die Suchmaschine von Microsoft Bing mit 17 Prozent und 0,8 Prozent. Vom deutschen Werbeumsatz in Höhe von 31 Milliarden Euro fließen inzwischen fast 50 Prozent in die Taschen der drei großen Tech-Plattformen Google, Meta und Amazon. Davon verdient Google allein 7,8 Milliarden Euro (+5,5 Prozent). Für deutsche TV-Sender und Print-Verlage bleibt hingegen immer weniger Geld übrig. 2024 erreichte der Google-Mutterkonzern Alphabet einen Umsatz von 350 Milliarden Dollar (+14 Prozent). Annähernd die Hälfte davon erwirtschaftet Google in den USA (170,4 Milliarden Dollar); dieser Markt ist mit plus 17 Prozent auch überdurchschnittlich stark gewachsen. Die 112,4 Milliarden Dollar weltweiter Betriebsgewinn sind 2024 ein Drittel mehr als 2023. Zum Vergleich: Nach Berechnungen des »Handelsblatts« haben die drei DAX-Konzerne mit dem größten Nettogewinn 2024, Volkswagen, Telekom und Mercedes-Benz, im gesamten Jahr zusammen knapp 33 Milliarden Euro verdient. Das sind relativ bekannte Fakten, die einen erstaunen, aber vielleicht nicht mehr hinterfragt werden.

Das könnte sich aber jetzt ändern, denn mit einem neuen Suchalgorithmus, der das Wissen, das im Internet vorhanden ist, noch systematischer abgrast und in eigene Aussagen umschreibt, erreicht die Ausbeutung der Urheber eine neue Stufe.

Google führt jetzt auch in Deutschland seine KI-generierte Online-Suche »AI Mode« ein. Europa kommt damit als letzte große Weltregion in den »Genuss« der neuen KI-Anwendung des globalen Suchmaschinenbetreibers. Erst vor einigen Monaten präsentiert, ist die Funktion bereits in mehr als 200 Ländern und über 40 Sprachen nutzbar. Bisher sollen den integrierten KI-Chatbot weltweit schon zwei Milliarden Nutzer verwenden, meldet das Unternehmen voller Stolz. Bei AI Mode handelt es sich nicht

um die schon in der Google-Suche über vielen Anfragen zu findenden »AI Overviews«-Zusammenfassungen. Diese haben bereits zu bisher ergebnislosen Protesten und Klagen vieler Inhalteanbieter geführt. Zahlreiche Webseiten beklagen seit der Einführung der AI Overviews einen deutlichen Rückgang des Google-Traffics – und somit auch von Werbeeinnahmen.

Google ist der Konkurrenz einen Schritt voraus

Der neue KI Modus geht einen Schritt weiter und ist damit auch wieder seinen Konkurrenten ein Stück voraus: Google entwickelt sich zu einer um die Künstliche Intelligenz aufgebauten Suchmaschine, die ohne die klassische Linkliste auskommt. Damit ist es ein leistungsfähigeres Pendant zu KI-Suchmaschinen wie Perplexity oder auch ChatGPT Search. Zudem sei bei AI Mode der Fokus auf Aktualität und Informationsqualität gelegt worden, versichert Google. Das soll das neue System von Chatbots wie Gemini und Co unterscheiden. AI Mode soll seine Stärken gerade dort zeigen, wo klassische Suchmaschinen oft scheitern, wie bei komplexen Anfragen, differenzierten Erläuterungen oder auch historischen Bezügen. Die Fragen, die in mehreren Schritten erfolgen können, müssen nicht nur als Text formuliert werden, auch ein Bild kann die Antwortsuche auslösen. Bei jeder AI-Mode-Anfrage werden im Hintergrund automatisch zahlreiche Suchanfragen zu dem betreffenden Thema initiiert, beschreibt der »Standard« ausführlich das Prozedere. »Query Fan Out« nenne Google diese Technik, bei der die KI zunächst das Thema analysiert, in Unterfragen und verwandte Themen zerlegt und dann das Web nach Antworten durchsucht.

Studie: AI Mode reduziert Medienvielfalt

In einer Studie haben die Medienanstalten die »Integration von KI-Anwendungen in Suchmaschinen und ihre Auswirkungen auf die Meinungsvielfalt« untersuchen lassen. Diese systematische KI-Anwendung von Plattformbetreibern

führe zu wesentlichen Veränderungen bei der Meinungsbildung, prognostiziert die Untersuchung. Traditionelle Suchmaschinen würden primär als Vermittler (Medienintermediäre) von Links zu externen Webinhalten dienen. Mit dem Aufkommen generativer KI verschiebe sich der Fokus zu generierten Antworten in Fließtextform, den sogenannten »KI-Antworten«. Anstatt den Nutzer auf eine externe Webseite zu leiten, fassen KI-Systeme die relevanten Informationen zusammen und bereiten sie auf. So würden originäre Texte als Antwort auf die Suchanfragen erstellt, anstatt bestehende Dokumente zu verlinken. Diese neu geschaffenen Texte seien eigenständige Informationsobjekte, die direkt auf der Suchergebnisseite präsentiert würden.

In seiner Analyse stellt Dirk Lewandowski, Professor für Information Research & Information Retrieval an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, fest, dass damit eine erhebliche Gefahr bestehe, »dass der Traffic zu den ursprünglichen Inhalteanbietern drastisch sinkt.« Studien, die im Rahmen des Gutachtens herangezogen wurden, zeigten Traffic-Verluste für Inhalteanbieter zwischen 18 Prozent bis über 50 Prozent. Dies bedrohe die Refinanzierung der Inhaltsproduktion, zum Beispiel von Zeitungen und Zeitschriften, die für eine vielfältige Informationslandschaft unerlässlich sei. Langfristig könne ein Traffic-Verlust für Inhalteanbieter dazu führen, dass die Produktion hochwertiger, vielfältiger Inhalte im Internet wirtschaftlich nicht mehr tragbar sei, stellt Dirk Lewandowski fest. Dies hätte negative Auswirkungen auf die Informations- und Meinungsvielfalt. Suchmaschinenbetreiber wie Google würden bei ihren KI-generierten Ergebnissen auch davon profitieren, dass Inhalteanbieter wie Parteien, PR-Agenturen, Nichtregierungsorganisationen oder Verbände nicht auf eine direkte Refinanzierung angewiesen seien und ihre Inhalte kostenlos zur Verfügung stellten.

Das Gutachten stützt sich auf eine systematische Literaturrecherche und eine detaillierte Analyse der Such- und KI-Systeme (Google, Bing, Perplexity.ai, ChatGPT). Die Datenerhebung erfolgte im Mai 2025.

»Die Internetsuche von Google ist eines der lukrativsten Geschäftsmodelle



Google Inc. Firmensitz in Mountain View, Kalifornien

FOTO: PICTURE ALLIANCE/PHILIPP SZYZA

der Welt«, analysierte die »Tagesschau« im April 2025. »Fast 200 Milliarden Dollar setzte der Mutterkonzern Alphabet damit allein im vergangenen Jahr um – so viel wie nie zuvor. Im ersten Quartal dieses Jahres legten die Erlöse noch einmal um fast zehn Prozent zu. Ein Großteil der Einnahmen, die vor allem aus dem Verkauf von Anzeigen stammen, bleiben als Gewinn hängen. Analysten schätzen die Profitmarge der Suche auf bis zu 70 Prozent, trotz immenser Ausgaben für IT-Infrastruktur und Softwareentwicklung.« Der stete Geldstrom versetze Konzernchef Pichai in eine komfortable Lage. Er könne damit nicht nur eine hochbezahlte Belegschaft mit rund 183.000 Mitarbeitern finanzieren, sondern auch Googles Serverinfrastruktur für Künstliche Intelligenz (KI) allein in diesem Jahr mit dem Rekordbetrag von 75 Milliarden Dollar ausbauen und so auch AI Mode entwickeln.

Politische und regulatorische Prüfung erforderlich

Nach Auffassung der Medienanstalten wirkt sich die Verschmelzung von Künstlicher Intelligenz und Informationssuche im Internet bei jeder Suche auf Antworten im Netz aus. »Die KI-Antworten dürfen nicht vielfaltsverengend wirken, und die Anbieter tragen die Verantwortung für ihre Antworten«, sagt Eva Flecken, Vorsitzende der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten (DLM) und Direktorin der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb). »Wir müssen außerdem sicherstellen, dass journalistisch-redaktionelle Inhalte noch zu ihrem Publikum durchdringen und damit ihre Geschäftsgrundlage erhalten. Hier spielen sowohl das deutsche Medienrecht als auch die Durchsetzung des Digital Service Acts eine entscheidende Rolle. Als

Medienanstalten werden wir hier unseren Beitrag leisten in dem Rahmen, den uns der Gesetzgeber vorgibt. Ein Rahmen übrigens, der mit der technologischen Entwicklung Schritt halten muss, damit wir wirksam bleiben können«, betont die Juristin.

Der Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger (BDZV) gehörte zu den ersten Verbänden, die auf AI Mode regierten und eine sofortige politische und regulatorische Prüfung verlangten. Solange zentrale Fragen zu Transparenz, Haftung, Quellenschutz und der Gefahr algorithmischer Meinungsmanipulation nicht geklärt seien, drohe eine ernsthafte Gefährdung der freien Meinungsbildung und der Medienvielfalt in Deutschland. Zugleich fordert der Verband den Gesetzgeber in Deutschland auf, eine klare Grundsatzregel zu verankern: »Marktdominante Anbieter von Betriebssystemen und Suchmaschinen dürfen nicht zugleich als Medienanbieter auftreten«, so der BDZV. Mit der Einführung des AI Mode stehe Deutschland vor einer Grundsatzfrage: Solle der Zugang zu Informationen künftig weiterhin von vielfältigen, redaktionell verantworteten Quellen geprägt sein? Oder würden zunehmend marktbeherrschende Digitalkonzerne mit algorithmisch erzeugten Texten die Meinungsfreiheit einschränken?

Helmut Hartung ist Chefredakteur von medienpolitik.net

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Die Fokussreihe zum Thema »Künstliche Intelligenz in der Kultur« finden Sie online unter: politikkultur.de/category/ki/

Zweieinhalb Jahrzehnte Netzgeschichte: Der Grimme Online Award

Über den Wert unabhängiger Urteile

ÇİĞDEM UZUNOĞLU

Unglaublich, wie sehr das Netz in den vergangenen 25 Jahren unser Leben durchdrungen hat – mal laut, mal leise, beharrlich, unwiderruflich. Das ist mir noch einmal klar geworden, anlässlich des 25. Geburtstags des Grimme Online Awards, den wir Anfang Oktober feiern konnten.



Das Netz hat unsere Kultur verschoben, unsere Werte herausgefordert und unser Miteinander neu vermessen. Wir lernen anders, denken

anders, wirken anders. Auch die Geschichten, die wir uns erzählen, folgen neuen Regeln – den Algorithmen, den Aufmerksamkeiten, den Klicks. Doch wem gehört dieses digitale Terrain eigentlich? Wer bestimmt, was Qualität ist? Und woran lässt sich Glaubwürdigkeit messen in einer Welt, die sich minütlich neu sortiert?

Als das Netz in den späten 1990er Jahren zum Massenphänomen wurde, galt es vielen noch als Spielwiese der Technikbegeisterten – ein Ort der Möglichkeiten, aber nicht der Maßstäbe. Journalismus im Netz – das war ein Widerspruch in sich: flüchtig, unkontrollierbar, zu laut, zu schnell. Und doch war genau diese Unruhe sein größtes Versprechen – der Gedanke, dass sich Öffentlichkeit neu denken lässt: offener, direkter, diverser, demokratischer.

Heute ist aus dem Experiment ein selbstverständlicher Teil unseres Alltags geworden. Wir informieren uns digital, streiten digital, glauben

digital. Und gerade deshalb stellt sich die Frage nach Qualität dringlicher denn je: Was hebt die sorgfältige Recherche von der wohlformulierten Meinung ab? Was unterscheidet journalistische Verantwortung von bloßer Sichtbarkeit?

2001 wurde der Grimme Online Award ins Leben gerufen. Er half, das Netz als publizistisches Medium ernst zu nehmen – zu einer Zeit, als das noch keineswegs selbstverständlich war. Damit begann ein Qualitätsdiskurs über digitale Angebote, der das Feuilleton erreichte und neue Maßstäbe setzte. Früh zeigte sich, dass Journalismus im Netz keine technische, sondern eine kulturelle Frage ist: Er entsteht dort, wo Handwerk auf Haltung trifft, wo jemand den Mut hat, Komplexität auszuhalten. Die Preise für »Telepolis«, »Perlentaucher« oder »Bildblog« sind Beispiele, wie beim Grimme Online Award von Anfang an Projekte eines unabhängigen, kritischen Online-Journalismus

gewürdigt wurden – für uns heute selbstverständlich, zum Zeitpunkt der Auszeichnung noch eine Novität. Sie alle stehen für eine Haltung, die dem Netz nicht ausgeliefert ist, sondern es mitgestaltet.

Von Beginn an erkannten die unabhängigen Gremien, Nominierungskommissionen und Jurys die Bedeutung des Bewegtbilds im Netz. Schon im Gründungsjahr wurde mit »Bitfilm« eine Plattform für netzgerechte Filme ausgezeichnet – vier Jahre bevor YouTube online ging.

Doch Qualität braucht mehr als Engagement – sie braucht Resonanzräume. Orte, an denen Arbeit sichtbar wird, die sich dem schnellen Takt widersetzen. Sie braucht unabhängige Jurys, die frei urteilen können und in dieser Hinsicht mehr als bloße Auszeichner sind – am Ende die Garanten der Qualitätsmaßstäbe. In einer Öffentlichkeit, die von Algorithmen sortiert und von Empörung getrieben wird, können sie das schaffen, was der

Journalismus immer gebraucht hat – Vertrauen.

Vielleicht ist das die eigentliche Geschichte dieser 25 Jahre Grimme Online Award: dass das Netz uns nicht nur neue Formen der Kommunikation geschenkt hat, sondern auch neue Formen der Verantwortung. Die Verantwortung, Qualität zu erkennen, zu fördern und zu verteidigen. Denn je lauter die Welt wird, desto leiser spricht die Glaubwürdigkeit – und desto wichtiger wird, wer ihr zuhört.

Am Ende bleibt die alte Frage, die in der digitalen Gegenwart nur dringlicher geworden ist: Wem glauben wir – und warum? Die Antwort liegt, wie so oft, in der Unabhängigkeit des Urteils. Sie ist kein Anachronismus, sondern das Fundament einer Öffentlichkeit, die sich selbst ernst nimmt. Ohne sie verliert das Netz seine Glaubwürdigkeit. Und wir unseren Kompass.

Çiğdem Uzunoglu ist Direktorin des Grimme-Instituts

Das große Versprechen Inklusion

Deutschlands Behindertenbeauftragter
Jürgen Dusel im Porträt

ANDREAS KOLB

Als Kind hatte Jürgen Dusel ein Sehvermögen von etwa vier Prozent, mittlerweile ist er blind. Heute ist der 1965 in Würzburg geborene Jurist Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen. Der Vater von zwei erwachsenen Kindern ist nach einem Jura-Studium in Mannheim und Heidelberg als Volljurist bei der Hauptfürsorgestelle des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Rostock ins Berufsleben gestartet. Bevor er 2018 als Nachfolger von Verena Bentele vom Bundeskabinett zum Behindertenbeauftragten der Bundesregierung bestellt wurde, leitete er unter anderem die Heimaufsicht und das Integrationsamt des Landes Brandenburg, zuletzt war er als Landesbehindertenbeauftragter Brandenburgs tätig.

Jürgen Dusels Weg ist einzigartig und gleichzeitig ein Beispiel für gelungene Inklusion und Teilhabe. Dass sein Weg zur Inklusion maßgeblich durch Musik geprägt wurde, ist vielleicht Zufall – auf jeden Fall aber bemerkenswert. Nach der Blockflöte, die fast jedes Kind in der Grundschule in die Hand gedrückt bekommt, begann er im Alter von fünf Jahren Klavier zu spielen. »Irgendwann haben meine Eltern realisiert, dass ich das absolute Gehör habe.« Sie förderten seine Begabung und meldeten ihn an der Musikschule Mannheim an. Das sehbehinderte Kind in der Musikschule adäquat zu unterrichten, war Anfang der 1970er Jahre durchaus eine Herausforderung für Schule und Lehrkräfte.

Dusel erinnert sich an »großartige Musiklehrer«: Eine engagierte Lehrerin ließ ihn klassische Stücke spielen – »Mozart, Haydn-Tänze und was die Kinder dann so lernen«. Dann kam ein spanischer Musiklehrer in sein Leben, der Improvisation, Komposition und Jazz unterrichtete. Das Ergebnis war, dass Dusel in verschiedenen Bands spielte: »Bei den Schulbands war es wurscht, ob man gut sehen kann oder nicht. Entscheidend war, dass man gut zusammenspielt. Das hat tatsächlich dazu geführt, dass ich nach dem Abitur überlegt habe, ob ich nicht Musiker werden will.«

Bekanntermaßen entschied er sich dann doch für ein Jurastudium. Heute sagt er selbst: »Seitdem weiß ich, dass nur die kreativen Juristen die guten

Juristen sind.« Dass Dusels musikalische Ausbildung ein Erfolg war, hat sicher auch dazu beigetragen, die vielen Herausforderungen anzunehmen und zu meistern, denen ein sehbehinderter Mensch während der Ausbildung und auch später begegnet.

Dusel sagt: »Ich hatte Eltern, die mich unterstützt haben. Das wissen wir jetzt auch aus Studien: Eltern spielen eine zentrale Rolle. Das war 1965, als ich geboren wurde, genauso wie 2025. Daran hat sich leider nicht viel geändert.«

Im Grundschulalter besuchte er eine Förderschule für sehbehinderte Kinder in Mannheim. Als die weiterführende Schule anstand, wünschte er sich, auf eine Regelschule zu gehen. »Ich hatte einfach keine Lust mehr, jeden Morgen 45 Minuten mit dem Bus zur Schule zu fahren, obwohl die Distanz eigentlich nur etwa sieben Kilometer betrug, weil wir alle anderen Kinder eingesammelt haben. Einerseits war das verlorene Zeit, andererseits wollte ich es einfach mal ausprobieren – und ich wurde auch hier von meinen Eltern unterstützt.«

Das wissen wir jetzt auch aus Studien: Eltern spielen eine zentrale Rolle. Das war 1965, als ich geboren wurde, genauso wie 2025

Seine Eltern erkundigten sich an Gymnasien in Mannheim, doch überall hieß es, ein sehbehindertes Kind könne man den Lehrkräften nicht zumuten. Es ging also nicht darum, wie Unterricht gestaltet werden könnte, damit Teilhabe möglich ist – man verwies sofort auf die Blindenstudienanstalt in Marburg. Dort, so wurde gesagt, gebe es kleine Klassen, gut ausgebildete Lehrkräfte und besseres Schulmaterial.

Was man jedoch verschwieg: Der Schulbesuch war mit einer Internatsunterbringung verbunden – für Dusel keineswegs wünschenswert. Seine Eltern zogen schließlich von Baden-Württemberg nach Südhessen, wo eine Gesamtschule ihr Kind aufnahm. »Für



Jürgen Dusel

FOTO: DER BEAUFTRAGTE DER BUNDESREGIERUNG FÜR DIE BELANGE VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN – MEDIENBEREICH UND DOWNLOADS

mich war das ein Segen, weil ich an einer Schule mit vielen unterschiedlichen Kindern war – und ich habe dort Abitur gemacht. Ich hatte Freunde, wir sind um die Häuser gezogen, ich war im Schwimmclub, bei den Pfadfindern – ich habe alles mitgemacht, was die anderen auch gemacht haben. Das war für mich wichtig.«

Man sieht, einerseits braucht es gesetzliche Regelungen – das große Versprechen unserer Demokratie, dass niemand ausgeschlossen wird, muss in Gesetzen verankert werden. Für eine echte Inklusion aber braucht es andererseits Menschen, meint Dusel: »Familien, Lehrkräfte, Nachbarn oder wer auch immer Kinder stark macht und motiviert. Menschen dürfen nicht nur nach ihren angeblichen Defiziten bemessen werden, sondern nach dem, was sie können. Und das treibt mich bis heute an.«

Mit den gemeinsamen Teilhabeempfehlungen des Deutschen Kulturrates und des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen konnte Dusel 2024 das Ergebnis eines dreijährigen Austauschs mit Institutionen aus dem Kultur- und Mediensektor, mit Expertinnen und Experten der inklusiven Kulturszene sowie mit Selbstvertretungen von Menschen mit Behinderungen gemeinsam mit dem Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates Olaf Zimmermann der Politik übergeben – damals unter anderen der Staatsministerin Claudia Roth und

der Vorsitzenden des Kulturausschusses, Katrin Budde. Auch seine aktuelle Amtszeit steht unter dem Motto: »Demokratie braucht Inklusion.« Dusel sagt dazu: »Das große Versprechen unserer Demokratie ist, dass alle Menschen teilhaben können. Es ist schön, wenn man das verspricht – aber besser ist es, wenn man das Versprechen auch hält.«

Zwar beginne unsere Verfassung mit dem wunderbaren Satz: »Die Würde des Menschen ist unantastbar«, und Artikel 3 enthalte das Benachteiligungsverbot »Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden«. Doch zwischen dem geschriebenen Wort und der Realität, der sich Menschen mit Behinderungen gegenübersehen, klappt, so Dusel, eine deutliche Lücke. »Menschen mit Behinderungen werden weiterhin strukturell und systematisch benachteiligt. Das sieht man zum Beispiel bei der Zugänglichkeit zu Kunst und Kultur, zum Gesundheitssystem, zum Arbeitsmarkt oder zur Mobilität. Es reicht nicht, nur schöne Worte zu machen. Demokratie und Inklusion gehören zusammen – aber das braucht Taten, Maßnahmen, Gesetze. Und man merkt: Die Menschen, die ein Problem mit der Demokratie haben, haben meist auch ein Problem mit der Inklusion.«

Kunst und Kultur spielen in Dusels Arbeit eine zentrale Rolle. Das Kleisthaus in der Mauerstraße 53 in Berlin-Mitte ist nicht nur sein Amtssitz, sondern auch ein Veranstaltungsort – der

allerdings gerade renoviert wird. »Kultur im Kleisthaus« ist die Kulturmarke des Beauftragten der Bundesregierung, hier geht es um Kunst, Kultur, Demokratie und Inklusion. Zu Gast waren bereits Igor Levit, Claudia Roth, der Hornist Felix Klieser oder der Aktivist Raul Krauthausen.

Jedes Jahr am 27. Januar, dem Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, legt der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen am Gedenk- und Informationsort für die Opfer der nationalsozialistischen »Euthanasie«-Morde – dem Mahnmal an der Tiergartenstraße 4 in Berlin – einen Kranz nieder.

»Es ist wichtig«, betont Dusel, »sich zu erinnern, um die Strukturen und Geschehnisse der Gegenwart besser zu verstehen. Ich warne vor denen, die das Geschehene tabuisieren oder – noch schlimmer – relativieren und verleugnen. Das ist gefährlich und verhöhnt die Opfer. Und ich warne vor denen, die heute wieder anfangen, Bevölkerungsgruppen zu verunglimpfen oder an den Rand zu drängen. Es reicht nicht, sich nur gegenseitig zu versichern, dass man auf der richtigen Seite steht – wir müssen auch etwas dagegen tun. Wir müssen unsere Demokratie verteidigen und dafür eintreten.«

Andreas Kolb ist Redakteur von Politik & Kultur

Kirchenumnutzung im Iran

Öffnung von Kirchbauten in Isfahan

JOHANN HINRICH CLAUSSEN

Was hat Deutschland mit Isfahan zu tun? Mehr noch: Was kann man in Deutschland von Isfahan lernen? Wer mit dem Namen dieser Stadt nur die Nachrichten über israelische und US-amerikanische Bombenangriffe auf iranische Atomanlagen verbindet, wird diese Fragen absurd finden. Aber eine Kollegin hat mir vor Kurzem die Augen dafür geöffnet, dass es sich besonders für deutsche Kirchenleute lohnt, wenn sie sich über Isfahan informieren. Mit Negar Hakim – sie stammt aus Isfahan und arbeitet als Kunsthistorikerin an der Technischen Universität Wien – sitze ich gemeinsam in der Redaktion der Zeitschrift »Kunst und Kirche«: Zum Glück sitzen wir da nicht nur. Gerade ist es uns gelungen, diese über einhundert Jahre alte ökumenische, deutsch-schweizerisch-österreichische

Zeitschrift in eine neue Zukunft zu führen. So haben wir im Herder-Verlag eine neue Heimat gefunden.

Für unseren Neustart haben wir eine Doppelnummer über die Zukunft der Kirchengebäude herausgebracht. Das ist bekanntlich ein Thema, das viele beschäftigt (zum Glück auch Politik & Kultur). Da die Debatten darum hierzulande aber nicht selten eine gewisse Enge haben, war es uns ein Anliegen, den Blick zu öffnen für die Entwicklungen in Österreich, der Schweiz oder Frankreich. Den interessantesten Artikel hat Negar Hakim beigesteuert, nämlich über die »Umnutzung« und »Nutzungserweiterung« (schön sind diese Wörter nicht, aber präzise) von Kirchen in Isfahan. Gemeinsam mit der ebenfalls aus Isfahan stammenden Architektin und Kuratorin Azadeh Hariri erzählt Hakim davon, auf welche Ideen Kirchengemeinden in

ihrer Geburtsstadt gekommen sind, um ihren Sakralgebäuden eine Zukunft zu eröffnen.

Isfahan besitzt mit seinen armenischen Kirchen ein reiches Kulturerbe. Aber es ist bedroht – weniger im baulichen Bestand als in der gotesdienstlichen Nutzung. Denn die Kirchengemeinden werden kleiner. Viele Christen ziehen in die Hauptstadt oder wandern aus. Weniger als drei Prozent beträgt der christliche Anteil an der Gesamtbevölkerung noch. Kirchen waren in Isfahan über lange Zeit öffentliche Zeichen des multikulturellen Zusammenlebens – allerdings auf bescheidene Weise: Aus »Rücksicht« auf die muslimische Mehrheit wurde festgelegt, »dass sich die armenischen Sakralbauten äußerlich von traditionellen armenischen Kirchen unterscheiden. Die äußere Erscheinung vieler armenischer Kirchen erinnert daher an islamische Sakralbauten und zeichnet sich durch einfache Ziegelfassaden,

Kuppeln und eine reduzierte Ornamentik aus.«

Gute Nutzung ist der beste Denkmalschutz – dieser Grundsatz gilt auch in Isfahan. Obwohl es in ihrem theologischen Selbstverständnis viel weniger angelegt ist, haben armenische Kirchen begonnen, ihre Sakralbauten für neue kulturelle Nutzungen zu öffnen.



CLAUSSENS KULTURKANZEL

Ein gutes Beispiel ist die Vank-Kirche. 2018 wurde hier ein ethnografisches Museum eingerichtet, aber so, dass die architektonische Integrität des Ortes bewahrt blieb. Entscheidend war hier wie andernorts das Engagement des armenischen Katholikosats (der armenischen Kirchenleitung) und der lokalen Kirchengemeinde: »Die Finanzierung erfolgte eigenständig durch Einnahmen aus dem Museumsbetrieb, durch Vermietung kircheneigener Immobilien sowie durch Spenden.«

Die neue kulturelle Nutzungsvielfalt hat dazu geführt, so Hakim und Hariri, »dass ein breiteres Publikum – einschließlich Nichtchristen – in Kontakt mit diesen historischen Stätten tritt, wodurch das öffentliche Bewusstsein für ihren kulturellen Wert gesteigert wird«.

Das ist eine erfreuliche und keineswegs paradoxe Wirkung: Die Nutzungserweiterung hat den Kirchen in Isfahan eine gesellschaftliche Präsenz verschafft, die vom radikal-islamischen Regime eigentlich nicht gewollt sein kann: »Diese Entwicklung steht im Kontrast zu gängigen Vorstellungen über die Religionspolitik des Iran und verdeutlicht, dass religiös-kulturelle Räume auch unabhängig von staatlicher Einflussnahme gesellschaftlich relevant werden können. Der zunehmende Zulauf, etwa zur Vank-Kirche, ist Ausdruck eines wachsenden Interesses jüngerer Generationen an religiöser und kultureller Vielfalt.«

Johann Hinrich Claussen ist Kulturbbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland

ZUR PERSON ...

Brigitte Dethier erhält Theaterpreis DER FAUST
Die Theaterregisseurin und -leiterin Brigitte Dethier erhält den diesjährigen Preis für das Lebenswerk des Deutschen Theaterpreises DER FAUST. Dethier prägt die deutsche Theaterszene seit Jahrzehnten und setzt sich für die Förderung des professionellen Kinder- und Jugendtheaters ein, das laut der Jury durch sie an Kraft und Ausstrahlung gewonnen habe. Sie war unter anderem Leiterin der Kinder- und Jugendtheater am Landestheater Tübingen und Nationaltheater Mannheim, Intendantin und Regisseurin am Jungen Ensemble Stuttgart sowie künstlerische Leiterin des Festivals »Schöne Aussicht«. Der Theaterpreis wird vom Deutschen Bühnenverein gemeinsam mit der Deutschen Akademie der Darstellenden Künste und der Kulturstiftung der Länder vergeben.

Katharina Germo und Juliane Hahn leiten ab 2026 das Kunstfest in Weimar
Katharina Germo und Juliane Hahn übernehmen ab 2026 die Leitung des Kunstfests Weimar und folgen damit auf den langjährigen künstlerischen Leiter Rolf Hemke. Katharina Germo war bisher Co-Leiterin des Fabriktheaters Rote Fabrik in Zürich und blickt auf Stationen unter anderem am Theater Roxy Birsfelden und beim Theaterfestival Basel zurück. Juliane Hahn arbeitet derzeit als Produktionsleiterin des Festivals »Politik im Freien Theater« in Leipzig und war zuvor als Co-Leiterin des Theaterhauses Gessnerallee in Zürich tätig.

Ozan Zakariya Keskinkılıç bekommt ZDF-»aspekte« Literaturpreis 2025
Der Berliner Schriftsteller und Politikwissenschaftler Ozan Zakariya Keskinkılıç wird für seinen Roman »Hundesohn« mit dem ZDF-»aspekte«-Literaturpreis 2025 ausgezeichnet. Darin erzählt er mit vielsprachiger, lyrisch verdichteter Prosa eine queere Liebesgeschichte zwischen Berlin und Adana. Keskinkılıç veröffentlicht Essays und Lyrik auf Deutsch, Türkisch und Englisch. Darüber hinaus schreibt er Sachbücher und forscht und lehrt an Berliner Hochschulen zu den Themen Rassismus, Antisemitismus und Orientalismus. Der mit 10.000 Euro dotierte Preis wurde im Rahmen der Frankfurter Buchmesse verliehen.

Lars-Christian Koch ist neuer Direktor der Kunstsammlungen in Dresden
Der Ethnologe und Museumsleiter Lars-Christian Koch ist der neue Direktor der Staatlichen Ethnographischen Sammlungen der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden und folgt auf Léontine Meijer-van Mensch. Bisher war Koch Direktor des Ethnologischen Museums und des Museums für Asiatische Kunst im Berliner Humboldt Forum. Er ist zudem Professor an der Humboldt Universität zu Berlin und an der Universität der Künste Berlin.

Dorothee Elmiger erhält den Deutschen Buchpreis 2025
Die Schweizer Schriftstellerin und Übersetzerin Dorothee Elmiger wurde für ihren Roman »Die Holländerinnen« mit dem Deutschen Buchpreis ausgezeichnet. Darin geht es um die Erzählungen einer Schriftstellerin, die mit einer Theatergruppe in den mittelamerikanischen Urwald reist, um dem wahren Fall von zwei verschwundenen niederländischen Backpackerinnen nachzugehen. Der Deutsche Buchpreis wird seit 20 Jahren von der Stiftung Buchkultur und Leseförderung des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels verliehen und ist mit 25.000 Euro dotiert.

Zwischen Sicherheit und Aufbruch

Leise Töne

Henning Ahrens’ Roman »Jahre zwischen Hund und Wolf« ist ein stilles Buch über das Älterwerden und die Möglichkeit, sich auch im späten Leben neu zu orientieren. Im Zentrum steht der Comiczeichner Hardy, der in einem Dorf in der Normandie lebt. Nach Jahren des Erfolgs steckt er fest: Seine populäre Serie sichert Anerkennung, blockiert aber seine eigentlichen künstlerischen Ambitionen. Erst das Auffinden einer alten Erkennungsmarke und die Begegnung mit dem Hund Brahma bringen ihn dazu, sein Leben zu überdenken. Neben der Routinearbeit beginnt Hardy ein neues Projekt, das ihm Kreativität und neuen Lebensmut schenkt. Der Titel greift die französische Redewendung »l’heure entre chien et loup« auf – die Stunde der Dämmerung, in der Freund und Feind schwer zu unterscheiden sind. Ahrens nutzt dies als Bild für Hardys Zwischenzeit zwischen Sicherheit und Aufbruch, Gewohntem und Ungewissem. Der Roman erzählt diese Phase mit leiser Ironie und Sympathie für die Zögernden. Die Menschen um Hardy – seine Freundin Aïné, seine Tochter, die Nachbarin Héloïse und selbst der Polizist – begleiten ihn unaufgeregt und bieten Rückhalt. Das Glück der reifen Jahre zeigt sich hier in gegenseitiger Unterstützung und der Bereitschaft, Veränderungen zuzulassen. Héloïse ringt mit der Entscheidung, ihren Hof zu verkaufen. Sie fühlt sich der Tradition und ihrem verstorbenen Ehemann verpflichtet.

Nach langem Zögern gelingt es ihr letztendlich, den Hof aufzugeben – ein Schritt hin zu einem neuen, freieren Leben, der Hardys eigenes Ringen zwischen Bindung und Befreiung spiegelt. Mit ruhigem Ton, feiner Beobachtung und eindrucksvollen Landschaftsbeschreibungen entfaltet Ahrens ein vielschichtiges Bild des Lebens im Übergang. Die Normandie, durchzogen von Erinnerungen an D-Day und deutsche Geschichte, wird zur Folie für Fragen nach Verantwortung, Vergänglichkeit und Neubeginn. »Jahre zwischen Hund und Wolf« ist ein Roman der leisen Töne – ein Plädoyer dafür, Wandel als Chance zu begreifen. *Jörn Brunotte*

Henning Ahrens. Jahre zwischen Hund und Wolf. Stuttgart 2025



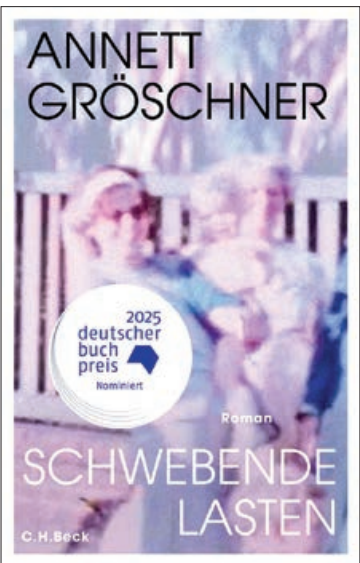
Zwischen Widrigkeiten und Würde

Ein Frauenschicksal

In »Schwebende Lasten« erzählt Annett Gröschner das bewegte Leben der fiktiven Magdeburgerin Hanna Krause. Im Kaiserreich geboren, arbeitet sie während des Nationalsozialismus als Blumenhändlerin und wird später in der DDR Kranfahrerin – ein Beruf, der bis dahin Männern vorbehalten war. Über sechs Jahrzehnte hinweg erlebt Hanna zwei Weltkriege, zwei Diktaturen und zwei Demokratien. Trotz aller Schicksalschläge bleibt ihr ein einfaches, anständiges Leben wichtig. Sie steht exemplarisch für Millionen Frauen, deren Alltag in der Geschichtsschreibung oft unsichtbar bleibt. Der Roman verknüpft persönliche Geschichten mit der Geschichte Magdeburgs und Deutschlands, vermittelt historische Brüche und zeigt, wie Widerstandskraft und Menschlichkeit im Alltag gelebt werden können. Gröschners poetisch-realistische Erzählweise verleiht selbst scheinbar banalen Szenen Tiefe, während Blumen als zentrales Motiv Trost, Ruhe und Beständigkeit symbolisieren. Auch die Stadt Magdeburg wird zum Protagonisten: Orte wie das längst verschwundene Armenviertel »Knattergebirge« verschmelzen mit Hannas Leben und spiegeln die wechselvolle Geschichte Deutschlands von 1913 bis 1992 wider. Hanna ist keine klassische Heldin. Die Autorin schildert minutiös ihren Alltag – von der Versorgung der Familie über kleine Haushaltsaufgaben bis hin zu tiefen Verlusten wie dem Tod zweier Kinder und den gesundheitlichen Einschränkungen ihres Mannes Karl. Besonders

eindrucksvoll ist, wie Hanna ein Blumenarrangement nach einem Gemälde von Ambrosius Bosschaert nachbindet – ein stiller Beweis für ihre Kreativität, Ausdauer und Liebe zum Detail. »Schwebende Lasten« ist das eindrucksvolle Porträt einer Frau aus dem Proletariat, die Würde, Anstand und Menschlichkeit bewahrt. Gröschner verwebt persönliche Geschichten, historische Ereignisse und literarische Bilder zu einem lebensnahen Roman, der die kleinen Freuden und großen Lasten des Lebens spürbar macht – eine Lektüre, die Geschichte, Frauenschicksale und fein beobachtete Alltagsmomente gleichermaßen lebendig werden lässt. *Yvonne de Andrés*

Annett Gröschner. Schwebende Lasten. München 2025



Zauberwort »Mystik«

Einfühlsames Roman-Porträt

Mystik« fasziniert. Dabei ist oft nicht klar, was mit diesem Zauberwort eigentlich gemeint ist. Da ist es am besten, wenn man die Begegnung mit einer individuellen mystischen Person sucht. Doch wie soll das gelingen? Die großen Gestalten dieser Tradition sind uns in vielem doch sehr fremd. Nun hat die evangelische Theologin Julia Koll, Direktorin der Evangelischen Akademie Loccum, einen reizvollen literarischen Versuch unternommen. In einem Roman-Essay geht sie ihrer Faszination für die mittelalterliche Mystikerin Mechthild von Magdeburg nach. Zum Glück ist daraus keiner dieser historischen Romane geworden, die den Abstand zwischen damals und heute flott überspringen. Vielmehr tastet sich Koll mit Neugier und Respekt an eine ferne Figur heran, umkreist das, was wir von ihrem Leben und Glauben überhaupt noch wissen können, überaus sorgfältig und sehr vorsichtig, weil Mechthild eben niemand ist »wie Du und ich«. So gelingt Koll das Kunststück, diese geliebte Mystikerin zu betrachten, ohne sie zu vereinnahmen. Vor 800 Jahren hat Mechthild von Magdeburg gelebt, sie muss eine außergewöhnliche Frau gewesen sein. Vor allem war sie eigentümlich »porös« für die Gotteserfahrung, was sie in immer noch ergreifenden Versen zu beschreiben versucht hat. Julia Koll besucht die Orte ihres Lebens, geht den Spuren nach, die sie hinterlassen hat, kostet ihre Sprache, recherchiert, liest und spricht mit Fachleuten, stellt Fragen, malt sich

ihr unerhörtes Leben aus. Von diesen Annäherungen, bei denen immer eine letzte Distanz bleibt, erzählt Koll in einem angenehm schlanken Buch, in einfacher, biegsamer Sprache, in kurzen, abwechslungsreichen, assoziationsreichen Absätzen. So strahlt ihr »Buch Mechthild«, was beim Thema »Mystik« nicht eben zu erwarten ist, eine überraschende Leichtigkeit aus. Dabei geht es um eine ernste Frage: Was kann ich selbst glauben? Wo »fließt« Gott in mein Leben? Insofern ist Kolls literarisches Debüt auch ein »Buch Julia« geworden. *Johann Hinrich Claussen*

Julia Koll. Das Buch Mechthild. Berlin 2025



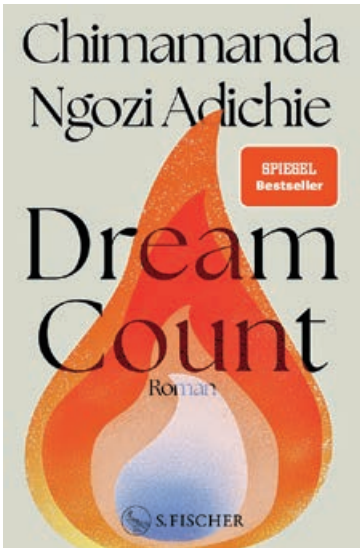
Was wäre, wenn

Vier lebendige Frauenporträts

Chiamaka, Zikora, Kadiatou und Omelogor – diesen vier Frauen, Großteils ihren 30ern entwachsen, widmet sich »Dream Count« – ein Wortspiel mit dem Ausdruck »Body Count«, der besagt, mit wie vielen Menschen eine Person geschlafen hat. In jeder Begegnung liegt das »Was wäre, wenn« einer gemeinsamen Zukunft. Doch wie viele Träume braucht es bis zur Erfüllung? Nach ihrem Bestseller-Erfolg »Amerikanah« (2013) ist dieser Roman die erste Neuveröffentlichung der in den USA lebenden nigerianischen Schriftstellerin Chimamanda Ngozi Adichie. Erneut spielt sich das Leben von drei der Frauen zwischen der nigerianischen und der amerikanischen Kultur ab: Die Freundinnen Chiamaka und Zikora leben in den USA; die eine als erfolglose Reise-schriftstellerin auf der Suche nach der großen Liebe; die andere, erfolgreich im Beruf, steht in der Hoffnung auf Familiengründung schließlich allein mit ihrem Baby. Dann sind da noch die Cousine und die Haushälterin Chiamakas. Cousine Omelogor ist durch Aktien und illegale Bankengeschäfte in Nigeria zu Geld gekommen, unterstützt andere Frauen und beginnt, statt wie angeraten ein Waisenkind zu adoptieren, Porn Studies zu studieren. Kadiatou hat es nie gewagt zu träumen. Anstelle eines Visums kam sie mit ihrer Tochter Binta über einen Asylantrag aus Guinea in die USA. Ihr ruhiges Leben gerät ins Wanken, als sie von einer bekannten Persönlichkeit vergewaltigt und in Folge des Prozesses medial vernichtet wird. Adichie schafft

vier lebendige Porträts von Frauen zwischen Sehnsucht und Selbstbestimmung, die auf einer sehr persönlichen Ebene hochpolitische und existenzielle Fragen berühren. *Sina Rothert*

Chimamanda Ngozi Adichie. Dream Count. Aus dem Englischen von Asal Dardan und Jan Schönherr. Frankfurt am Main 2025



PERSONEN & REZENSIONEN

Politik & Kultur informiert über aktuelle Personal- und Stellenwechsel in Kultur, Kunst, Medien und Politik. Zudem stellen wir in den Rezensionen alte und neue Klassiker der kulturpolitischen Literatur vor. Bleiben Sie gespannt – und liefern Sie gern Vorschläge an redaktion@politikkultur.de.

Politik & Kultur



THEMA

»Sunball« von Günter Ferdinand Ris und Herbert Selldorf, 1969-71

Wohnst du noch oder lebst du schon?

Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf

OLAF ZIMMERMANN

Wenn von Wohnen die Rede ist, stehen zumeist die baupolitischen Fragen im Vordergrund. Wohnraum ist insbesondere in den urbanen Zentren knapp. Die Mieten verschlingen zunehmend einen großen Teil des Einkommens. Insbesondere für junge Menschen, Studierende, Auszubildende, aber auch junge Familien, stellt das Finden von geeignetem Wohnraum oftmals ein erhebliches Problem dar. Andererseits besteht im ländlichen Raum teilweise großer Leerstand. Große Häuser, in denen vormals Mehrgenerationenfamilien lebten, werden von – oftmals älteren – Alleinstehenden bewohnt. Das Wohnangebot und der Wohnbedarf passen einfach nicht zueinander.

Wohnraum ist ein Grundbedürfnis jedes Menschen, darum ist das Recht auf Wohnen in Artikel 11 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN-Sozialpakt) verbriefte. Wohnen ist also ein Menschenrecht. Gleichzeitig ist Wohnraum aber auch ein Wirtschaftsgut und allzu oft auch ein Spekulationsobjekt. Es kann lukrativer sein, Büroräume ungenutzt leer stehen zu lassen, als sie in Wohnungen umzubauen, um so dem drängenden Wohnungsmangel zu begegnen. In den 1990er und 2000er Jahren wurde in unverantwortlicher Art und Weise kommunales Wohnungseigentum verkauft, um die Haushaltssituation der Kommunen

zu verbessern. Was weg ist, ist weg, und den Kommunen fehlt jetzt dieses Instrument, um eigenen, preiswerten Wohnraum anzubieten.

Gleichzeitig sind die Anforderungen an nachhaltiges und energieeffizientes Bauen gestiegen, was wiederum oftmals die Kosten für den Neubau nach oben treibt. Zugleich darf nicht außer Acht gelassen werden, dass viele Menschen zwar über mangelnden Wohnraum klagen, wenn es jedoch um Nachverdichtungen oder um die Ausweisungen von Bauflächen im Bestand geht, ist vielen der eigene möglichst unverbaute Blick wichtiger als die Nöte wohnraumsuchender Menschen.

Bei der Schaffung von Wohnraum muss es ebenso darum gehen, den bestehenden Baubestand neu durch Um- und Anbauten zu nutzen

Beispielhaft dafür ist die Debatte um die Bebauung des Tempelhofer Feldes in Berlin. Das riesige ehemalige Flughafengelände in der Mitte von Berlin wird heute als großer öffentlicher Park genutzt. Seit Jahren gibt es eine Debatte darüber, ob Teile des Feldes bebaut werden sollen, um dringend benötigten Wohnraum in der Hauptstadt zu schaffen. Ein Volksentscheid vor

zehn Jahren sprach sich gegen eine Bebauung aus.

Nicht vernachlässigt werden darf darüber hinaus, dass es bei der Schaffung von Wohnraum ebenso darum gehen muss, den bestehenden Baubestand neu durch Um- und Anbauten zu nutzen. Im Wohnungsbestand ist viel sogenannte »graue Energie« gebunden. Umbauten sind unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten oftmals sinnvoller als Neubauten. Hierfür müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen von der Politik geschaffen werden – angefangen von Bauvorschriften bis hin zum Steuerrecht, wenn es beispielsweise um die Umwandlung von Büroraum in Wohnraum geht.

Wohnraum bedeutet zugleich soziale Einbettung, die Nahversorgung mit Lebensmitteln, Arztpraxen, Kindertagesstätten, Schulen, Kirchen, Bibliotheken und andere Kulturräume und nicht zuletzt die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr. Letzteres stellt gerade im ländlichen Raum ein beträchtliches Problem dar. Der preiswerte Wohnraum erscheint in einem anderen Licht, wenn zusätzliche Kosten für PKW usw. berechnet werden. Von der Ökobilanz einmal ganz abgesehen.

Neben den genannten Faktoren darf die ästhetische Dimension beim Wohnungsbau nicht außer Acht gelassen werden. Die ästhetische Qualität von Stadtquartieren im Allgemeinen und von Gebäuden im Besonderen sind ein wesentlicher Faktor für das Zusammenleben. Leerstände, hässliche oder verwahrloste Gebäude tragen zur Unwirtlichkeit von Städten bei und sind ein

Faktor mit Blick auf soziale Probleme. Hinzukommt, dass sich die Erwartungen und Anforderungen an den eigenen Wohnraum – zurecht – verändert haben. Wohnen ist eben mehr als ein Dach über dem Kopf. Wohnen ist zugleich individueller Ausdruck des Lebens. In einer ausdifferenzierten und immer stärker individualisierten Gesellschaft sind auch der Wohnort und die Wohnung, insbesondere ihre Größe, ihr Zuschnitt und ihre Einrichtung oftmals ein persönliches Statement.

»Wohnst du noch oder lebst du schon?« gehört sicherlich zu den bekanntesten Werbesprüchen eines weltweit agierenden schwedischen Möbelhauses. Dieser Werbespruch aus dem Jahr 2002 ist nicht nur sehr eingängig, er bringt auch auf den Punkt, was Wohnen bedeutet. Ironischerweise gerade mit Blick auf Möbel, die millionenfach in Wohnungen in vielen Ländern der Erde zu finden sind. Hier paart sich der Anspruch von Individualität mit der Konformität moderner Massenkonsum-Kultur.

Wohnungseinrichtungen sind nicht nur tagtäglich in Gebrauch, sie sind auch ein wichtiges Distinktionsmerkmal. Der erste Blick in eine Wohnung offenbart vieles über das Leben und die Interessen der Menschen, die in der Wohnung leben.

Während der Coronapandemie hat man vieles – ungewollt – über die Wohnungen und damit das unmittelbare Lebensumfeld von Menschen erfahren, die man eigentlich nur aus dem beruflichen Kontext kennt. Viele Videokonferenzen wurden aus Küchen, Wohnzimmern,

kleinen Arbeitsecken, Schlafzimmern geführt – bis alle damit vertraut waren, entsprechende Hintergrundbilder einzurichten und damit wieder die Intimität der eigenen Wohnung zurückzugewinnen. Gleichzeitig hat das sogenannte Home-Office, also das »Heimbüro«, Einzug gehalten, und noch heute arbeiten viele zumindest teilweise zuhause.

Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf. Wohnen ist zugleich individueller Ausdruck des Lebens

Die Wohnung ist damit zum normalen Arbeitsort geworden, was eine Rückkehr zu vorindustriellen Zeiten bedeutet, in denen Arbeit, Wohnen und Leben an einem Ort stattfanden. Die meisten Wohnungen und Wohnquartiere sind allerdings für diese neue Form der Erwerbstätigkeit nicht wirklich geeignet.

Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf. Die Wohnung ist mehr als nur ein Ort zum Schlafen und zum Kochen. Menschenwürdiges Wohnen ist ein Menschenrecht, das sollte Maßstab für die Wohnungspolitik sein. Mein herzlicher Dank gilt Philipp Meuser für die Unterstützung bei der Planung und Realisierung dieses Schwerpunkts.

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur und Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates

Von den Bäumen ins Smart Home

Wie sich Wohnen im digitalen Zeitalter verändert

FLORIAN RÖTZER

Wenn man fragt: Wo wohnst du? Dann wird man am ehesten die Antwort hören, dass die/der Befragte in dieser Stadt oder jenem Dorf, auf dem Land, am Meer oder in den Bergen wohnt. Das wäre so ähnlich, wie wenn man sagen würde: Ich lebe in ... Das Wort Wohnen beinhaltet meist einen dauerhaften Aufenthalt in einer Umgebung, die auch als erweiterte Wohnung verstanden werden könnte, eine Stadt etwa, eine Region, eine Landschaft etc. Aber eigentlich wohnt man ja nicht auf den Bergen, im Wald oder am Meer, sondern in einer Wohnung. Wir haben zwar meist die Vorstellung, dass eine Wohnung ein architektonisches Gebäude oder ein Raum in einem solchen ist, aber eine Wohnung kann auch ein Zelt für einen Nomaden,

Man kann annehmen, dass die Möglichkeit eines ungestörten Schlags einen wichtigen Beitrag zur kognitiven Entwicklung beigetragen hat

ein durch Decken abgetrennter Raum in einer Flüchtlingsunterkunft, ein Schiff, ein Fahrzeug oder ein Hotel für einen Reisenden/Fahrenden oder der Raum unter einer Brücke für einen sich mit Kleidung oder Schlafsack schützenden Obdachlosen oder Flüchtling sein.

In aller Regel versteht man unter einer Wohnung mit dem Beginn der Sesshaftigkeit aber einen örtlich fixierten, umbauten oder mit irgendwelchen Materialien umschlossenen Raum, der das Innen vom Außen trennt. Wohnen kann man, wie oben beschrieben, fast überall, die Abgrenzung kann auch nahezu symbolisch sein. Die Bedeutung des nicht der Allgemeinheit zugänglichen Innenraums wurde im Grundgesetz, Artikel 13 mit dem Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung bestärkt. Im privaten Raum wird Schutz vor ungebetenen Gästen erwartet, er soll auch nicht ohne Zustimmung des Wohnenden abgehört oder visuell überwacht werden. Nicht vergessen sollte man, dass es in vielen Gesellschaften auch einen Zwang zum Wohnen gibt, um die soziale Ordnung aufrechtzuerhalten, die durch Landstreicher, Obdachlose, Vagabunden oder Bettler bedroht wird. Im ausgehenden Mittelalter wurden Arbeitshäuser als eine Art Gefängnis und Erziehungsmaßnahme eingerichtet, um die Straßen zu säubern.

Man sieht schon, welch' vielfältige, hier nur angedeutete Bedeutungen die Begriffe Wohnen und Wohnung haben. Übergreifend lässt sich vielleicht definieren, dass Wohnen der Aufenthalt an einem Ort ist, der einen wie auch immer prekär vom Außen getrennten Innenraum bildet und die Möglichkeit bietet, sich zurückziehen und vor allem auch in vermeintlicher Sicherheit schlafen zu können, also aus der Welt ungestört über Stunden heraustreten zu können. Man kann annehmen, dass die Möglichkeit eines ungestörten Schlags einen wichtigen Beitrag zur kognitiven Entwicklung beigetragen hat. Gegenüber Artverwandten erhöhten sich REM-Phasen, während gleichzeitig die Schlaf- oder Schlummerzeit kürzer wurde. Ich will versuchen, ausgehend von dieser Grundlage eine kurze Linie vom Anfang des Wohnens zur digitalen Jetztzeit zu ziehen, in der sich ein Sprung in

eine andere Art des Wohnens und damit auch des Daseins vollzieht.

Natürlich sind die Anfänge des Wohnens in der Menschheitsgeschichte unbekannt. Die ersten gebauten Unterkünfte waren aus Materialien, deren Verwitterung keine Spuren hinterlassen. Man kann annehmen, dass die Vorfahren der modernen Menschen in Horden gelebt und ähnlich wie ihre Verwandten zunächst in Bäumen Schlafplätze aus Zweigen und Blättern gebaut und

im Internat, in frühen Klöstern, in Arbeits- und Konzentrationslagern oder in Armen- und Zuchthäusern, in Gemeinschaftsunterkünften gehaust wird.

Wohnungen wurden im Laufe der Geschichte mit immer massiveren Materialien gebaut, die auch in größeren Gruppen wie in Städten einen Rückzug aus der größeren Gemeinschaft in die Privatheit oder Abgetrenntheit der Familie garantierten. Man könnte sagen, Wohnungen sind die dunklen

Schichten weiterhin unbekanntes – strenges, auch moralisch gestütztes Privatleben sich ausbreitete. Die Arbeiten mussten von den zur Hausfrau mutierten Frauen erledigt werden. Aus der Isolation des Wohnens entwickelte sich eine neue Dynamik. Die Diener wurden nach und nach durch Geräte ersetzt, die in den Haushalt einzogen, die Häuser wurden an die Kanalisation und später an das Stromnetz angeschlossen, so dass das Innere der Wohnungen

und das lokale Kollektiv weiter entzogen, aber er hat die Wohnung als Rückzugsort der Individualisierung verloren und ist permanent, gleich ob draußen oder drinnen, Teil der globalen Öffentlichkeit und damit neuen Kontrollen und Disziplinierungen etwa durch soziale Netzwerke, Smart-Home-Techniken und ständiger Erreichbarkeit und Verortung unterworfen. Wohnen wird damit nicht mehr ein Motor der »heimlichen« Individualisierung, wie



»Hortensia« von Andrés Reisinger, 2021

schließlich neben der Benutzung von Höhlen auf dem Boden etwas festere Behausungen erfunden haben, die mit Ästen, Knochen, Gras oder Fellen als Dach und Wand vor Sonne, Wind, Regen und vor Insekten schützten.

Ohne in evolutionstheoretische oder anthropologische Annahmen einzusteigen: Der Einzug in Behausungen ist ein Schritt in die Erfahrung eines persönlichen und personalisierten Heims in der Welt und eine Rückzugsmöglichkeit aus dem Kollektiv. Man muss sich vorstellen, dass dies ein Schritt in einen neuen Kontinent der Lebenswelt ist, der Löcher in das soziale Gewebe schneidet. Der Austritt aus der Öffentlichkeit der Gruppe in wie immer auch primitive private Räume schafft Freiheiten, aus der kollektiven Überwachung und dem dadurch herrschenden Konformitätsdruck auszuscheren. Im Geheimen der Wohnungen konnten abweichende Verhaltens- und Denkweisen ohne Sanktionen ausgeprägt und sexuelle Bindungen anders als unter Beobachtung stehend ausgelebt und gestärkt werden. Die Wohnung war, wie ich vermute, daher ein ganz entscheidender Motor der Individualisierung, der den Konformitätsdruck der Horde, Sippe oder wie man die lokalen Gemeinschaften nennen will, nach und nach gelockert hat. Das ermöglichte letztlich die schnellere Entwicklung innovativen, auch destruktiven Verhaltens, ein Zerfallen der Bindung an die lokale Gemeinschaft und die Integration in größere Gruppen, in Gesellschaften, während auf der anderen Seite der Konformitätsdruck durch die im privaten Raum eingeschlossene Familie zunahm. Eine zwiespältige Entwicklung, die auch erhellt, warum in größeren Gruppen, in denen die Individualisierung zur Kohärenz oder kollektiven Disziplin reduziert und die Kontrolle verstärkt wird, wie beim Militär,

Löcher der größeren Gemeinschaft, in denen deren Mitglieder aus der sozialen Kontrolle verschwinden und wieder auftauchen. Das in diesen Heimen geführte Leben, von Gesprächen und Interaktionsformen über Eigenheiten der Kleidung, der Ernährung oder der Beschäftigung bis zum Sex, war mehr oder weniger geheim und für die Gemeinschaft auch unheimlich, weil darin mit der Individualisierung neben kreativen Impulsen auch Subversion und abweichendes Verhalten ausgebrütet werden konnten, das sich dann in der Öffentlichkeit auswirken und entladen konnte. Allerdings wohnten die Reichen

In der Wohnung ist der Bewohner auch Teil der globalen virtuellen Metropole, die sich über sie als erweiterte Realität wölbt

und Mächtigen nicht allein. Sie waren und sind umgeben und unter Beobachtung von Sklaven, Leibeigenen, Dienern oder Gesinde, aber sie selbst standen und stehen aufgrund der Hierarchie dadurch nicht unter dem wechselseitigen Konformitätsdruck der normalen Gemeinschaftsmitglieder, auch wenn sie als Angehörige der Elite jeweils kulturspezifische Rituale erfüllen müssen.

Mit der Verbürgerlichung der Gesellschaft entstand im Laufe des 19. Jahrhunderts die Wohnung als Gehäuse oder Höhle der von der Öffentlichkeit abgesprochenen, schrumpfenden (Klein)Familie, aus der auch Diener verschwanden und ein – in proletarischen

dem Dunkel und den flackernden Flammen entrissen wurde. Im Zuge der nach den Seuchen aufkommenden Hygienisierung der Lebensverhältnisse werden Körper und Wohnungen gesäubert und ausgemistet, Pferde und andere Nutztiere, ersetzt durch öffentliche Verkehrsmittel, Lastwagen und private Autos, verschwanden aus den Städten. Autos mit ihren abgeschlossenen Innenräumen erweiterten durch Mobilität die Privaträume des Wohnens in die Öffentlichkeit. Glatte Wände und große Fenster, der ornament- und nischenfreie Kubus setzten sich durch. Während die Menschen weiter auf Distanz gingen und die Familienbande sich lockerten, wurden die Wohnungen zunehmend als Knotenpunkte an regionale und transregionale Infrastrukturnetze angeschlossen. Dazu kamen schließlich Telefon- und Radioverbindungen, die Löcher in die Gehäuse schlugen und deren Bewohner aus der Privatheit herausrissen, sie in eine Echtzeit-Öffentlichkeit zogen, die mit Fernsehen und schließlich Internet die regionalen Beschränkungen überschreitet und global ist.

Die Wohnungen sind damit direkt mit der Welt verbunden. Ihre Bewohner lösen sich aus den Fesseln der lokalen Nähe- und Zwangsgemeinschaften, weswegen als nostalgische Gegenbewegung der Weg zurück in die bürgerliche Welt mit ihren Traditionen und ihrem Nationalismus tritt, während andererseits das kynische Leben in der Öffentlichkeit (Big Brother, auch paradoxerweise Reality genannt) eingeübt wird oder wie im digitalen Nomadentum Wohnen jede Beständigkeit verliert und die Menschen zu Passagieren mit leichtem Gepäck werden. In der Wohnung ist der Bewohner auch Teil der globalen virtuellen Metropole, die sich über sie als erweiterte Realität wölbt. Zwar ist er der Kontrolle durch die Nahumgebung

das menschheitsgeschichtlich bis fast vor Kurzem der Fall war, sondern als ein digitales Panopticon wieder stärker der sozialen Kontrolle oder Normierung unterworfen, auch wenn diese nun nicht mehr lokal, sondern letztendlich global geschieht.

Dazu tritt eine weitere Entwicklung, die das Wohnen noch einmal gründlich und mit unabsehbaren Folgen verändert, weil mit der Digitalisierung der Wohnung diese zu einem autonomen, von der Künstlichen Intelligenz gesteuerten System wird, in dem die Bewohner nur noch als »human in the loop« erscheinen. Smart homes werden in Zukunft von personalisierten KI-Agenten gesteuert werden, mit denen die Bewohner wie mit einem anderen Menschen sprechen und interagieren, wie wir das bereits mit Alexa, Siri, Copilot, Gemini und anderen intelligenten Chatbots einüben. Eine Wohnung ist dann nicht mehr ein durch totes Material geschützter Innenraum, sondern eine virtuelle Person, die mit allen digitalen Elementen vernetzt ist, gewissermaßen der lebendige Geist der intelligenten Wohnung. Wie werden wir uns verändern, wenn wir mit unseren Wohnungen nicht nur mitten in der Öffentlichkeit der globalen Metropole stehen, sondern auch in einer Wohngemeinschaft mit einem »Diener« leben, der jede Privatheit endgültig zunichtemacht? Schon jetzt halten viele es kaum mehr aus, allein zu sein, und entfliehen dem nach wenigen Sekunden durch den Blick auf ihre Smartphones, die sie Tag und Nacht bei sich haben. Werden die Menschen sich dem verweigern können und wollen, um wieder allein und unbeobachtet, auch einsam aus der Öffentlichkeit zu verschwinden?

Florian Rötzer ist Philosoph, Journalist und Buchautor

© VITRA DESIGN MUSEUM | FOTO: ANDREAS SÜTTERLIN

Die Moderne ist nicht konfliktfrei zu haben

Sinn und Unsinn in Wohnungsbau und -einrichtung

NIKOLAUS BERNAU

Eine Anzeige für eine freifinanzierte Wohnung, Berliner Innenstadtlage: »Etwa 59 Quadratmeter«, sehr offener Grundriss, der kaum zu zweit und schon gar nicht mit Kindern zu beleben ist, ein Schlafzimmer, Wohnzimmer mit offener Küchenzeile und Herdblock, Bad, Parkettboden, kein Balkon, aber »Stararchitekt«. Für 890.000 Euro zu kaufen. Stand Sommer 2025. Dazu die Makler- und sonstigen Gebühren macht um die 19.000 Euro pro Quadratmeter. Der obszöne Preis für die Edel-Butze ist, wenn man sich die Immobilienanzeigen ansieht, in Hamburg billig. Ganz zu schweigen von München.

Die Werbefotos für solche Etablissements zeigen als Einrichtung fast immer das, was die Anbieter als modernen, gehobenen Mittelstands-Geschmack vermuteten. Sie orientieren sich dabei an besseren Möbelgeschäften in Hamburg, München, Düsseldorf oder Berlin, vor allem aber an Zeitschriften wie »Schöner Wohnen«. Die erscheint seit 1960, ist nach eigener Angabe größte Einrichtungszeitschrift Europas. Die aktuelle Redaktion von »Schöner Wohnen« hat anlässlich des 65. Geburtstags einige – leider nicht alle – Titelblätter seit 1960 online gestellt. Die Auswahl demonstriert: Über Jahrzehnte dominant ist die Orientierung am skandinavischen und italienischen Avantgardedesign der Nachkriegszeit. Daneben immer wieder eindeutig als gefühlvoll charakterisierte Ausflüge aufs Land, in Bauerngärten und bunte Bauernküchen. Nur keine totalitäre Doktrin von »dem« Schönen verkünden, das gehört zu den bundesrepublikanischen Lehren aus der Nazizeit.

Ein Boomer-Blatt reinsten Wassers: ganze Generationen, für die Frieden, sozialer Aufstieg und Liberalität sowie stetig wachsender Wohlstand selbstverständlich zu sein schienen. »Schöner Wohnen«

spiegelte und prägte wie etwa »Brigitte«, die Zeitschriften der Baugesellschaften oder der 2020 ruchlos dem Profit geopfer- te Ikea-Katalog den Geschmack des Mittelstands in West- und indirekt auch in Ostdeutschland vom Weihnachtsbaumanhänger bis zu Kücheneinrichtungen: Arbeitsplatten aus Stein, Keramik, Terrazzo oder Holz, Fronten historisierend oder modern, natur oder farbig? Derzeit ist mattfarbig gestrichenes oder Natur-Holz mit Leiste wieder »in«, die vor einigen Jahren beliebten, hart schwarz-bunten Farben und Metalloberflächen werden selten.

Sehen wir uns die Ausgaben von »Schöner Wohnen« aus den vergangenen zwei Jahren an, um die Grenzen des eigenen Geschmacks methodisch zu überspringen (Danke an die Redaktion für die Zur-Verfügungstellung): Selbstverständlich gibt es Luxus-Wohnräume mit Ausblick aufs Meer, die Berge oder die Dächer der Weltstädte, Schlafzimmer, aus denen der Blick auf wehendem Terrassenbambus schweift, »begehbare Schänke« in Wohnzimmergröße. »Schöner Wohnen« soll Träume und damit den Konsum anregen, nicht die harte Realität des Wohnens von Einwanderern in Neukölln abbilden.

Aber es sind auch eher durchschnittliche Dreizimmerwohnungen zu sehen, winklige, licht ausgebaute Dachgeschosse, Minimalbäder. Zarte Möbel scheinen die schon aus Klimaschutzgründen absehbare Bescheidenheit zu antizipieren, hier ein Sofa mit abgespreizten Beinchen und ein Tischchen, eine innen sanft golden schimmernde Standlampe, ein knappes Sideboard, dort ein knapp gerundeter Sessel. Die einst so beliebten massiven Sofalandschaften und breit ausholenden Sessel werden offenbar für den Luxusbereich reserviert.

Und dann ein Artikel über die Tiny Homes-Bewegung. So bunt, individuell, sozial schienen sie zunächst. Schnell aber wird klar gemacht: Spätestens, wenn die

Kinder mit Malbögen anfangen, scheitert die Raum-Selbstkasteiung der Erwachsenen. Städtebaulich, sozial und ökologisch lohnen sich die kleinen Rollheime nur, wenn sie auf dem Dach einer Hochgarage stehen, dicht an dicht. Auch dann ist die Aufstockung energetisch viel ökonomischer.

Immerhin hat diese Mode klar gemacht: Ein zentrales Problem des aktuellen Wohnens in Deutschland und allen Industrieländern (übrigens relativ gesehen inzwischen auch in China) ist der Platzverbrauch pro Person. 1970, als in Westdeutschland der Wiederaufbau in den Wohlstandsausbau überging, wurden pro Person etwa 20 Quadratmeter Wohnfläche als mittelbürgerlich-angemessen betrachtet. Pro Zimmer eine erwachsene Person, plus Küche, Bad und möglichst Balkon. Auch das war schon fast doppelt so viel Platz wie in den Reformsiedlungen der Berliner, Frankfurter, Hamburger Moderne in den 1920er Jahren vorgesehen. 1990 waren es schon 30 Quadratmeter pro Person, in der untergehenden DDR allerdings nur 18. Heute sind es durchschnittlich fast 50 Quadratmeter, jede Person bewohnt inzwischen statistisch 1,7 Zimmer. Anders gesagt: Eine Wohnung, die um 1980 für vier Personen geplant wurde, reicht heute für zwei. Zwar wird die Statistik etwas verzerrt durch Einfamilienhäuser sowie die stetig steigende Zahl von Einpersonenhaushalten. In Hamburg oder Berlin etwa liegt der statistische Flächenverbrauch seit fast 20 Jahren bei etwa 38 Quadratmetern pro Person. Aber auch das ist fast doppelt so viel Platz wie 1970.

Die kommerziellen Großanbieter auf dem Wohnungsmarkt fordern, um die Wohnungsnot zu lösen, »bauen, bauen, bauen«. Die Politik reagierte darauf mit dem in Fachkreisen weithin abgelehnten »Bauturbo«-Gesetz. Es bestimmt keine Minimaldichten oder -anteile für preiswerte Wohnungen, will einfach nur Bauland an den Siedlungsrändern ohne Bebauungsplan freigeben. Wenn denn die Gemeinden bereit sind, dafür alle Beteiligungsrechte

Die kommerziellen Großanbieter auf dem Wohnungsmarkt fordern, um die Wohnungsnot zu lösen, »bauen, bauen, bauen«. Die Politik reagierte darauf mit dem in Fachkreisen weithin abgelehnten »Bauturbo«-Gesetz

aufzugeben. Keine Rede davon, kleine Anbieter, Genossenschaften oder kommunale Wohnungsbaugesellschaften zu bevorzugen. Dabei sind sie es, die nach allen Statistiken den Bestand besser pflegen, weit mehr als die Großanbieter für energetische Erneuerung ausgeben, Umzüge im Bestand zulassen, ohne die Mieten zu treiben, die soziale Umgebung stabilisieren.

Sie verlangen wieder Platzgebrauch wie um 1990, in Neubauprojekten sind Holzkonstruktionen und Balkone selbstverständlich, gemeinschaftliche Hofgärten, energetische Autarkie mit Erdwärme und Solarpanelen. Nicht die von Investoren geliebten Wohnküchen, sondern offene Küchen mit flexiblen Raumnutzungen daneben und sonst eher kleinere Zimmer prägen die Grundrisse, knappe Bäder, oft nur mit Duschen. Hier wird vorgeschlagen, das klassische Badehaus zu reaktivieren, vielleicht gar Wannenbäder neben der Sauna auf dem Dachgarten, und statt der Platzverschwendung für eigene Waschmaschinen gibt es nach Schweizer Vorbild die Gemeinschaftswaschräume.

Auch das ist Zukunft: Der Forscher Daniel Furhop plädiert schon seit Jahren für einen Neubaustopp, die Republik habe genug Baumasse, diese sei nur falsch genutzt und müsse umgebaut werden. Selbst die Bundesarchitektenkammer plädiert für einen Abrissstopp, für den Um- und Ausbau des Bestands. Auch in »Schöner Wohnen« gibt es keine Ausgabe mehr ohne Um- und Weiterbau. Der Nachhaltigkeit, des Klimas wegen.

Viele helle Hölzer, gebleichte Eiche, weiße Birke, harte Buche, Esche und astfreie Nadelgehölze sind heute das Modell, Textilien aus Wolle, Leinen, kräftig in der Struktur und »natürlich«. Nur eindeutig alte Möbel dürfen auch aus Teak, gar Palisander, Mahagoni sein, sanft poliert. Botschaft: Wir wissen um das Öko-Problem der Tropenhölzer, der Kolonialgeschichte, der Ausbeutung – aber diese Möbel sind doch von Oma. Neue Ausstattungen aus Tropenhölzern dagegen sind inzwischen im Mittelstandsgeschmack etwa so akzeptabel wie ein Eisbärenfell auf dem Boden. Es sei denn, das Holz stammt ausweislich sofort beim Besuch oder als Bildunterschrift erzähltem FSC-Verkaufszettel aus »nachhaltig« geführten Plantagen. Dass auch eine gut geführte Plantage den Platz von Regenwald oder Savannen einnimmt, Bauern und ganze Völker oft vertrieben werden, der Düngemittel- und Wasserverbrauch erheblich sind – das Leben steckt voller Kompromisse.

Also herrschen sanfte, als konfliktbe- reinigend geltende Naturtöne, zwischen hellstem Milchkaffee und zartem Dunkelblau und -grün. Die kraftvollen Farben und Formen der Pop-Kunst der 1970er sind erträglich allenfalls als Bettwäsche, als aufweckendes Accessoire. Auch hier spiegeln die Wohneinrichtungsvorschläge eine sich selbst ungewiss gewordene Gesellschaft, der klar ist, dass die einstige Sicherheit nicht wiederkommen wird, die weiß, dass der Platzverbrauch alle Maße sprengt, die aber mit den multiplen Krisen noch nicht umzugehen gelernt hat. Die Wohnung zeigt sich hier als sanfter, konfliktbefreiter Rückzugsort. Wer will schon wissen, dass von den allein in Deutschland jährlich verbrauchten etwa acht Millionen Matratzen und unzählbaren Polstern allenfalls zehn Prozent recycelt werden? Diese herrliche Sofalandschaft in mattem Hellgrau (glattes schwarzes Leder ist sehr, sehr out) – besteht aus fossilen Rohstoffen, die mit immensem Energie-, Material- und Wassergebrauch kunstvoll und schier untrennbar in Polstern und Matratzen verflochten und verklebt werden. Ein wortwörtlich massives Müll-Problem. Andererseits: Eine moderne Matratze kann perfekt auf Größe und Gewicht der Person abgestimmt werden. Das fördert die Gesundheit, also die Arbeitskraft. Die Moderne ist nicht konfliktfrei zu haben

Nikolaus Bernau ist Architektur-, Museums- und Bibliothekshistoriker. Er arbeitet als freier Redakteur, Journalist und Kritiker, u. a. für Deutschlandfunk, FAZ, taz und ist Mitglied im Comité International des Critiques d'Architecture

»Orgone Chair« von Marc Newson, 1993

© VITRA DESIGN MUSEUM | FOTO: JÜRGEN HANS





»Djinn Lounge Chair« von Olivier Mourgue, 1964/65

© VITRA DESIGN MUSEUM | FOTO: JÜRGEN HANS | © VG BILD-KUNST BONN, 2024

Wohnen im Wandel

Zwischen Rückzug, Gemeinschaft und gesellschaftlicher Verantwortung

CAROLIN GENZ

Woran denken wir, wenn wir »Zuhause« hören? An Kindheit, Familie, Geborgenheit – oder an steigende Mieten, Wohnungsmangel und Heizkosten? Im besten Fall ist Wohnen ein Ort der Sicherheit und doch weit mehr als ein privater Rückzugsort: Wohnen erzählt immer auch vom Zustand einer Gesellschaft – es ist eine soziale Praxis, die tief in unsere sozialen und räumlichen Strukturen eingreift.

Wohnen im Kontext gesellschaftlicher Transformation

Seit den 1990er Jahren prägen Globalisierung, Digitalisierung, Migration und Finanzmärkte die Art, wie wir leben und wohnen. Diese Entwicklungen bringen sozio-kulturelle, technologische und ökonomische Herausforderungen mit sich, die sich im Alltag verdichten – in unseren Nachbarschaften, Häusern und Städten. In Zeiten des demografischen Wandels, wachsender Ungleichheit und ökologischer Krisen wird Wohnen zur Schlüsselfrage unserer Gegenwart. Wie wir bauen, teilen, heizen und uns einrichten zeigt, welche Werte wir als Gesellschaft vertreten. Wohnformen sind nie zufällig: Sie spiegeln soziale Normen, politische Rahmenbedingungen und kulturelle Leitbilder. Wohnen ist damit nicht nur eine Frage der Architektur, sondern des Zusammenlebens – und der Aushandlung dessen, was wir unter Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Gemeinschaft verstehen.

Das Leitbild der klassischen Kleinfamilie prägt vielerorts politische Programme und Planungslogiken, doch die Realität ist längst vielfältiger. Patchwork- und Regenbogenfamilien, Alleinerziehende, gemeinschaftliche Wohnprojekte, migrantische Mehrgenerationenhaushalte und die wachsende Zahl von Einpersonenhaushalten stehen für neue Lebensweisen. Mobilität, Migration und digitale Arbeit bringen flexible, oft temporäre Wohnformen hervor – zwischen Bleibe, Pendelwohnung und digitalem Nomadentum. Wohnen wird fluid: vom Besitz zum Gebrauch, vom Rückzugsort zum Netzwerkraum.

Zugleich erleben viele Menschen prekäre Wohnbedingungen – überbezahlte Mieten, beengte Räume, ständige Unsicherheit. Temporäre Wohnformen werden so zur neuen sozialen Norm und fordern Stadtpolitik und Baupraxis, Antworten auf

Mobilität, Erschwinglichkeit und Zugehörigkeit zu finden. Die wachsende Vielfalt des Wohnens zeigt zwar gesellschaftliche Anpassungsfähigkeit, legt aber zugleich Brüche offen: Wer wie wohnt, hängt heute stärker denn je von Alter, Einkommen und sozialem Status ab.

Neue Wohnkulturen: Gemeinschaft statt Isolation

Der demografische Wandel verschärft bestehende Ungleichheiten: Ältere Menschen leben oft in zu großen, energetisch aufwendigen oder nicht barrierefreien Wohnungen, während Jüngere, Studierende oder Familien kaum bezahlbaren Wohnraum finden. Diese demografische Schere führt zu wachsender sozialer Polarisierung. Über 50 Prozent der über 65-Jährigen leben im Eigentum (Statistisches Bundesamt 2023), während Jüngere meist stärker von hohen Angebotsmieten betroffen sind (ifo-Institut).

Hinzu kommen Pflegeengpässe, Einsamkeit und ein Mangel an gemeinschaftlich nutzbaren Infrastrukturen – Herausforderungen mit sozialen und räumlichen Folgen. Zwischen 2025 und 2035 werden rund 13 Millionen Menschen der sogenannten Babyboomer-Generation in den Ruhestand treten (Statistisches Bundesamt 2024) – viele von ihnen sind künftig auf altersgerechte und gemeinschaftsorientierte Wohnformen angewiesen.

Vor diesem Hintergrund entstehen Wohnkonzepte, die auf Kooperation und Solidarität setzen. Co-Living-Projekte, Mehrgenerationenhäuser und Genossenschaften reagieren auf Einsamkeit, Pflegeengpässe und den Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Sie schaffen Orte, die Gemeinschaft ermöglichen, ohne Privatheit aufzugeben, und verstehen Wohnen als sozialen Raum – als Infrastruktur geteilter Verantwortung. In ihrer Vielfalt spiegeln sie die gesellschaftliche Suchbewegung nach Bindung, Sicherheit und Zugehörigkeit. Damit erweitern sie den Blick auf Wohnkultur: Wohnen wird hier zum Ausdruck gelebter Demokratie im Alltag.

Wohnen als Sorgearbeit – feministische Perspektiven auf Wohnkultur

Wohnen ist immer auch Sorgearbeit. Putzen, Pflegen, Einkaufen und emotionale Fürsorge – Tätigkeiten, die meist unsichtbar bleiben und überwiegend von Frauen geleistet werden. Eine feministische

Perspektive erinnert daran, dass das Zuhause nicht nur Rückzugsort ist, sondern Ort der Reproduktion: von Geborgenheit, Stabilität und Identität. In der aktuellen Forschung wird Wohnen zunehmend als Teil der Sorgeökonomie verstanden – als System alltäglicher Praktiken, das gesellschaftliche Reproduktion und soziale Gerechtigkeit verknüpft. Gerade in Zeiten von Pandemie, Klimakrise und Pflegeengpässen zeigt sich: Sorge ist keine private Aufgabe, sondern eine gesellschaftliche Infrastruktur. Wohnpolitik muss daher auch als Sorgepolitik gedacht werden – mit Räumen, die Pflege, Teilhabe und Solidarität ermöglichen.

Mit dem Renteneintritt der Babyboomer wächst der Bedarf an altersgerechten, gemeinschaftsorientierten und gut angebundenen Wohnformen rapide. Eine zukunftsfähige Wohnkultur muss diese Entwicklung räumlich, sozial und ästhetisch integrieren. Es geht darum, Wohnräume zu schaffen, die generationenübergreifendes Zusammenleben ermöglichen, Pflegebedarfe auffangen und soziale Netzwerke im Quartier und der Region stärken – als Teil einer Wohnpolitik, die den demografischen Wandel aktiv gestaltet. Damit wird Wohnen zur Frage sozialer Gerechtigkeit: Architektur und Stadtplanung sind nie neutral; sie strukturieren Beziehungen, Zugänge und Ausschlüsse.

Wohnen zwischen Markt und Gemeinwohl

In der Stadtentwicklung zeigt sich die Spannung zwischen Marktlogik und Gemeinwohl besonders deutlich. Innenstädte werden zunehmend durch investitionsgetriebene Projekte geprägt, während der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum sinkt. In Berlin, München oder Frankfurt entstehen glänzende Neubauten, deren Fenster nachts dunkel bleiben – Wohnungen als Kapitalanlagen, nicht als Lebensräume. Diese Leere im Stadtraum steht sinnbildlich für den Verlust sozialer Bezüge im urbanen Gefüge. Damit verschiebt sich das Verhältnis von sozialer Verantwortung und ökonomischem Kalkül: Tätigkeiten der Sorge und sozialen Reproduktion werden in einer auf Effizienz und Marktlogiken ausgerichteten Stadtpolitik leicht übersehen – obwohl sie die Grundlage jedes funktionierenden Gemeinwesens bilden.

Eine zukunftsorientierte Wohnkultur setzt dem die Idee des Wohnens als gemeinschaftliche Praxis entgegen – als fortlaufenden Aushandlungsprozess zwischen

Wohnformen sind nie zufällig: Sie spiegeln soziale Normen, politische Rahmenbedingungen und kulturelle Leitbilder. Wohnen ist damit nicht nur eine Frage der Architektur, sondern des Zusammenlebens – und der Aushandlung dessen, was wir unter Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Gemeinschaft verstehen

Ökonomie, Ökologie und Fürsorge. Projekte wie die Spreefeld-Genossenschaft in Berlin oder die Kalkbreite in Zürich zeigen, wie gemeinschaftlich genutzte Räume, solidarische Finanzierungsmodelle und ökologische Bauweisen neue Formen des Zusammenlebens schaffen. Sie verdeutlichen, dass die Gestaltung von Wohnraum immer auch die Gestaltung gesellschaftlicher Beziehungen ist – Ausdruck eines Verständnisses von Solidarität und sozialer Nachhaltigkeit.

Eine neue Kultur des Wohnens

Das Hinterfragen etablierter Wohnnormen und die Entwicklung alternativer Wohnkulturen sind Teil eines transformativen Prozesses, der neben der Umgestaltung materieller und ökonomischer Verhältnisse auch einen kulturellen Wandel impliziert. Wohnkultur ist ein Gradmesser gesellschaftlicher Gerechtigkeit – sie zeigt, wie wir mit Alter, Herkunft, Abhängigkeit, Vielfalt und Solidarität umgehen. Eine zukunftsfähige Kultur des Wohnens darf daher nicht bei Fragen des Stils stehen bleiben. Sie ist ein gesellschaftlicher Auftrag, der die Verteilung von Raum, Sorge und Teilhabe neu verhandelt.

Die Herausforderungen des demografischen Wandels, der Klimakrise und der sozialen Polarisierung zeigen: Wohnpolitik ist immer auch Sozial-, Umwelt- und Kulturpolitik. Eine neue Kultur des Wohnens fragt, wie sich Nachhaltigkeit, Teilhabe und Fürsorge räumlich, sozial und ästhetisch verbinden lassen. Sie versteht Wohnräume als dynamische Infrastrukturen des Zusammenlebens – als Labor sozial-ökologischer Transformation. Wohnen bedeutet damit nicht nur, ein Dach über dem Kopf zu haben, sondern Beziehungen zu gestalten: zu anderen, zur Umwelt und zu sich selbst. Vielleicht liegt genau hierin die neue Kultur des Wohnens – in der bewussten Aushandlung von Freiheit und Verantwortung, von Rückzug und Gemeinschaft, von Individualität und Fürsorge. Sie macht deutlich, dass die Frage, wie wir wohnen, untrennbar mit der Frage verbunden ist, wie wir als Gesellschaft zusammenleben wollen.

Carolin Genz ist Stadtforscherin und Postdoktorandin an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und der Technischen Universität Wien. Sie forscht zu Wohnen und urbaner Transformation im Kontext feministischer und psychoanalytischer Raumtheorien

Bauturbo ohne Baukultur

Über Bürokratie, Genehmigungspolitik und die Zukunft des Bauens

PHILIPP MEUSER

Verena Hubertz will Tempo machen, spricht von Brechstangen und will einen Bauturbo zünden – die Begriffe klingen nach Aufbruch, nach der neuen Epoche einer vom Staat verordneten Effizienz. Die Bundesbauministerin vervollständigt eine Strategie ihrer Vorgängerin und SPD-Parteigenossin Clara Geywitz, die schon in der vorherigen Legislaturperiode eine Gesetzesinitiative zur Beschleunigung des Wohnungsbaus eingebracht hatte. Nachdem Geywitz mit einem Ziel von 400.000 Wohnungen pro Jahr auf Quantitäten setzte, dreht Hubertz an der Stellschraube Zeit. Qualität – die dritte Säule einer ausgewogenen Baupolitik – scheint in dieser Betrachtung die Konsequenz aus beidem zu sein.

Bundestag und Bundesrat haben Mitte Oktober diese SPD-Initiative für den Wohnungsbau durchgewunken. Wer in diesen Tagen dem politischen Sprachgebrauch folgt, bekommt also den Eindruck, als ließe sich das Bauen mit der Geschwindigkeit des Straßenverkehrs regeln. Doch Architektur ist kein Wettbewerb der Minuten. Theoretisch ausgedrückt ist es die geduldige Kunst, Raum zu schaffen, in dem sich Gesellschaft entfalten kann. Wer sich auf eine Diskussion über Beschleunigung einlässt, sollte daher zunächst wissen, worin Baupolitik überhaupt besteht. Denn das eigentliche Bauen wird nicht beschleunigt. Baupolitik muss das Problem lösen, dass Bauverwaltungen Genehmigungen zu langsam erteilen. 3.000 Gesetze, Normen und Vorschriften gibt es beispielsweise für den Bau eines Wohnhauses. »Genehmigungs- und Entbürokratisierungsturbo« wäre daher wohl das treffendere Begriffspaar.

Das Bauwesen gab schon immer Impulse für Veränderungen. In diesem zentralen Politikfeld ließe sich also gut aufzeigen, wie sich unsere Demokratie ohne populistische Zwischenrufe reformieren könnte. Der Planungs- und Bau-sektor hätte die Chance, eine der gesellschaftlichen Schieflagen unserer Zeit in den Griff zu bekommen: den Mangel an bezahlbarem Wohnraum. 215.000 Einheiten genehmigten deutsche Bauämter im Jahr 2024. Von der politischen Zielvorgabe in Höhe von 400.000 Wohnungen, die Geywitz kurz nach ihrem Amtsantritt 2021 prognostizierte, ist das weit entfernt. Doch da sich der Bund 2006 vollständig als Akteur aus dem Wohnungsbau zurückgezogen hat, konzentriert er sich auf sein politisches Kerngeschäft. Seit Inkrafttreten dieser Föderalismusreform vor fast 20 Jahren darf auch Verena Hubertz in ihrem jetzigen Amt kein eigenes Wohnungsbauprogramm auflegen.

Was Baupolitik eigentlich ist

Baupolitik ist weder Architekturpolitik noch Wirtschaftsförderung. Sie ist das juristische Fundament, auf dem gebaut wird – im wörtlichen Sinn. Auf Bundesebene regelt sie vor allem zwei Dinge: das Baugesetzbuch (BauGB) und die Baunutzungsverordnung (BauNVO). Hier wird festgelegt, wie Kommunen Flächennutzungspläne oder Bebauungspläne aufzustellen haben, und wie Dichte, Nutzung sowie Geschossflächen definiert werden. Die Baupolitik des Bundes schafft also den Rahmen. Sie legt nicht fest, wie ein Haus konkret errichtet wird, welche Materialien zugelassen sind oder wie lang ein Fluchtweg sein muss. Nur sehr selten greift die Bundespolitik in konkrete Gestaltungsfragen ein, sie tat dies z. B., als

der Bundestag 2002 beschloss, drei Barackfassaden des Berliner Stadtschlosses originalgetreu zu rekonstruieren.

Wenn das Bauen konkreter wird, übernehmen die Länder. Sie besitzen im föderalen System die Hoheit über die Bauordnungen. Und so kommt es, dass Deutschland heute über 16 verschiedene Landesbauordnungen verfügt – ein Nebeneinander, das selbst Fachleute oft ratlos zurücklässt. Für den Brandfall gilt beispielsweise eine einheitliche Fluchtweglänge von 35 Metern. Führt ein zweiter Rettungsweg allerdings durch ein Fenster, darf das Mindestmaß von 0,90 x 1,20 m in Nordrhein-Westfalen unterschritten werden, in Hamburg darf das Fenster explizit keinen Mittelposten haben. Ähnlich verwirrend war es über zehn Jahre lang mit dem mehrgeschossigen Holzbau in Gebäudeklasse 5. Als Vorreiter erlaubte Baden-Württemberg ihn für bis zu 22 Meter hohe Bauten schon 2015. Sachsen zog als Schlusslicht erst in diesem Jahr nach. Der Brandschutz galt hierbei als größtes Hindernis.

Architekten fragen sich zu Recht, ob sich Feuer in München anders ausbreitet als in Hamburg. Der Föderalismus, einst als Garant regionaler Vielfalt gedacht, hat im Baurecht zur permanenten Verlangsamung geführt. Und doch: Die eigentliche Schwäche liegt nicht in den unterschiedlichen Verordnungen, sondern in der fehlenden Koordination zwischen den Ebenen. Das Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen ist baupolitisch fragmentiert. Die Bauministerkonferenz (ARGEBAU) denkt zwar strategisch und innovativ, ist aber letztendlich nur ein koordinierendes Gremium der Länder. Ihre Empfehlungen sind nicht bindend. Vor dem Hintergrund, dass Gebäude in Deutschland nicht nur für 40 Prozent aller CO₂-Emissionen, sondern auch für mehr als die Hälfte aller Abfälle verantwortlich sind, muss Baupolitik auf Bundesebene eine größere Bedeutung und Durchsetzungskraft erlangen. Stattdessen wird sie in jeder Koalitionsverhandlung zum Spielball der Parteien.

Ein Flickenteppich der Zuständigkeiten

Dieser normative Wildwuchs und das Dickicht der Bauvorschriften sind Ausdruck eines politischen Prinzips, das seine historische Berechtigung längst überschritten hat. Ab 1949 galt Ländereinheit als Schutz vor zentraler Macht. Heute schützt sie das Beharrungsvermögen der Verwaltungen. Während Nachbarländer wie die Niederlande oder Österreich auf einheitliche technische Bauvorschriften setzen, die regional ergänzt werden können, verharrt Deutschland in einem komplizierten Geflecht aus Zuständigkeiten.

In der Praxis führt das zu absurden Situationen: Ein Wohnungsbauprojekt, das über Ländergrenzen hinweg geplant wird, muss in jedem Bundesland neu genehmigt werden. Unterschiedliche Nachweisformen, divergierende Brandschutzkonzepte, wechselnde Berechnungsmodelle – jede Vereinfachung endet in einem neuen Formular. Zwar erlaubt das Planungsrecht die länderübergreifende Typengenehmigung eines standardisierten Bauwerks. Wenn eine Landesbehörde einen solchen Antrag genehmigt, gilt er in allen anderen 15 Bundesländern. Es bindet den Bauherrn allerdings nicht, bei der Kommune einen Bauantrag zu stellen. Denn die Gemeinde prüft weiterhin, ob und wie sich auch ein Typenbau mit dem örtlichen Planungsrecht verträgt. Der Bauturbo stößt hier auf die Macht einer Bürokratie, die unbebaute Flächen vor architektonischen Hässlichkeiten schützt. Denn Typenbau wird heute von Architekten kaum als

Gestaltungsaufgabe verstanden. Auch das will Verena Hubertz voranbringen: »Seriell Bauen, 3D-Druck, Holzbau für Hochhäuser – das sind keine Zukunftsvisionen, das ist an vielen Stellen schon Realität.« Der Bauturbo, so die Ministerin, schaffe die Möglichkeit für die Kommunen, schnell zu bauen, anstatt in Schönheit zu sterben.

Das jetzt mit dem § 246e im Baugesetzbuch eingeläutete Risiko wird hier besonders sichtbar: Schnell mit Typenprojekten zu bauen, schafft zwar Wohnraum. Doch die Baukultur gerät unter besonderen Druck, weil sich Bauherren



»Solid C2« von Patrick Jouin, 2004

© VITRA DESIGN MUSEUM | FOTO: JÜRGEN HANS

im Galopp der beschleunigten Genehmigung von allzu ambitionierten Architekten verabschieden werden. Der Paragraph gilt bis Ende 2030 jedoch nur für Gebiete in angespannten Wohnungsmärkten.

Der Bauturbo sieht außerdem vor, dass Genehmigungen nach drei Monaten automatisch erteilt werden – sofern die Kommune nicht widerspricht. Das führt zwangsläufig zu rechtlicher Unsicherheit, die Verwaltungen bereits zu juristischen Planspielen veranlasst. Findige Bauträger und Häuslebauer wittern schon die rechtlichen Lücken, die das Bundesgesetz kurz nach seiner Verabschiedung öffnen wird. Erst Präzedenzfälle vor Gerichten werden eine rechtliche Klarheit schaffen. Denn der befristete § 246e BauGB bleibt eine Ausnahmeregelung.

Wohnraumangel als Symptom

Aber Baupolitik sollte nicht Verwaltungspolitik sein. Sie bestimmt, wie dicht wir wohnen, wie wir Energie verbrauchen, wie wir uns bewegen und welche sozialen Beziehungen Architektur ermöglicht. Bauen ist nie nur eine Frage des Materials, sondern immer auch eine Frage der Haltung. Die Debatte über die Beschleunigung blendet Kosten und Qualitäten weitgehend aus. Die Politik ist vom baukulturellen Marathon zum 100-Meter-Sprint übergegangen.

Noch schwerer wiegt, dass sich Baupolitik fast ausschließlich auf den Neubau konzentriert. Als ließe sich das

Defizit allein durch neue Quadratmeter beheben. Doch die entscheidende Frage lautet: Wie können wir vorhandene Flächen umnutzen? Brauchen wir nicht lieber einen Wohnraumaktivator statt eines Neubauturbos? In deutschen Städten stehen zehntausende Quadratmeter Bürofläche leer, Lagerhallen, Kaufhäuser, Verwaltungsbauten – ungenutzte Ressourcen, die zugleich energetisch unterhalten werden müssen.

Die Umnutzung von Bestandsgebäuden könnte ein Schlüssel zur Entlastung des Wohnungsmarktes sein. Doch sie ist genehmigungsrechtlich ein Hindernislauf. Jede Nutzungsänderung gilt als Neubau, mit allen Anforderungen der aktuellen Bauordnung. Zur Erinnerung: 16 Landesbauordnungen zählt

ökologisch und ökonomisch sinnvoll ist. Dazu gehört eine bundesweit geltende Bauordnung, die regionale Anpassungen zulässt, aber nicht alles neu erfindet. Ebenso eine Vereinheitlichung der digitalen Baugenehmigungen, die längst versprochen, aber nie wirklich umgesetzt wurde.

Beschleunigung entsteht nicht durch Paragrafenreduktion, sondern durch Kohärenz. Was fehlt, ist eine Baupolitik mit architektonischer Intelligenz – eine, die erkennt, dass sich Raumentwicklung nicht linear planen lässt, sondern die Wechselwirkungen von Recht, Technik und Gesellschaft zusammendenkt. Dazu gehört auch eine Planungssicherheit für Bauherren aller Art. Die populistische Debatte über das Gebäudeenergiegesetz hemmt die Modernisierung von Heizungen und verzögert potenzielle Investitionen. Bauschaffende und Planende verfluchen nichts so sehr wie Unentschlossenheit oder angekündigte Änderungen, sei es auf der Baustelle oder im Gesetz.

Umbau als Zukunft der Baupolitik

Die ökologische Krise zwingt uns, das Verhältnis von Neubau und Bestand neu zu justieren. In Zeiten von Ressourcenknappheit und Klimawandel wird jedes neu gebaute Haus zu einer ethischen Frage. Neubau kann nur dann gerechtfertigt sein, wenn Umbau unmöglich ist. Das Baugesetzbuch sollte daher um eine »Pflicht zur Prüfung der Umnutzbarkeit« ergänzt werden. Wer neu baut, sollte nachweisen, dass keine bestehende Struktur geeignet ist. Ein solcher Paradigmenwechsel würde Baupolitik vom Wachstums- zum Erneuerungsprojekt machen.

Es ist paradox: Wir verfügen über eines der dichtesten Regelwerke Europas, aber nicht über eine Strategie, wie diese Regeln sinnvoll aufeinander abgestimmt werden. Während Ministerin Hubertz den Bauturbo beschwört, scheitern Kommunen daran, digitale Bauakten zu öffnen. Während über Klimaneutralität gesprochen wird, stehen in den Innenstädten die Heizungen leerer Büros auf halber Kraft.

Baupolitik ist immer auch Gesellschaftspolitik. Sie betrifft Fragen des Zusammenlebens, der Gerechtigkeit, der Ästhetik und der Demokratie. Wenn der Staat das Bauen nur als Verwaltungsvorgang begreift, verliert er den Raum als kulturelle Aufgabe. In Wahrheit entscheidet sich im Bauwesen, wie zukunftsfähig eine Gesellschaft ist. Eine Politik, die nur beschleunigt, aber nicht strukturiert, wird an ihren eigenen Versprechen scheitern. Was es braucht, ist kein Bauturbo, sondern eine Bauverfassung, die Verbindlichkeit schafft: ein nationales Regelwerk, das föderale Unterschiede respektiert, aber übergeordnet koordiniert. Denn nur wenn die Spielregeln klar und einfach sind, können Architekten, Ingenieure und Kommunen das tun, was sie am besten können: Räume schaffen, die Bestand haben – nicht nur im technischen, sondern im kulturellen Sinn.

Deutschland hat kein Bauproblem, sondern ein Baupolitikproblem. Wir bauen nicht zu langsam, weil Gesetze fehlen, sondern weil sie zu unterschiedlich interpretiert werden. Der Bauturbo wird daran wenig ändern, solange er die strukturelle Zersplitterung des Systems nicht überwindet. Baupolitik ist die Kunst, das Ganze zu denken – nicht das Tempo zu steigern. Sie verlangt weniger Schlagworte und mehr Koordination, weniger Föderalismus und mehr Vertrauen in die kommunale Kompetenz. Nur wenn der Staat den Mut hat, sein eigenes Regelwerk zu entwirren, kann Baupolitik wieder das werden, was sie sein sollte: die politische Gestaltung unseres gebauten Lebensraums und ein Beitrag zur Baukultur.

Philipp Meuser ist Architekt und Verleger in Berlin

Deutschland braucht Kleinstwohnungen

Ein Plädoyer für bessere und kleinere Wohnungen

VAN BO LE-MENTZEL

Seitdem es Städte gibt, gibt es Wohnkrisen und Obdachlosigkeit. Um zu verstehen, wie Kleinstwohnungen einen Beitrag leisten können, hilft ein Exkurs in die Automobilbranche. Haben Sie schon mal in einem Gran Torino gegessen? Dumme Frage – wer hat das schon. Hollywood-Legende Clint Eastwood hat in dem gleichnamigen Film den Ford Gran Torino 2007 auf die Leinwand gebracht. Was macht ein gutes Auto aus? Welche Rolle spielt seine Länge? Mit 5,26 m gehört der Torino zu den Autos, die auf einem IKEA-Parkplatz nicht mehr in

Die Kleinstwohnung kann Menschen den Zugang zur Mitte der Stadt ermöglichen, um teure Innenstädte diverser zu machen

die Parkbuchten passen. Auf der Straße fahren LKWs, Linienbusse, Limousinen und PKWs. Sie unterscheiden sich in ihrer Länge. Ähnlich ist es im Immobilienmarkt: Da gibt es beispielsweise Fabrikhallen, Hotels, Penthouse-Apartments und Wohnungen. Sie unterscheiden sich in ihrer Größe. Noch etwas haben die beiden Branchen gemeinsam: Sie erfüllen nicht nur den Zweck der Fortbewegung oder den des Schutzes vor Witterung. Sondern – und das ist das, was viele Mobilitäts- und Wohnforschende unbeleuchtet lassen – dienen vor allem als Identitätsmarker. Mit einem Gran Torino kann ich mein Selbstkonzept aufwerten. Ein Auto kann mich von A nach B bringen. Aber das ist nur der letzte Beweggrund, um sich in einen Gran Torino zu setzen. Wenn Architekturbüros Wohnungen entwerfen, dann geht es um die Funktion: wohnen, kochen, schlafen und baden. Das Ergebnis: Wohnzimmer, Küche, Schlafzimmer und Bad. Dabei scheint es nur Typen zu geben, die ihre Nutzung beschreiben: Single-Wohnung, Familienwohnung, Werkswohnung, Atelierwohnung usw. Die Automobilbranche weiß, dass es um mehr geht. Nämlich gerade nicht darum, von A nach B zu kommen. Es geht darum, von unten nach oben zu kommen. Von unbedeutend zu besonders – um einen sozialen Aufstieg. Bestimmte Automarken sind aufgeladen mit Verheißungen, sei es Technoglaube (Audi), Fortschritt (Tesla), Gangsta-Attitude (BMW), Abenteuer (Jeep), Optimismus (Käfer) oder kalifornische Freiheit (VW-Bully). Was sind eigentlich die Verheißungen einer Dreizimmerwohnung bei Vonovia oder einer barrierefreien Zweizimmerwohnung von der Howoge, Europas größtem landeseigenen Wohnungsunternehmen? Wenn ich als Architekt beauftragt werde, Wohnungen zu entwerfen, beschreiben meine Bauherren ihre Wünsche folgendermaßen: Maximale Auslastung durch Einzimmerwohnungen pro Geschoss; Wohnungen nach einem bestimmten Schlüssel; Klickvinyl-Fußboden. Sie sagen nicht: Ich will ein Haus, welches für Abenteuer steht, mit einem Eingang, der Optimismus ausstrahlt und Fenstern, durch die man in die Freiheit sieht. Ein weiteres Phänomen offenbart sich in beiden Branchen: das Phänomen des Wohlstands. Sowohl Autos als auch Wohnungen werden immer größer. Der neue Golf VIII (LÄNGE: 4,28 m)

ist einen halben Meter länger als der Golf I von 1974 und sogar 4 cm länger als Deutschlands meistverkaufter SUV: T-Roc (4,24 m). Jedes dritte zugelassene Auto ist mittlerweile ein SUV. Bei den Wohnungen in Deutschland ist es ähnlich. Noch 1995 betrug der Wohnflächenverbrauch in Deutschland 36 qm pro Einwohner, in den letzten dreißig Jahren ist dieser Wert um 20 Prozent auf über 47 qm angestiegen. Portfolio der großen Wohnungsbauunternehmen vergleichen: Wohnungsbauserie (WBS)70-Wohnung (36 qm), Howoge (32 qm), Berlinovo (30 qm). All diese Wohnungen sind ausgestattet mit einem Zimmer, zuzüglich Badezimmer, Küchenraum, einem Abstellraum und einem Dielenraum. Rein rechnerisch sind es vier Räume. In chinesischen und thailändischen Großstädten bekommt man auf 30 qm sogar zwei abgetrennte Zimmer. Das geht nur, wenn man die deutschen Standards verlässt und beispielsweise die Diele weglässt, die Küchenzeile kürzer gestaltet und Betten mit 140 cm Breite vorsieht, ohne Beistelltische auf beiden Seiten. In Seoul, Delhi und Paris gibt es Wohnungen, die 9 qm groß sind. Und hier unterscheidet sich die Angebotsvielfalt der Automobilbranche von der Wohnungsvielfalt der Immobilienbranche. Es gibt Autos, die den Standard mit vier Sitzen unterbieten: Der Smart For Two (Länge: 2,5 m) und den Einsitzer Renault Twizy (LÄNGE: 2,3 m). Warum entwickeln wir nicht auch den Smart unter den Wohnungen? Eine Einzimmerwohnung ohne Diele, bei der die Wohnungstür direkt in die Wohnküche mündet, wie man es aus New Yorker Soaps kennt. Es gibt keine Einzimmerwohnung, in der das Bad kompakt wie im in Wohnmobil gestaltet und die Duschwanne im Boden integriert ist. Dabei wäre es baurechtlich durchaus möglich, die Wohnungen kleiner zu planen. Es gibt im geförderten Sozialwohnungsbau nur Angaben zur Maximalfläche, nicht zur Mindestgröße. Diese ist definiert im Wohnungsaufsichtsgesetz, wonach die kleinste mögliche Wohnung 9 qm Wohnfläche hat. Kann man auf 9 qm gut leben? Kann man mit einem Twizy gut fahren?

Kommt drauf an. Es reicht nicht für eine Familie und auch nicht für lange Strecken. Zum Angeben vermutlich auch nicht. Es reicht aber, um sich schnell durch den Verkehr zu manövrieren. So auch die Kleinstwohnung: Sie kann Menschen den Zugang zur Mitte der Stadt ermöglichen, um teure Innenstädte diverser zu machen. In Hongkong, Delhi, Seoul und Paris sind Kleinstwohnungen fest im

kalten Straßenpflaster. Die Größe ist weniger entscheidend, als man denkt. Das Bedürfnis nach Rückzug ist unabhängig von der Zimmergröße. Das Gefühl von Freiheit entspringt nicht der Größe eines Autos. Bei der Wohnung ist es ähnlich, viele Menschen wie Marie Kondo sind reich geworden mit Tipps zur Frage, wie man ausmistet. Es geht um den Sieg über das krankhafte Bedürfnis der Menschen, Dinge zu horten. Wer weniger Bodenfläche und Schränke hat, muss auch weniger putzen und konsumieren, um all die Regale zu füllen. Man gewinnt Zeit. Und lernt, die Angebote der Stadt mehr zu nutzen: öffentliche Bäder, Parks, Bibliotheken. Ähnliche Gedanken dürfte Clint Eastwood gehabt haben, als er sich ein Auto zugelegt hat. Es ist kein Gran Torino geworden, sondern ein Fiat 500. In einem Interview sagte er, dass er in LA mit dem Cinquecento nicht lange nach einem Parkplatz suchen muss. Die Freiheit ist da draußen, nicht in der Wohnung. Egal, wie groß diese ist, man wird sie darin nicht finden.

Van Bo Le-Mentzel (1977) ist Kleinstwohnung-Architekt und Gründer der gemeinnützigen Tiny Foundation. Mit der neu gegründeten Gemeinwohlbau-Initiative sucht er aktuell ein Grundstück, um dort bezahlbaren Wohnraum herzustellen

Mehr dazu: [gemeinwohlbau.de](#)

ZU DEN BILDERN

Angesichts der aktuellen Weltlage wäre es manchmal hilfreich, sich einfach in den Gartensessel »Sunball« zu legen und die Klappe zu schließen. Oder stundenlang auf dem quetschgelben Plastiksessel »Blow« mit Freundinnen zu telefonieren. Das ist ja das Schöne am Erwachsensein: Wenn es das Budget zulässt oder die Götter des Trödelmarktes einem wohlgesonnen sind, kann man seine Wohnung mit den verrücktesten Stücken einrichten. Warum also keinen Skorpion-Sessel ins Teenagerzimmer stellen? Das passt vielleicht zur inneren Dramatik dieser Lebensphase. Oder man gruppiert vier blaue Spiralsessel »Aspirale« um den Esstisch, die zwar nicht unbedingt bequem sind, aber bei jedem Blick und bei allen Gästen für gute Laune sorgen. »Zeig mir deine Wohnung, und ich sage dir, wer du bist« – das versprechen schon Shows wie »MTV Cribs«, die »Open Door« Videos von Architectural Digest oder die unzähligen Magazine, die die Einrichtung von Berühmtheiten zeigen. Doch man kommt auch ohne den durchgestylten Perfektionismus aus. Wenn jedes Möbelstück seine eigene Geschichte hat, kann man seinen Rückzugsort wunderbar kuratieren. Gerade in einer Zeit, in der Politik, Informationsflut und KI im Internet immer überfordernder werden, tut es gut, sich ein Zuhause zum Abschalten einzurichten. Es ist also kein Wunder, dass der Wohntrend »Dopamin Decor« so beliebt ist. Farben, verspielte Formen und ausgefallene Muster machen alles lebendiger und heben die Stimmung. Wer nun noch nach verrückter Inspiration sucht und vielleicht auch den nächsten Einrichtungstrend entdecken möchte, sollte das Schaudepot des Vitra Design Museums besuchen. Bis zum 10. Mai 2026 ist dort die Ausstellung »Science-Fiction Design. Vom Space Age zum Metaverse« zu sehen, welche auch die Quelle der Fotostrecke zum vorliegenden Schwerpunkt ist.

»Aspirale« von Louis Durot, ca. 1970

© VITRA DESIGN MUSEUM | FOTO: ANDREAS SUTTERLIN



»P.-D.G. Desk« von Maurice Calka, 1969

Küchen ohne Kochen

Der Verlust eines architektonischen Kulturraums

NATASCHA MEUSER

Seit der Mensch das Feuer zähmte, sucht er nach dem richtigen Platz dafür. Vom Erdloch zur Einbauküche, vom Rauch zum Dampfgarer – das Kochen wurde immer kultivierter, das Essen dabei nicht unbedingt besser. Die Geschichte des Kochens ist eine Geschichte der Verfeinerung – und der Verirrung. Wie sieht das Kochen der Zukunft aus, wenn die Küche längst alles kann, nur nicht mehr gebraucht wird?

Vor 25 Jahren habe ich mich verliebt. In eine Küche. Sie stand damals in einer Ausstellung, glänzend und unerschwinglich – so wie große Lieben eben manchmal beginnen. Fünf Jahre habe ich gewartet. Und als sie dann endlich in mein Haus einzog, wusste ich: Das war kein Möbelstück. Es war eine kleine Raumskulptur, ein Versprechen auf Dauer. Seither ist sie da – zeitlos, verlässlich, schön. Wir führen eine stille Beziehung, morgens besonders innig, beim ersten Kaffee. Gekocht wird selten, gelebt dafür umso mehr.

Manche Küchen sind heute größer als ganze Wohnungen in der Nachkriegszeit – und doch wird in ihnen kaum noch gekocht. Die Gegenwartsküche glänzt, öffnet sich zum Wohnraum, zeigt sich als Statussymbol. Aus einem funktionalen Arbeitsraum ist ein Zeichen bürgerlicher Lebensführung geworden. Aus dem Mittelpunkt des Zusammenlebens hat unsere Überflussgesellschaft einen Ort gemacht, der zunehmend leer bleibt.

Die Feuerstelle als Ursprung des Raums

Die Geschichte des Kochens beginnt nicht mit dem Rezept, sondern mit dem Raum – genauer: mit einem Loch in der Erde, in dem das Feuer gezähmt wurde. Diese elementare Geste markiert einen Wendepunkt der Menschheitsgeschichte, lange bevor sich der Homo sapiens als dominante Spezies in der Evolution durchsetzte. Mit der Zubereitung von Nahrung verband sich nicht nur der Akt des Essens, sondern auch der Moment des Bleibens. Das Feuer zog den Menschen zur Erde, ließ ihn verweilen, sammeln, kreisen. Aus der Feuerstelle wurde ein Platz. Aus dem Platz wurde ein Raum. Aus dem Raum ein Haus.

Die ältesten bekannten Feuerstellen sind rund 780.000 Jahre alt und wurden schon von frühen Homininen wie dem Homo erectus genutzt. Es gilt als wahrscheinlich, dass der moderne Mensch den Umgang mit dem Feuer von seinen evolutionären Vorfahren

übernahm und ihn zur sozialen Praxis weiterentwickelte. Die Feuerstelle wurde also zum Mittelpunkt gemeinschaftlicher Ordnung, lange bevor Architektur im eigentlichen Sinne entstand.

Die Etablierung der Küche als Raumstruktur

In frühen Hochkulturen wie etwa in Ägypten oder Mesopotamien war die Küche bereits Teil strukturierter Raumfolgen. Große Tempel- und Palastanlagen verfügten über spezialisierte Kochzonen, in denen nicht nur Vorräte gelagert, sondern Speisen rituell zubereitet wurden. Auch in griechischen oder römischen Villen gehörten Küchen zur festen architektonischen Ordnung, mit Abluftsystemen und klar zugewiesenen Funktionsbereichen. Die Küche war Raum, nicht nur Tätigkeit. Die Koch- und Küchenkultur, die die Römer nach Mitteleuropa gebracht hatten, blieb bis zu den großen Völkerwanderungen fast unverändert. Der Zerfall der römischen Ordnung führte zum Verlust der zuvor ausgeprägten räumlichen Differenzierung und leitete den Übergang zu einfacheren, agrarisch geprägten Lebensformen ein: Viehhaltung unter einem Dach mit dem Schlaf-, Wohn- und Kochraum und ein hausnaher Garten zur Selbstversorgung galten als Standard des Mittelalters.

In den adeligen Haushalten des 18. Jahrhunderts verlagerte sich der Kochbereich zunehmend in abgelegene Gebäudeteile. Die Zubereitung der Speisen erfolgte fernab der Öffentlichkeit, in Seitenflügeln, Kellern oder separaten Wirtschaftsbauten. Der Speisesaal war Ort der Repräsentation, die Küche der Ort des Unsichtbaren. Zugleich entwickelte sich die Küchenarchitektur weiter: Rauchzüge, Wasserversorgung, Kühlräume, Personalräume – ein komplexes System hinter der Oberfläche höfischer Selbstinszenierung.

Die Küche im bürgerlichen und proletarischen Haushalt

Im 19. Jahrhundert wurde die Küche wieder Teil des Wohnhauses, vor allem im städtischen Mietwohnungsbau. In Berliner Mietskasernen und Hamburger Etagenwohnungen war die Küche oft das einzige beheizte Zimmer. Sie diente dem Kochen, dem Waschen, dem Essen als multifunktionaler Raum. In bürgerlichen Ratgebern wurde sie zum Ort moralischer Erziehung, ökonomischer Planung und hygienischer Kontrolle. Hygienische Materialien wie pflegeleichtes Linoleum, Eisenherde und abwaschbare

Fliesen veränderten das Interieur. Die Küche wurde optimiert, blieb jedoch architektonisch und sozial abgeschottet.

Im Arbeiterhaushalt war die Küche der Mittelpunkt des Alltags. Oft das einzige Zimmer mit Feuerstelle, wurde hier alles erledigt: heizen, essen, pflegen, schlafen. Die Küche war nicht Nebenschauplatz, sondern Hauptakteur der großfamiliären Bühne, überfrachtet mit Funktionen, zentral für das Zusammenleben. Der Raum war klein, aber lebendig.

Die Frankfurter Küche als Wendepunkt

Einen radikalen Bruch markierte die »Frankfurter Küche«, entworfen 1926 von Margarete Schütte-Lihotzky, einer österreichischen Architektin und Pionierin funktionaler Innenraumgestaltung. Im Rahmen des von Ernst May, dem damaligen Stadtbaurat von Frankfurt am Main, geleiteten Siedlungsprogramms »Das Neue Frankfurt« entwickelte sie den ersten standardisierten Küchentypus der Moderne. Auf nur sechs Quadratmetern vereinte sie Spüle, Vorratsschränke, Arbeitsflächen, Mülleimer und eine klar definierte Bewegungslogik. Die Küche wurde erstmals als rational planbarer Innenraum begriffen: funktional, hygienisch, effizient.

Diese neue Küche war ein Werkzeug der sozialen Moderne. Sie sollte Arbeit sparen, Ordnung schaffen und Wohnraum effizient nutzen. In Tausenden Wohnungen wurde sie eingebaut – als standardisiertes Modul, als Manifest der Fortschrittsarchitektur. Und doch blieb sie geschlechtlich kodiert: Die Küche war der Frau zugewiesen, isoliert vom übrigen Wohnraum, durch eine Tür getrennt vom sozialen Leben. Der Fortschritt der Gestaltung änderte wenig an der sozialen Rolle.

Die Bühne der Gegenwart und die Küche von morgen

Heute ist die Küche offen. Sie grenzt sich nicht mehr ab, sondern ist Bestandteil des Wohnraums. Kücheninseln, freistehende Blöcke, rahmenlose Schrankfronten und eingelassene LED-Bänder prägen das Bild. Der Raum präsentiert sich. Was gekocht wird, ist oft zweitrangig. Die Küche ist abermals Bühne für Design, für Technik, für Lebensstil. Gleichzeitig verdrängen Lieferdienste, Convenience-Produkte und Außer-Haus-Verpflegung die alltägliche Essenszubereitung. Die Küche bleibt bestehen, nicht aus Notwendigkeit, sondern als Symbol. Als Manifest der

Aus einem funktionalen Arbeitsraum ist ein Zeichen bürgerlicher Lebensführung geworden. Aus dem Mittelpunkt des Zusammenlebens hat unsere Überflussgesellschaft einen Ort gemacht, der zunehmend leer bleibt

Selbstoptimierung. Als Ort, der zeigt, dass man sich gesund, nachhaltig, bewusst ernähren könnte, auch wenn man es nicht tut.

In teuren Stadtwohnungen ist die Küche häufig das Herzstück: großzügig, offen, hochwertig. Ganze Grundrisse werden von Innenarchitekten rund um die Küche herum geplant. Die Logik einer optimierten Raumfolge bleibt sekundär. In prekären Wohnverhältnissen hingegen fehlt es oft an Raum, Ausstattung und Zeit zum Kochen. Küchenarchitektur wird zum sozialen Marker: Wer sich eine Küche leisten kann, zeigt sie. Wer sie braucht, hat oft keine adäquate.

Ist die Küche heute noch ein Ort des Kochens – oder längst ein Spiegel sozialer Unterschiede, kultureller Selbstdarstellung und ökonomischer Verhältnisse?

»Zeige mir Deine Küche, und ich sage Dir wie Du kochst.«

Die Architektur der Zukunft muss sich dieser Widersprüche annehmen. Sie muss Küchen entwerfen, die nicht nur glänzen, sondern gebraucht werden können. Räume, die funktional und wandelbar sind, die Teilhabe ermöglichen, statt Distinktion zu zementieren. Küchen, in denen gemeinsam gekocht werden kann, wie in Genossenschaften, WGs oder Gemeinschaftsbauten. Küchen, die offen sind, nicht nur zum Wohnzimmer, sondern zur Gesellschaft. In einer zunehmend diversen Gesellschaft gilt das umso mehr.

Vielleicht liegt die Zukunft der Küche nicht im Gerät, sondern im Gebrauch. Nicht in der Oberfläche, sondern in der Praxis. Die Küche bleibt ein Werkzeug. Der Ort, an dem der Mensch einst zusammenkam, um soziale Ordnung und Rituale an der Feuerstelle zu lernen, bleibt auch ein kultureller Raum.

Aber wie müsste dieser Raum aussehen? Muss eine vegane Küche anders riechen als eine koschere? Braucht eine vietnamesische Familienküche eine andere Infrastruktur als eine schwäbische? Und sind migrantische Küchen tatsächlich »andere« Räume oder einfach die ehrlichere Version dessen, was wir Zusammenleben nennen?

Meine Mutter erzählt mir oft von der Zeit ihrer Jugend – von einer Küche, in der für die zwölfköpfige Familie und 40 Tagelöhner gekocht wurde. Heute braucht man drei Quadratmeter Arbeitsfläche für ein Avocadobrot – damals reichten fünf für ein ganzes Dorf. Vielleicht sollten wir wieder lernen, mit weniger Raum mehr Nähe zu schaffen. Oder wenigstens so zu kochen, dass es für alle reicht. Vielleicht liegt in dieser Erinnerung mehr Zukunft, als uns lieb ist.

Natascha Meuser ist Architektin in Berlin und Autorin zahlreicher Publikationen zur Innenraumplanung – darunter »Die Geschichte der Innenarchitektur«, erschienen bei DOM publishers

Auf der Suche nach dem idealen Himmelbett

Über den Zusammenhang zwischen Schlaf und Architektur

MICHAEL MÖNNINGER

Über die Urfunktion des Bauens herrscht in der klassischen Architekturlehre von Vitruv bis Gottfried Semper die Auffassung, dass das Haus der Hüter des Herdes ist und die Versammlung der Menschen um das Feuer sichert. Allerdings lassen sich Feuer auch unter freiem Himmel entfachen, während eine andere anthropologische Vitalfunktion auf definierte räumliche Hüllen nicht verzichten kann: das Schlafen.

Die Schaffung von Schlafimmunität, um die Wehrlosigkeit Schlafender in ihrem verletzbarsten Zustand räumlich zu schützen, ist als Kernaufgabe der Architektur nahezu in Vergessenheit geraten. Die entnächtigte moderne Zivilisation befindet sich längst in einem 24/7-Dauerbetrieb, so dass Wohnungen und Häuser rund um die Uhr bespielte Bühnen sind. Wenn Architektinnen und Architekten sich heute der Entwurfsaufgabe von Schlafräumen widmen, kommen meist nur Normgrundrisse und Minimalzuschnitte heraus, wie sie in der Moderne entwickelt wurden.

Zwar haben große Entwerfer schlichte, schöne oder gar spektakuläre Schlafräume gestaltet. So schuf Karl Friedrich Schinkel für Königin Luise ein bewohnbares Himmelszelt, Emil Fahrenkamp bettete seine Tochter in einer antikisierenden Wiege unter Empire-Baldachin, Adolf Loos verwandelte den Schlafraum seiner Frau in eine Lustgrotte mit flauschigem Langhaarteppich, und auch Gio Ponti, Adalberto Libera und Le Corbusier schufen betörende Beispiele.

Dennoch bleiben Schlafzimmer ein Dorado nur für Dekorateure und Designer. Sie sind die fleißigsten Beschützer der menschlichen Weltlosigkeit und

haben von den Wandmalereien der Villa dei Misteri in Pompej bis zu den erotisierenden James-Bond-Interieurs von Arthur Elrod versucht, ein Stück der nächtlichen Rauschzustände ins Interieur zurückzuholen.

Zwar ist das Schlafzimmer der meistgenutzte Raum in jeder Wohnung, aber es wird wie ein Abstellraum behandelt

Einer der großen Schlaf-Verfechter der Gegenwart ist der Philosoph Peter Sloterdijk. Er kritisiert das überkommunikative Menschenbild der Totalvernetzung und fordert die Architekten auf, auch an den Isolierungsleistungen von Räumen und Gebäuden zwecks gelegentlicher Nicht-Kommunikation zu arbeiten. Sloterdijk thematisiert die in der Architektur vernachlässigte Eigenschaft der Menschen, dass sie nicht nur herstellen, handeln, kommunizieren und sich vermehren, sondern dass sie auch schlafen und dafür einen besondern Raum benötigen.

Denn Menschen leisten keinen 24-Stunden-Wach-Dienst an der Realität, sie entwickeln nur eine brüchige, geteilte Loyalität gegenüber der Wachwelt. Sloterdijk nennt den Menschen einen »homo nocturnus«, der in einem natürlichen Rhythmus so etwas wie Weltabwesenheit brauche, also in einen a-kosmischen Zustand gerate. Deswegen solle man den Menschen vom Schlaf her verstehen, also vom Schutzbedürfnis seines schwächsten Augenblicks her.

Doch die Wohnwirklichkeit sieht anders aus. Zwar ist das Schlafzimmer der

meistgenutzte Raum in jeder Wohnung, aber es wird wie ein Abstellraum behandelt, der tagsüber nutzlos ist und in der Nacht keinen Gestaltungsaufwand lohnt. Seit fast einem Jahrhundert gelten die Mindestanforderungen der 1936 erschienenen »Bauentwurfslehre« von Ernst Neufert, die bis heute die Leitlinien für den öffentlichen Wohnungsbau definiert. Danach soll das kleinste Schlafzimmer für zwei Personen acht Quadratmeter Grundfläche aufweisen, der Zugang zum Bett mindestens sieben Zentimeter breit und der Luftraum darüber nicht niedriger als neunzig Zentimeter hoch sein. Angesichts der Vielzahl der von Neufert vorgeschlagenen Klapp-, Schrank-, Roll-, Hoch- und Sofa-bettentypen fühlt man sich eher an die Outdoor-Ausrüstung für Wohnmobile und Campingplätze denn an das Herzstück des Habitats erinnert. Diese Mobilmachung mit immer leichteren Patentbetten führte zum deprimierten Resümee von T. W. Adorno 1951: »Der moderne Mensch wünscht nahe am Boden zu schlafen wie ein Tier, hat (...) mit dem Bett die Schwelle von Wachen und Traum abgeschafft. Die Übernächtigen sind allezeit verfügbar und widerstandslos zu allem bereit, alert und bewußtlos zugleich.« Heute wird dieser permanente Bereitschaftszustand – temporäre Deaktivierung mit reduziertem Energieverbrauch – bei technischen Geräten »Schlafmodus« genannt.

Das Bett als Mittelpunkt des Schlafambientes hat einen langen Gestalt- und Bedeutungswandel. Ob als Wiege, Kline, Alkoven, Lager oder Récamière vereint es – zumindest im westlichen Kulturkreis – zwei Eigenschaften: Es ist ein Postament oder zumindest ein Gestell über dem Boden, und es bildet eine klar konturierte Eigenräumlichkeit durch Rahmen, Pfosten oder Überdachungen aus – wie ein kleines rudimentäres Haus.

In seinem Aufsatz »Heavenly Mansions. An Interpretation of Gothic« prägte der Architekturhistoriker John Summerson den Begriff des kleinen Hauses, den er mit dem Spiel von Kindern verband, sich unter Tischen einzurichten und einen Bereich zu schaffen, wo sie sich geborgen fühlen. Diese kleinen Häuser (lat. aediculae) führte er auf Miniaurtempel für zeremonielle Zwecke zurück, die zu den frühesten architektonischen Entdeckungen der Menschheit gehören. Auch der Kunsthistoriker Hans Sedlmayr hat dieses Architektur-element beschrieben und »Baldachin« oder »Wölbgestell« genannt.

Über die Bauform der Aedikula – seit alters auch als Himmelbett verbreitet – hinaus bewegt sich die Suche nach einer zeitgenössischen Raumform des Schlafzimmers zwischen zwei Extrempolen: zwischen strengen Raumkompositionen mit materieller Masse und atmosphärisch aufgeladenen Interieurs im Sinne einer Ästhetik des Beweglichen und Offenen.

So hatte der Architekt Louis Kahn eine große Vorliebe für normannische Burgen mit ihren zentralen Wohnhallen und den ringsum in die mächtigen Umfassungsmauern geschnittenen Neben- und Rückzugsräumen mit Außenfenstern. In zahlreichen Entwürfen legte Kahn seine Schlafzimmer tangential als Satelliten rund um das Wohnzentrum an, wodurch die Schlafräume nicht in Nebengelasse abgeschoben wurden. Angesichts der oft nur schießschartengroßen Fenster dieser Burgen entwickelte Kahn seinen Gedanken, dass Schlafzimmer stets reduzierte Fenster brauchen, die aber trotzdem »die Stimmungen des Tages und der Jahreszeiten durch die Wände hindurch lassen.« Ein Schlafzimmer solle den Bewohnern nicht nur das Gefühl von Privatheit wie ein »Haus im Haus« geben. Vor allem wünschte Kahn, dass jeder, der morgens aufsteht, »das Gefühl hat, dass der Raum ihn umarmt.«

Das Gegenmodell zu dieser Einhausung in feste Raumgrenzen ist die Ausweitung der Vitalsphäre in flexible Raumhüllen. So entwickelten die Wiener Aktionsarchitekten Coop

Himmelb(l)au zusammen mit dem Institut für Umwelthygiene der Universität Wien 1976 »Wohnungen, die den Bewohnern höchstmögliches körperliches und seelisches Wohlbefinden (...) und Erholung gewährleisten«.

Sie entwarfen einen runden »Intensiv-Entspannungsraum« und platzierten darin ein »Aqua-Bett aus wassergefüllter PVC-Folie, das von einem integrierten 10-Hz-Vibrator in Schwingungen versetzt wird«. Als Körperhaltung empfahlen sie das »Astronauten-Liegeprofil: Füße hochgelagert, Herz in horizontaler Achse des Kreislaufs zwecks Entlastung«. Der zylindrische Raum war mit Schiebewänden verschließbar, von Trance-Musik beschallt und mit einer transparenten Hartplastikkuppel überwölbt. Die Architekten waren überzeugt, »dass sich runde, transparente Raumformen positiv auf die Entspannung auswirken«. Dass dieser Labor-Entwurf unrealisiert blieb, macht ihn nicht weniger bedeutend als die Idee gebliebene Arbeit von Bruno Taut, der aus seiner Vorliebe für das »Rund des Ruheraumes« 1923 ein zylindrisches Schlafzimmer entwarf, das einem Cockpit für die nächtliche Himmelfahrt gleichkommt.

Zwischen den Extremen normannischer Burgmauern und psychedelisch inspirierter Raumkapseln gibt es ein weites Feld für die Gestaltung von Ruhezonen. Gemeinsam ist allen Varianten aber das, was Peter Sloterdijk die Idealform einer »a-kosmischen Zwiebel« nennt: eine sich erweiternde Struktur, die vom Haut-Ich über das Bett-Ich über das Zimmer-Ich zum Haus-Ich reicht. Für solche »Nestbildungen im kleinen Haus« brauche der menschliche Schlaf weder Pyramiden noch Kathedralen, sondern nur »jene einfache technische Schlafhilfe, die mehr als alles übrige zur Humanisierung der Nächte beigetragen hat« – das Bett. Die Suche nach dem idealen Himmelbett geht also weiter.

Michael Mönninger ist ein deutscher Autor, Architekturkritiker und Professor für Geschichte und Theorie der Bau- und Raumkunst an der Hochschule für Bildende Künste Braunschweig

Wohnen lernen

Warum unser Zuhause mehr ist als ein Ort

JÖRN DÜWEL

Wohnen im Jahr 2025: Die Zahl der Wohnungen sei nicht ausreichend, die Nachfrage höher als das Angebot. Vor allem fehle es an bezahlbarem Wohnraum. Das sind die gängigen Klagen, insbesondere in den Ballungsräumen. Sie betreffen vorrangig die Quantität, die Qualität des Wohnens ist ein eigenes Feld. Freilich eins, dem weniger Aufmerksamkeit zuteil wird. Neu ist weder das eine noch das andere. Wohnungsnot und Wohnungselend sind schon seit der Entstehung von Großstädten allgegenwärtig.

Über Jahrzehnte hinweg war das Wohnen Gegenstand eines paternalistischen Gestaltungswillens, der nicht beim Gegenstand stehen blieb, sondern sich auf das ganze Leben des Menschen

bezog. Als der österreichische Architekt Adolf Loos Ende des 19. Jahrhunderts schrieb, jeder sei sein eigener Dekorateur, war das keine Einladung zur Beliebigkeit, sondern ein Aufruf zur Autonomie. Doch dieser Autonomie stand bald eine Pädagogik der Form gegenüber, die im Namen von Ordnung, Klarheit und Rationalität alles vermeintlich Überflüssige, alles angeblich Schmückende und alles ungeordnet Erscheinende stigmatisierte.

Der 1907 in München gegründete Deutsche Werkbund oder das 1919 in Weimar gegründete Bauhaus und die letztmalig 1961 erschienene Zeitschrift »Deutsche Warenkunde« – sie standen unter dem Zeichen einer moralischen Verpflichtung: nicht allein zur Schönheit, sondern zu einer neuen Lebenshaltung. Möbel waren keine Waren, sondern Bekenntnisse. Und die Wohnung war kein beliebiger Rahmen, sondern ein normiertes Gefäß für das, was man das »neue Leben« nannte. In der behaupteten Klarheit der Linien lag der Anspruch auf Wahrheit; in der Vermeidung des Ornaments das Versprechen einer gereinigten Zukunft. 1927 präsentierte eine Werkbund-Ausstellung in Stuttgart Wohnräume, die bis dahin übliche Einrichtungsvorlieben brüsk verurteilten. Das Plakat zur Ausstellung war Programm: Mit breiten roten Pinselstrichen war ein bürgerliches Wohnzimmer mit einem X durchgestrichen; »So Nicht!« hieß

es warnend. Wohnen sollte stattdessen normiert werden. »Richtig« und »falsch« standen sich fortan unversöhnlich gegenüber.

Die Rückkehr der Unverbindlichkeit

Doch dem missionarischen Eifer fehlten die Vollmachten. Individueller Konsum trat an die Stelle der verordneten Gestaltung. Das Möbel verlor seinen erzieherischen Charakter und wurde zum Produkt. Was einst als Hausgerät mit pädagogischem Eigensinn gedacht war, steht heute in Versandlagern, konfektioniert in Millimeter und Moodboards. Die Wohnung ist nicht mehr Ort überzeitlich gültiger Normierung, sondern Ort kurzweiliger Selbstinszenierung. Und wo früher eine Profession zu Maß und Haltung missionierend aufforderte, erlaubt der Konfigurator heute jede Laune.

Ist es ein Verlust an Ernsthaftigkeit, der sich seit einigen Jahrzehnten in den Wohnungen manifestiert? Ihre Oberflächen glänzen, ihre Funktionen sind durchdacht, ihre Nutzer inszenieren sich als Gestalter. Fehlt dennoch etwas? Hat sich die Gestaltungshoheit des Konsumenten als Chimäre erwiesen? Denn wo alles möglich ist, wird nichts mehr notwendig. Und wo nichts notwendig ist, heißt es mitunter resignierend, mangelt es am Sinn.

An die Stelle von Verzicht und Beschränkung trat schon vor Längerem Konsum als Zeichen materiellen Wohlstands. Bevormundungen spielen beim Einrichten der Wohnungen längst keine Rolle mehr. Jedoch ist die Konsumfreude inzwischen getrübt: Angesichts



»Palo / Ball Chair« von Eero Aarnio, 1963

weitreichender Folgen des Klimawandels ist der Umgang mit Ressourcen eine immer drängendere Frage, auch für das Wohnen. Die Vernunft verlangt langlebige Einrichtungsgegenstände, die Logik kapitalistischer Warenproduktion

indes kurzlebige Zyklen. Lässt sich dieser Grundkonflikt lösen?

Jörn Düwel ist Professor für Geschichte und Theorie der Architektur an der HafenCity Universität in Hamburg

MEHR DAZU

Jörn Düwel, Niels Gutschow. Gestaltung von Glück. Vom Scheitern des Werkbunds und dem Aufstieg von Ikea: Städtebau, Architektur und Wohnen der jüngeren Zeit. DOM publishers 2023

Wir greifen die Vielfalt der Baukultur auf

Fallerhäuser spiegeln das Wohnen im Miniaturformat

Horst Neidhard, Chef des Modellbauerherstellers Faller, im Gespräch mit Ludwig Greven über die Faszination, Häuser und Landschaften in Miniatur nachzubilden und darüber, wie sie die gesellschaftlichen Veränderungen widerspiegeln. Die Gebr. Faller GmbH wurde 1946 von den Brüdern Edwin und Hermann Faller gegründet und ist Weltmarktführer für Modelleisenbahnzubehör, u. a. die Fallerhäuser.

Ludwig Greven: Haben Sie als Kind mit Fallerhäuschen gespielt?

Horst Neidhard: Mein älterer Bruder hatte eine Modelleisenbahnanlage. Wir Jüngeren durften auch mal Häuschen basteln und die Landschaft mitgestalten. Ich bin aber nicht so der Basteltyp.

Wer kauft und baut die Häuschen und gestaltet damit oft ganze Miniaturlandschaften?

Es sind überwiegend Erwachsene, meist zwischen Ende 30 und 60, hauptsächlich Männer. Sehr viele mit Hochschulabschluss, Meister, Facharbeiter. Der größte Teil gibt an, dass sie etwas gestalten und kreativ Ideen verwirklichen wollen. Viele sind technikbegeistert. Ein kleinerer Teil sind Sammler oder sie haben schon als Kinder mit Eisenbahnen gespielt und sind dabei mit Faller in Berührung gekommen. Sie leben nostalgische Gefühle aus.

Die Bausätze spiegeln verschiedenste Baustile, von mittelalterlichen Fachwerkhäusern, Burgen bis zu modernen Gebäuden. Bilden sie eine Geschichte des Wohnens und der Architektur ab?

Seit der Gründung von Faller 1946 gehört es zum Programm, vergangene Stile wiederzugeben, aber

Wir verzeichnen seit 2006 ein kontinuierliches Wachstum. Einen besonderen Boom gab es in den Coronajahren

auch bewusst neue Stilrichtungen in den Fokus zu nehmen. Ein großes Thema ist die Industrie-geschichte in Verbindung mit der Eisenbahn. Aber genauso romantisch eingeordnete ländliche oder städtische Gebäude. Flachdachungslows aus den 1960er Jahren waren mal sehr gefragt. Das hat etwas mit der Erlebniswelt der Kunden, teils in der Kindheit, zu tun. Aber sonst gibt es keine Schwerpunkte. Momentan geht es eher in die aktuelle Zeit.

Sind die kleinen Gebäude jeweils echten nachgebildet oder einem bestimmten Baustil?

Es gibt Modelle, die sehr nahe am Original sind. Andere bilden mehr einen Baustil bzw. einen Typ von in der Realität zu findenden Gebäuden ab, vom Fachwerkhaus bis zum Plattenbau, in den unterschiedlichsten historischen Zuständen. Dazu Streetart, Graffiti, nachträglich hinzugekommene Schau Fenster aus den 1950ern, Balkonanbauten wie sie in den 1990ern aufgekomen sind. Das alles ist Ausdruck einer Baukultur, die wir aufgreifen. Manche Kunden stellen die

Landschaften und Gebäude in einer bestimmten zeitgeschichtlichen, vom jeweiligen Baustil geprägten Epoche dar, andere so, wie es heute ist. Auch wer etwa eine Bauhaussiedlung oder eine typische Arbeitersiedlung der 1920er Jahre als Inspirationsquelle sucht, wird bei uns fündig, wird aber einen erheblichen Anteil an eigener kreativer Leistung, handwerklichem Geschick und Darstellungskraft einbringen, um sein gewünschtes Ergebnis zu erzielen. Das macht es so spannend.

Sind Modelleisenbahnen und Fallerhäuschen noch genauso gefragt wie nach dem Krieg?

Wir verzeichnen seit 2006 ein kontinuierliches Wachstum. Heute sind es aber vor allem Erwachsene, nicht mehr Kinder. Einen besonderen Boom gab es in den Coronajahren. Um den Nachwuchs zu begeistern, veranstalten wir neben vielen Modellbahnclubs Bastel events und beteiligen uns an einem Projekt »Modellbahnen und Schule« über den den Deutschen Verband der Spielwarenindustrie. Da können eine ganze Reihe von Fähigkeiten vermittelt werden: Planung, Handwerkliches, Technik, Kreativität, auch Ausdauer und Geduld.

Sie bieten sowohl städtisches Flair, die geschäftige Wirtschaftswelt als auch ländliche Idylle an, wie auf Ihrer Website steht. Spiegelt das die unterschiedlichen Lebensstile und Vorlieben in unserer heute sehr diversen Gesellschaft?

Romantik und ländliche Themen funktionieren durchgängig gut. Modellbau ist aber letztlich so vielfältig wie die Umgebung, in der unsere Kunden leben bzw. aufgewachsen sind. Daher spiegeln sich auch industrielle, technologische und gesellschaftliche Entwicklungen mit einer Vielfalt der Themen und Regionen. Unsere Community zeichnet aus, dass sie sehr entspannt miteinander umgeht. Der Wunsch, gemeinsam etwas zu erschaffen oder sich die Ergebnisse zu zeigen, hat einen wunderbaren Trend bestärkt, nämlich Fotos und Videos von hoher Qualität ins Netz zu stellen und in Foren zu diskutieren.

Die große Welt im Kleinen: Steht das für den Rückzug in eine Wunderwelt? Oder ist es eine Form, sich die reale Welt mit Händen greifbar zu machen?

Ich sehe eher eine Art Kontemplation. Indem die Modellbauer sich mit ihrem individuellen Projekt der Welt im kleinen Maßstab intensiv auseinandersetzen, tauchen sie aktiv in eine Gedankenwelt ab, genauso, wie wenn man ein gutes Buch liest. Es sind nach unseren Marktuntersuchungen Menschen, die mitten im Leben stehen. Wenn ich mir unsere Clubs anschau, sind dort Personen aktiv, welche sich oft auch in anderen Bereichen engagieren, im Sportverein oder im Ehrenamt wie z. B. der freiwilligen Feuerwehr. Die Motive sind Ausleben von Kreativität, Beschäftigung mit technischen Themen sowie der Wunsch, etwas Haptisches zu erschaffen. Das ein oder andere Werk dazu mit einer Prise Humor und Originalität gewürzt.

Horst Neidhard ist Geschäftsführer der Gesellschafter der Gebr. Faller GmbH in Gütenbach im Schwarzwald. Ludwig Greven ist Publizist

Wohnverwandtschaften

Wohnpaare als Wahlverwandtschaften

DANIEL FUHRHOP

Früher lebten nur selten ältere Menschen allein im Haus: Die Großmutter oder der Großvater wohnten bei den erwachsenen Kindern und den Enkeln oder nebenan im sogenannten Auszugshaus, dem Altenteil. Drei Generationen unter einem Dach sieht man heute kaum noch, weil die persönliche Freiheit gewachsen ist, während der familiäre Zusammenhalt schrumpfte. Als Folge dieses gesellschaftlichen Wandels leben viele Ältere in zu groß gewordenen Wohnungen oder im großen Haus. Dieses Alleinsein führt oft zu Einsamkeit. Einen Ausweg bieten Wohnpartnerschaften zwischen

und Alt sich gegenseitig helfen: Die Älteren bieten Wohnraum und Lebenserfahrung. Die Jüngeren helfen beim Smartphone oder packen im Haus und Garten an. In manchen Modellen wird festgelegt, welche Unterstützung wie viele Stunden pro Woche die Jüngeren leisten. Andernorts wird vereinbart, dass die Jüngeren eine bestimmte Zahl von Nächten pro Woche im Haus verbringen oder einige Wochenenden. In solchen Modellen zahlen die Jüngeren kaum oder kein Geld in die Wohnungskasse. In anderen Varianten gibt es keine formelle Verpflichtung zur Unterstützung, dafür beteiligen sich die Jüngeren stärker an den Wohnkosten. So oder so geht es nie um Pflege, höchstens um Hilfe.

Homesharing bringt seit 50 Jahren Menschen zusammen, in 17 Staaten. Darunter sind so unterschiedliche Kulturen wie Deutschland und Spanien, die

im ganzen Land. In London konkurrieren ein Dutzend Homeshare-Anbieter miteinander. Viele von ihnen arbeiten dank Gebühren kostendeckend; sie sind finanziell unabhängig.

Leider sieht es in Deutschland anders aus. Zwar arbeiten hier etwa 35 Vermittlungsstellen des Modells »Wohnen für Hilfe«. Zwei Drittel von ihnen verfügen aber noch nicht einmal über eine halbe Personalstelle. Dementsprechend gering sind die Erfolge: Zwei Drittel vermitteln weniger als zehn Wohnpaare im Jahr. Auch deswegen wurde seit den 1990er Jahren jedes zweite »Wohnen für Hilfe«-Projekt wieder eingestellt. Das liegt zudem an der mangelnden Finanzierung. Weltweit werden Gebühren für die Vermittlungsarbeit genommen, nur in Deutschland wird sie kostenlos angeboten. Darum sind die



»Statuette« von Lloyd Schwan, 1995

Jung und Alt. Dabei bilden sich Wahlverwandtschaften zwischen Wohnpaaren. Diese Form des Zusammenwohnens belebt leerstehende Kinderzimmer oder Einliegerwohnungen, sie mobilisiert ungenutzten Wohnraum. Darum hilft das soziale Modell der Wohnverwandtschaften angespannten Wohnungsmärkten.

International nennt man es Homeshare, Wohnpaare aus Jung und Alt zu verbinden. Vermittlungsagenturen bringen passende Paare zusammen. Sie begleiten das Kennenlernen und das Zusammenwohnen. Anstelle einer Familie sichert die Agentur beide Seiten gegenseitig ab: Ein älterer Mensch möchte wissen, wen er oder sie ins Haus lässt. Umgekehrt möchte eine junge Person wissen, zu wem sie kommt. Falls die Chemie nicht stimmt und Probleme auftauchen, reicht ein Griff zum Telefon, und die Homeshare-Agentur greift ein.

Sie vermittelt ein Zusammenwohnen der Generationen, bei dem Jung

USA, Australien und sogar Korea. Offenbar wünschen sich Menschen weltweit Nähe, und sie interessieren sich für den Austausch der Generationen. Das zeigt auch die Vielfalt der Menschen, die bei Homeshare mitmachen: Die Älteren sind im Durchschnitt an die 80 Jahre alt, darunter Hundertjährige, andere sind noch nicht im Rentenalter. Die Jüngeren sind oft Studierende, aber auch Auszubildende. Das Modell funktioniert in Millionenstädten wie Brüssel, wo pro Jahr 450 Jung-Alt-Wohnpaare zusammengebracht werden. Die belgische Organisation Itoit2ages vermittelt Hunderte weitere in kleineren Orten bis herunter nach Chaudfontaine mit nur 15.000 Einwohnern.

Itoit2ages arbeitet im französischsprachigen Landesteil und hat dort in 16 Jahren über 5.000 Wohnpaare verbunden. Von den Senioren empfehlen 97 Prozent das Modell weiter. Ähnlich erfolgreich arbeitet Ensemble2générations in Frankreich mit einer Zentrale in Paris und Franchise-Partnern

Vermittlungsstellen vollkommen abhängig von Geldgebern wie einem Studierendenwerk oder einer Kommune. Es fehlt eine Kultur des Professionellen im Sozialen. Man verlässt sich oft nur auf Ehrenamtliche oder Teilzeitkräfte. In anderen Ländern fehlt das gute deutsche Sozialsystem, doch aus dieser Schwäche folgt eine Stärke: Man ist es dort gewohnt, auch im sozialen Bereich finanziell stabile Systeme aufzubauen.

Wer Homeshare in Deutschland so erfolgreich aufbauen möchte wie in anderen Ländern, sollte nach internationalen Standards vorgehen, mit Vollzeitkräften und angemessenen Gebühren. Würden wir das so professionell anpacken wie die Belgier, könnten 30.000 junge Leute pro Jahr mit Wohnraum versorgt werden. Jedes einzelne Wohnpaar bringt junge und alte Menschen zusammen und bereichert ihr Leben.

Daniel Fuhrhop ist Autor sowie Kommunalberater für Wohnraum-mobilisierung

© VITRA DESIGN MUSEUM | FOTO: JÜRGEN HANS

Wohnen und Arbeiten im Atelier

Neue Wohnformen ohne Profitorientierung

BENJAMIN GÜNTHER & NICOLA SCHÜLLER

Kim Wiener grundiert eine Leinwand. Ihr Atelierraum ist durch die Glasfronten lichtdurchflutet, der Raum ist karg, mit einem gestrichenen Estrich, die Wände hat sie roh belassen. Im hinteren Teil des Ateliers hat sie einen Bereich mit einem raumhohen Regal abgetrennt, hier ist ihre kleine Bibliothek, hier steht der Arbeitstisch, der von Zeit zu Zeit auch umgebaut wird für Essen mit Freunden und Familie oder Arbeitstreffen mit Kollegen aus dem Haus. Das Atelier ist das Herzstück ihrer Atelierwohnung und gleichzeitig der Raum größter Freiheit für sie. Sie hat ihn unausgebaut übernommen, und hat – wie alle Bewohner des Hauses in der Amalfistraße – selbst den Ausbaustandard bestimmt und auch selbst Hand angelegt. Der andere Teil ihrer Atelierwohnung, der Wohnbereich, ist funktional und zweckmäßig. Auch diesen

Wohnraum ist ein knappes und teures Gut – in Berlin sowie in fast allen europäischen Städten

Teil hat die Künstlerin unausgebaut übernommen, lediglich Bad und Küche hatten bereits Bodenbeläge und Einbauten. Nach einer solchen Atelierwohnung hat Kim Wiener lange gesucht, denn ihr bisheriges Atelier in einer alten Werkhalle wurde gekündigt, das Fabrikareal wird entwickelt und vermarktet. Die Mieten nach Fertigstellung wird sie sich nie leisten können. Das Haus in der Amalfistraße und auch die Person Kim Wiener sind frei erfunden. Real ist aber der Bedarf an alternativen Wohnformen und die Idee, die hinter dieser kleinen Szene steckt: das Schaffen von zeitgemäßem Wohnraum zu günstigen Mieten durch eine alternative Art der Entwicklung. Das ist

die Motivation für das Projekt »BERLINER-ATELIER-WOHNEN«©. Die Projekt-Idee soll im Folgenden skizziert werden. Wohnraum ist ein knappes und teures Gut – in Berlin sowie in fast allen europäischen Städten. In Berlin hat sich der Wohnungsmarkt in den letzten 30 Jahren jedoch so enorm verändert wie in kaum einer anderen deutschen Stadt. Unmittelbar nach der Wende war Berlin ein Möglichkeitsraum, ein Magnet für Künstler, Musiker, Kreative, Gründer – eine Stadt, in der in alten Lager- und Fabrikhallen bespielbare Räume und buchstäbliche »Freiräume« auch für wenig Geld gefunden werden konnten. Heute ist in der Stadt jede Nische verwertet, Brachen bebaut, Wohnraum und Arbeitsräume sind knapp und teuer, Grundstückspreise schießen in die Höhe und verteuern das Angebot. Der Wohnungsbau in Berlin wird heute durch private Investoren bestimmt, die als Bauträger Grundstücke erwerben, entwickeln und an private Nutzer verkaufen. In diesem Ablauf gibt es viele Faktoren wie z. B. Verkauf von Grundstücken an den Meistbietenden, Gewinnspannen der Bauträger, Maklerprovisionen, Kreditkosten etc., die Auswirkungen auf die Gesamtkosten haben und die letztendlich durch den Verkauf und/oder die Mieten finanziert werden müssen. In Kombination mit dem Mangel an neu geschaffenem Wohnraum treibt dies die Mieten in die Höhe. Bestands- und Neubaumieten klaffen immer weiter auseinander und lassen den Bestandsmarkt erstarren, was zur Folge hat, dass die Menschen nicht mehr umziehen und die erforderliche Fluktuation, die für ein dynamisches und generationengerechtes Wohnungsangebot notwendig ist (Studentenwohnen/Familienwohnen/Altenwohnen), zum Erliegen kommt. »BERLINER-ATELIER-WOHNEN«© will diesen Ablauf aufbrechen und mit gemeinnützigem Wohnungsneubau das aktuelle Wohnungsangebot vergrößern und zeitgemäße Wohnformen zu angemessenen Mietkosten realisieren. In diesem Modell werden Wohnungen durch einen nicht gewinnorientierten Träger gebaut und von ihm direkt an

den Nutzer vermittelt. Die dabei entstehenden Bau- und Finanzierungskosten werden direkt vom Nutzer in Form einer kostendeckenden Miete getragen. Die erforderlichen Baugrundstücke könnten z. B. vom Land Berlin in Erbpacht oder durch gemeinnützige Stiftungen dem Träger kostenfrei zur Verfügung gestellt werden mit der Auflage der gemeinnützigen Verwendung. Eine Erhöhung der Grundstücksausnutzung mit der Auflage des Baus von gemeinnützigem Wohnraum, könnte ebenfalls zur Entlastung der Grundstückskosten beitragen. So würde es z. B. bei dem Projekt für die Amalfistraße möglich, flächendeckend bezahlbare Mieten ohne Subventionsprogramme zu erzielen. Wie sieht das Konzept »BERLINER-ATELIER-WOHNEN«© aus? Strukturell setzen sich die Wohnungen aus einer Wohnkernzelle und einem frei nutzbaren Werkstatt- bzw. Atelierbereich zusammen. Die Kernzelle ist als eigenständige Wohnung nutzbar und in Heizperioden separat beheizbar, was Energie und Heizkosten spart. Der Atelierteil ist ein frei bespielbarer Raum, der in Eigeninitiative vom Nutzer für seine Bedürfnisse ausgebaut werden soll. Der Standard der Wohnungen ist bewusst einfach gehalten, die Böden sind als beschichteter Estrich vorgesehen, Bodenbeläge werden außer in Bad und Küche und

den Fluchttreppenräumen durch den Nutzer ebenfalls in Eigenleistung eingebracht. Die Dachfläche ist als Dachgarten für die Nutzer des Hauses erschlossen. Sie kann ggf. auch als Aufstellfläche zur Erzeugung erneuerbarer Energien (PV-Anlagen, Warmwasserkollektoren etc.) genutzt werden. Die Nutzung der Dachfläche durch ein Staffelgeschoss ist denkbar. Die hier möglichen, höheren Mieteinnahmen können für die Finanzierungen und den Unterhalt des gesamten Gebäudes genutzt werden. Es gibt 4 Wohnungstypen mit Ein- bis Vierzimmerwohnungen, die direkt mit einem Atelierraum verbunden sind. Bei den größeren Maisonette-Typen ist der Atelierraum zweigeschossig. Die Wohnungen im Erdgeschoss erhalten einen direkten Zugang von der Straße und können so auch öffentlichkeitswirksame Nutzungen wie Läden, Werkstätten, Kanzleien, Ateliers etc. aufnehmen. Der öffentliche Raum der Stadt wird hier belebt. Welchen Nutzen hat »BERLINER-ATELIER-WOHNEN«© für die Stadt Berlin? Eine vitale internationale Szene aus Kunst- und Filmschaffenden, Designern, Kreativen aus Mode, Computer-, Medienbranche etc. gehört zu denjenigen Faktoren, die Berlin heute attraktiv machen. Das Wachstum dieser Szene verdankt sich nicht zuletzt auch der Verfügbarkeit von günstigen, atelierartigen

Räumen, beispielsweise in unsanierten Fabrik- und Gewerbebauten. Als Zwischennutzer konnten Kunst- und Kulturschaffende diese bisher günstig mieten, Merkmale wie große Raumhöhen, industrieller Fußbodenbelag, Lastaufzüge etc. boten den Kreativen ideale Bedingungen zum Arbeiten. Aufgrund von Sanierungen, Privatisierungen und anderen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden diese Räume knapp. Berliner-Atelier-Wohnen greift in Typologie und Ausstattungsmerkmalen diese Besonderheiten auf. BAW schafft Räume für eine Kombination von Wohnen und flexiblem Atelierraum, die der Nutzer sich aneignen und für seine Zwecke nutzbar machen kann. Die Stadt Berlin – oder auch andere Gemeinden – hätten die Möglichkeit das Wohnungsangebot zu steuern, ohne selbst Geld zu investieren, indem sie gemeinnützigen Wohnungsbauträgern stadteigene Grundstücke für den Bau zur Verfügung stellen. Die Stadt Berlin könnte damit die Vitalität der internationalen Berliner Szene fördern – einen wichtigen Impulsgeber für die Berliner Wirtschaft. Benjamin Günther und Nicola Schüller sind Architekten und Initiatoren des Projekts Berliner-Atelier-Wohnen Mehr dazu online unter: berliner-atelier-wohnen.de

Erinnern, Wohnen, Weiterdenken

Die STADT UND LAND-Museumswohnung WBS 70 in Hellersdorf

ANJA LIBRAMM

Wenn ich die Tür zur Museumswohnung in der Hellersdorfer Straße 179 öffne, trete ich in eine andere Zeit. Die Gegenwart bleibt draußen. Meine Füße sinken in den Spannteppich, und augenblicklich stellt sich Vertrautheit ein. Ein kaum zu beschreibender Duft steigt auf – und mit ihm Erinnerungen: an die Räume meiner Kindheit, an das Zuhause der Großeltern. In solchen Momenten wird Geschichte unmittelbar erfahrbar – auf eine Weise, die keine Vitrine und kein Ausstellungstext vermitteln können. Die Museumswohnung vom Typ WBS 70 in Berlin-Hellersdorf wurde 2004 eröffnet. Ihre Entstehung geht auf ein Projekt der EXPO 2000 und die Sanierung des sogenannten Grabenviertels zurück.

Im Zuge der Arbeiten wurde beschlossen, eine Wohnung im Originalzustand zu erhalten. Möbel, Bücher, Geschirr und Geräte stammen überwiegend aus Spenden – von Mieterinnen und Mietern, Mitarbeitenden und Nachbarinnen und Nachbarn, die ihre persönlichen Erinnerungen beisteuerten. So entstand ein authentischer Ort, der zeigt, wie Millionen Menschen in der DDR tatsächlich wohnten. Mit ihren 61 Quadratmetern steht die Dreiraumwohnung exemplarisch für den meistgebauten industriellen Wohnungsbautyp der DDR. Allein in Hellersdorf entstanden in den 1980er Jahren rund 40.000 solcher Wohnungen. Innerhalb von nur 18 Stunden konnte eine Einheit montiert werden – eine technische Meisterleistung der Serienfertigung. Doch die Museumswohnung verdeutlicht: Hinter der Standardisierung entwickelte sich eine eigenständige Wohnkultur. Glasvasen, ein Kunstdruck von Walter Womacka oder ein typisches DDR-Radio erzählen vom Wunsch, trotz eingeschränkter Auswahl

ein wohnliches, individuelles Zuhause zu schaffen. Viele Menschen waren erfinderisch: Möbel wurden getauscht, Räume umfunktioniert, aus vorhandenen Materialien Neues geschaffen. So entstand Persönlichkeit und Wärme in einem genormten Umfeld. 1989 lag das durchschnittliche Bruttomonatsgehalt bei etwa 970 Mark der DDR. Die Miete einer solchen Wohnung betrug rund 109 Mark, die Einrichtung dagegen ein Vielfaches – teils über 10.000 Mark. Ein Farbfernseher war ein begehrtes Statussymbol, auf das viele Jahre gespart wurde. Während im Westen Konsumgüter leichter zugänglich waren, prägte im Osten die Planwirtschaft die Gestaltungsmöglichkeiten. Aus dieser Situation entwickelte sich eine eigene ästhetische Haltung, die heute unter dem Begriff Ostmoderne diskutiert wird: funktionale Möbel, klare Linien, charakteristische Farbwelten und eine reduzierte, aber selbstbewusste Gestaltungsästhetik – Ausdruck von Pragmatismus und Kreativität.

Die Museumswohnung macht besonders deutlich, wie Menschen Standardisierung kreativ ausfüllten. Trotz genormter Architektur zeigen die Räume persönliche Akzente, Geschmack und kulturelle Vielfalt – hier wurde Standard zum Zuhause. Heute erfüllt die Museumswohnung weit über den Erinnerungswert hinausgehende Funktionen. Sie wird von Schulklassen und Studierenden besucht, von Touristinnen und Touristen besichtigt und dient immer wieder als Kulisse für Filme oder Musikvideos. Der freie Eintritt macht sie für alle zugänglich – ein bewusst gesetztes kulturpolitisches Signal. Hier geht es nicht um Nostalgie, sondern um Bildung, Teilhabe und kritisches Erinnern. Vor dem Hintergrund aktueller Wohnungsdebatten gewinnt die Rückschau neue Relevanz. Fragen nach bezahlbarem Wohnraum, nach seriellen Bauformen und nach der Balance zwischen Funktionalität und Lebensqualität stehen wieder im Zentrum gesellschaftlicher Diskussionen. Der WBS 70 war ein Versuch, durch industrielle Fertigung

breiten Bevölkerungsschichten Wohnraum zu sichern. Die Museumswohnung eröffnet einen Reflexionsraum: Was können wir aus der Vergangenheit lernen, um die Zukunft des Wohnens sozial, ästhetisch und kulturell verantwortungsvoll zu gestalten? Sie lädt zum Innehalten ein. Standardisierte Räume, durch persönliche Akzente zu einem Zuhause verwandelt, machen DDR-Alltag erfahrbar – historisch, sinnlich, gesellschaftlich bedeutsam. Sie zeigt, wie Menschen wohnten, lebten und träumten, und fordert uns zugleich heraus, das Wohnen der Gegenwart nicht nur technisch oder ökonomisch, sondern auch kulturell und gesellschaftlich zu begreifen. Denn Wohnkultur ist immer auch Gesellschaftskultur – damals wie heute. Anja Libramm ist stellv. Pressesprecherin der STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mbH Mehr dazu online unter: stadtundland.de/museumswohnung



»Das ist unser Haus«

Zur Geschichte der Hausbesetzungen

HANNO HOCHMUTH

Am 8. Dezember 1971 fand an der Technischen Universität Berlin ein »Teach-In« statt. Anlass der studentischen Versammlung war der Tod des jungen »Stadtguerilleros« Georg von Rauch, der vier Tage zuvor bei einem Schusswechsel mit der Polizei in Berlin-Schöneberg ums Leben gekommen war. Für die meisten Versammelten war klar, dass hier ein »faschistischer« Staat einen politischen Mord begangen hatte. Eine Reaktion musste her. Flugblätter wanderten durch die Reihen, in denen zur Besetzung eines leerstehenden Schwesternwohnheims in Kreuzberg aufgerufen wurde. Die Studierenden zogen los und besetzten das Bethanien.

Es entstand ein selbstverwaltetes Wohnkollektiv, in dem vor allem Jugendliche unterkommen sollten, die mit ihren Eltern und dem Staat in Konflikt geraten waren. Bis zu 50 Menschen konnten gleichzeitig in dem besetzten Haus leben, das fortan »Georg-von-Rauch-Haus« genannt wurde. Hausbesetzungen hatte es im Jahr zuvor bereits im Frankfurter Westend gegeben. Das Vorbild waren Hausbesetzungen in London und Amsterdam. Nun gab es auch in West-Berlin ein besetztes Haus.

Die Band »Ton Steine Scherben« verewigte das besetzte Haus in ihrem

»Rauch-Haus-Lied«, das zu einer Hymne der Hausbesetzerbewegung wurde. Frontmann Rio Reiser sang in dem Song den Widerstandsgeist der Besetzer und mobilisierte gegen einige Immobilienunternehmer in Kreuzberg: »Doch die Leute im besetzen Haus / riefen: ›Ihr kriegt uns hier nicht raus! / Das ist unser Haus, schmeißt doch endlich / Schmidt und Press und Mosch aus Kreuzberg raus.«

Die Band »Ton Steine Scherben« verewigte das besetzte Haus in ihrem »Rauch-Haus-Lied«, das zu einer Hymne der Hausbesetzerbewegung wurde

Tatsächlich blieben die Besetzer im Georg-von-Rauch-Haus und erhielten Nutzungsverträge. Ende der 1970er Jahre folgten immer mehr Menschen diesem Vorbild und besetzten Häuser in West-Berlin. Die zweite Welle der Hausbesetzungen setzte ein. Jetzt waren es meist leerstehende Mietshäuser, die besetzt wurden. Neu war außerdem, dass

sich viele Besetzer daran machten, die sanierungsbedürftigen Häuser selbst instand zu setzen. Der Begriff »Instandbesetzer« wurde geboren.

Auf dem Höhepunkt der Bewegung 1981 waren in West-Berlin 169 Häuser besetzt. Doch der Berliner Senat ging von nun an immer konsequenter gegen Hausbesetzungen vor. Der »Berliner Häuserkampf« entbrannte und eskalierte, als der junge Hausbesetzer Klaus-Jürgen Rattay am 22. September 1981 ums Leben kam, weil er unter einen fahrenden BVG-Bus geriet. Ähnlich wie zuvor Georg von Rauch wurde auch Rattay zu einem Märtyrer der Hausbesetzerbewegung, die zunehmend in zwei Lager zerbrach. Die einen suchten Verhandlungen, um die Besetzungen zu legalisieren. Die anderen lehnten jedwede Verhandlungen kategorisch ab und verstanden die Besetzungen als Klassenkampf.

Besetzungen gab es jedoch nicht nur im Westen, sondern auch in Ost-Berlin. Insbesondere in den Altbauvierteln existierte die Praxis des Schwarzwohnens. Das waren illegale Wohnungsbesetzungen, die den massiven Leerstand in den alten Mietskasernen ausnutzten. Dies ließ eine Praxis gedeihen, die die zentrale Wohnungsvergabe in der DDR umging. Menschen schnappten sich einfach einen »Dittrich«, sperrten leerstehende Wohnungen auf und nahmen sie für sich in Besitz.

Die Behörden schritten nur in seltenen Fällen ein und tolerierten die Praxis des Schwarzwohnens weitgehend. Sie verhielten sich allerdings nur dann ruhig, wenn die Wohnungsbesetzungen still und leise erfolgten. Im Gegensatz zu den öffentlichkeitswirksamen Hausbesetzungen in West-Berlin wurde um die Wohnungsbesetzungen im Osten nur wenig Aufhebens gemacht. Das Schwarzwohnen war ein verborgenes Phänomen.

Das änderte sich erst mit dem Fall der Mauer. Von nun an wurden auch im Osten Berlins ganze Häuser besetzt und lautstark reklamiert. Die dritte Besetzerwelle brach an. 1990 gab es etwa 140 besetzte Häuser in Ost-Berlin, fast genauso viele wie knapp zehn Jahre zuvor in West-Berlin. Am meisten besetzte Häuser gab es in der Mainzer Straße in Friedrichshain. Hier wurde ein ganzer Straßenzug mit zehn aufeinanderfolgenden Häusern und zwei gegenüberliegenden Gebäuden besetzt. Im November 1990 wurde die Mainzer Straße jedoch von einem großen Polizeiaufgebot geräumt. Es war gleichermaßen der Höhepunkt wie auch der Endpunkt der Hausbesetzerbewegung.

Neue Besetzungen gab es danach kaum mehr. Einige Hausprojekte wurden legalisiert und erhielten Mietverträge. Heute gehören die Häuser aber oft neuen Eigentümern, die wenig Sympathie für die linken Hausprojekte

zeigen und Räumungen durchsetzen. So gibt es in Berlin immer wieder Auseinandersetzungen zwischen Besetzern und der Polizei. Manche der Parolen und Protestformen erinnern dabei

Heute gehören die Häuser oft neuen Eigentümern, die wenig Sympathie für die linken Hausprojekte zeigen und Räumungen durchsetzen

stark an die 1980er Jahre. Der Mythos der Hausbesetzungen ist noch immer lebendig. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Situation seither fundamental gewandelt hat. Es gibt kaum noch leerstehende, unsanierte Häuser, die überhaupt noch besetzt werden könnten. Hausbesetzungen sind daher heute weitgehend Geschichte.

Hanno Hochmuth ist Historiker am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) und lehrt Public History an der Freien Universität Berlin. Zuletzt veröffentlichte er im Ch. Links Verlag das Buch »Berlin. Das Rom der Zeitgeschichte«

Wachsen und Schrumpfen

Umgang mit demografischen Veränderungen am Beispiel von Eisenhüttenstadt

STANLEY FULS

Eisenhüttenstadt kennt in seiner 75-jährigen Geschichte nur Wohnungsnot oder Wohnungsüberschuss. Die Jahre zwischen der Gründung im Jahr 1950 und dem Mauerfall waren von kontinuierlichem Wachstum geprägt. Mit jeder Erweiterung des Stahlwerks wurden neue Wohnkomplexe (WK) errichtet. 1989 waren es sieben WK für ca. 53.000 Einwohner, ein achter für etwa weitere 30.000 Einwohner war in Planung. Die meisten Menschen zogen der Arbeit wegen zu und mussten am Anfang in beengten Verhältnissen wohnen und auf ihre »richtige Wohnung« warten.

In einer Stadt mit Wohnungsüberschuss ist die Erwartungshaltung der Menschen hoch und man kämpft(e) um die Mieter

Mit dem Mauerfall begann das ebenso kontinuierliche Schrumpfen. Bis zum Beginn des Stadtumbaus und dem ersten Abriss 2003 verließen ca. 15.000 Menschen die Stadt. Heute hat »Hütte« ungefähr 24.000 Einwohner, seit 2003 wurden ca. 6.400 Wohnungen der ehemals knapp 22.000 Wohnungen gemeinsam von den beiden großen Wohnungsunternehmen, der kommunalen Gebäudewirtschaft (GeWi) und der Eisenhüttenstädter Wohnungsbaugenossenschaft eG (EWG), vom Markt genommen.

Der Stadtumbau hat im Wesentlichen gut funktioniert, die Stadt wirkt ausbalanciert. Was tut man aber nun, wenn die schlimmsten Prognosen eintreffen und Eisenhüttenstadt in den nächsten 15 Jahren aufgrund des

demografischen Wandels um weitere 6.000 Einwohner schrumpft und somit ein Wohnungsüberhang von über 3.000 Wohnungen entstünde?

Die EWG eG verfolgt mehrere Strategien für ihren ca. 4.700 Wohnungen (es waren 2003 fast 7.000) umfassenden Bestand, die sich in drei wesentliche Kategorien unterscheiden lassen:

1. Veränderung der Gebäude und deren Nutzung
2. Veränderung der Quartiere
3. Öffentlichkeitsarbeit.

Neben der klassischen Leerwohnungsinstandsetzung – wir sanieren pro Jahr grundhaft ca. 160 Wohnungen, die teilweise noch aus Erstbezug stammen – verändern wir auch Grundrisse. Wir haben fast ausschließlich Q6- und P2-Gebäude (Wohnbautypologien der DDR-Zeit) im Bestand und somit fast identische Zwei- und Dreiraumwohnungen mit kleinen Zimmern und beengten Bädern. Aktuell sehen wir einen steigenden Bedarf an größeren Wohnungen, so dass wir Wohnungszuschnitte verändern. Aufgrund der gestiegenen Baupreise und Finanzierungskosten haben wir aber vor dem Hintergrund einer durchschnittlichen Neuvermietungsmiete unter sieben Euro pro qm nur begrenzten Handlungsspielraum.

Lange Zeit und bis heute wurde in Eisenhüttenstadt von beiden Wohnungsunternehmen sehr hochwertig saniert. In einer Stadt mit Wohnungsüberschuss ist die Erwartungshaltung der Menschen hoch und man kämpft(e) um die Mieter.

Wir testen momentan neben der klassischen, weiterhin hochwertig grundsanierten Wohnung daher auch andere Wohn- und Wohnungsformen. Young-Living-Wohnungen befinden sich in den Obergeschossen und sind für Azubis gedacht, sie beinhalten eine Küche, und die EWG übernimmt für die

Ausbildungszeit den Genossenschaftsanteil. #obenohne-Wohnungen liegen ebenfalls in den Obergeschossen. Die letzte Schicht wird hier nicht renoviert, es gibt keine Renovierungsverpflichtung bei Auszug, aber einen Gutschein für die letzte Schicht, mit Gestaltungsfreiraum und mit einer geringeren Miete. Gemeinsam mit »Neulandia – Neues Leben und Arbeiten auf dem Land« bieten wir demnächst an einem Gebäudeaufgang liegende möblierte Wohnungen für Menschen von außerhalb Eisenhüttenstadts an, die das Leben in »Hütte« testen möchten. Neulandia hat bereits mehrere sogenannte »Summer of Pioneers« – »sechs Monate Land auf Probe« organisiert, eine »Mini-Variante« dieses Konzeptes kommt nun nach Eisenhüttenstadt.

Die drei Konzepte werden ausschließlich in den Obergeschossen umgesetzt, da sich unsere Gebäude in der älter werdenden Stadt von oben leerziehen. Das Durchschnittsalter der Bewohner ist von ca. 28 auf ca. 50 Jahre gestiegen. Im Umkehrschluss haben wir noch keine Probleme bei der Vermietung von Wohnungen in den unteren Geschossen. Wir versuchen daher die »teuren, großen« Instandsetzungen auf das Erd- und erste Obergeschoss zu konzentrieren, die Vermietung bewusst auf diese Geschosse zu fokussieren und die Bellegung somit zu steuern.

Ohne grundlegende Veränderungen an den Gebäuden und in den Quartieren wird man bei Eintreffen der Prognosen aber nicht auskommen. Daher laufen auch Gespräche mit der Stadtverwaltung, der GeWi und den Versorgern zur nächsten Phase des Stadtumbaus. Wir versuchen gemeinsam, einerseits weitere vertretbare Rückbaupotentiale zu finden, andererseits aber auch im Stadtzentrum und im 6. WK auf flächendeckenden Abriss zu verzichten. Der nicht denkmalgeschützte, zu 100 Prozent mit Fernwärme aus dem Stahlwerk versorgte 6. WK könnte dabei mit partiellem, nach



»Scorpion Computer Cockpit« von Cluvens, 2020

Möglichkeit geschossweisem Rückbau, einer Nachhaltigkeits- und Mobilitätsstrategie das Schlüsselprojekt der Transformation werden. Es entstünde so auch neben der sozialistischen Planstadt eine zeitgemäße CO2-neutrale, barrierefreie zweite Planstadt.

Hütte hat aufgrund seiner Geschichte aber auch Optimismus und Selbstbewusstsein verloren. Wir organisieren daher in Ergänzung zu den städtischen Formaten eigene Kulturveranstaltungen, um die Lebensqualität in der Stadt zu erhöhen – Weihnachtsmarkt, Balkontheater und Sommertanz sind beispielsweise fest im Stadtkalender

verankerte wiederkehrende Events. Kooperationen mit Bildungseinrichtungen wie der Kunsthochschule Weißensee, Ausstellungen wie fünffürhütte, Radtouren und unser 2025 erstmals ausgetragenes HütteBeats-Festival sollen die Stadt über ihre Grenzen hinaus bekannt machen. Die Resonanz ist fast immer positiv, und so hoffen wir, dass der eine oder die andere das enorme Potenzial erkennt und zu uns nach Eisenhüttenstadt zieht.

Stanley Fuls ist Vorstandsvorsitzender der Eisenhüttenstädter Wohnungsbaugenossenschaft eG

»Warum darf ein Sofa nicht schwingen?«

Von der bloßen Funktionalität zur emotionalen Wirkung

Die Möbeldesignerin Hanne Willmann spricht mit Ludwig Greven über fehlende Sinnlichkeit und Weiblichkeit in der deutschen Wohnkultur. Und über Multifunktions-tische.

Ludwig Greven: Sie haben an der Universität der Künste in Berlin und in Barcelona studiert und entwerfen jetzt Möbel, Leuchten und Geschirr. Was hat Möbeldesign mit Kunst zu tun?
Hanne Willmann: Es ist verwandt, aber nicht das gleiche. Kunst kommt aus sich heraus. Design hingegen ist die ästhetische Ausarbeitung von Bedürfnissen. Dazu kommt meine Interpretation von Sinnlichkeit. Ich verstehe mich jedoch nicht als Künstlerin, sondern als Gestalterin.

Die Betten, Sofas, Tische und Regale, die Sie gestalten, sind aber nicht nur Gebrauchsgegenstände.
Ein Bett, wie ich es mir vorstelle, dient nicht allein zum Schlafen. Es drückt Geborgenheit aus, die Möglichkeit sich sinnlich auszuleben. Und sich darauf verlassen zu können, dass es nach Qualität aussieht. Auch das ist gestalterisch umsetzbar. Zum Beispiel durch massive Füße oder eine besondere Polsterung, bestimmte Stoffe. Genauso bei einem Sofa oder Sessel.

Wie würden Sie Ihren Designstil beschreiben?
Er ist menschlich und sinnlich. Für mich ist das Entscheidende, dass der Mensch mit dem Möbelstück in Kontakt kommt. Wie ist es, wenn er es berührt? Wie fühlt es sich an? Deshalb mag ich

weiche Materialien. Betten, Stühle, Sofas, die den Körper auffangen. Da verändert sich etwas. Eine Vase mag schön und handwerklich gut gemacht sein. Aber sie macht nichts mit mir.

Für wen sind die Möbel gedacht?
Ich gestalte sie für hochwertige Marken. Es ist eine Klientel, die sich Qualität leisten kann und will. Manche sparen dafür. Auch ihnen ist wichtig, dass die Sachen lang halten und in Europa oder Deutschland gefertigt und nicht fünfmal um die Welt geschifft werden. Und es müssen design-affine Menschen sein. Bei den Preisen geht es nicht allein um Qualität. Es sind Leute, die Gestaltung schätzen, sich von anderen abheben und individuell sein wollen.

Auf der Gegenseite stehen Ikea und andere Möbelhäuser, die Massenware anbieten. Finden Designermöbel Niederschlag in der allgemeinen Wohnkultur?
Die Topmarken sind Inspirationsgeber für die Masse und die Hersteller solcher Möbel. Das ist genauso wie bei der Mode. Design wird dadurch demokratisiert. Es kommt in alle Schichten und Preiskategorien. Ich finde es wichtig, dass auch jemand, der wenig Geld hat, in einem schön gestalteten Zuhause wohnen kann. Problematisch ist, dass das meist Wegwerfware ist, die nicht lange hält. Und dass es dazu führt, dass man es nach ein paar Jahren wegwerfen will, weil es zu trendy geworden ist. Ich wäre gerne Botschafterin für Qualität und Langlebigkeit.

Möchten Sie stilbildend wirken?
Mein Ziel ist, mehr Feminismus in die Möbelästhetik zu bringen. Deutschland ist sehr geprägt durch das Bauhaus, einen männlichen, kühlen Stil. Es gab zwar immer schon auch Gestalterinnen, aber die durften meistens nur die Teppiche und die Keramik machen. Bestimmt 90 Prozent der bekannten Möbeldesigner sind Männer. Dabei treffen mehr als 60 Prozent der Kaufentscheidungen bei Möbeln Frauen. Ich möchte deshalb mehr Sinnlichkeit oder Weiblichkeit.

Wie drückt sich das aus? In anderen Materialien und Formen?
Vor allem darin, mehr auf die emotionale Wirkung zu achten als auf die bloße Funktionalität. Warum muss ein Tisch kantig sein? Warum kann er nicht eine schön geschwungene Form haben? Sofas sind oft so kastig, dass man sich gar nicht daraufsetzen mag. Warum kann das nicht schwingen, dass man sich reinfallen lässt und sagt: So, jetzt bin ich.

Seit der Pandemie gibt es eine Rückbesinnung auf die eigenen vier Wände. Macht sich das im Wunsch nach mehr Behaglichkeit bemerkbar?
Die Menschen werden mutiger, bei den Formen und bei den Farben. Lange Zeit musste alles grau oder beige sein und eckig. Jetzt nehmen sie schon mal ein altes Sofa und lassen es in Rot aufpolstern. Das hat schon vor der Pandemie angefangen. Stark geändert hat sich auch das Umfeld bei der Arbeit. Auch bei Büro- und Objektmöbeln ist das Wohnlichere, Sinnlichere gefragt.

Ich finde es wichtig, dass auch jemand, der wenig Geld hat, in einem schön gestalteten Zuhause wohnen kann. Problematisch ist, dass das meist Wegwerfware ist, die nicht lange hält. Ich wäre gerne Botschafterin für Qualität und Langlebigkeit

Für deutsche Wohnkultur stand früher die Schrankwand. Dann kam durch Ikea die leichtere skandinavische Art. Was ist heute der vorherrschende Einrichtungsstil?
Das ist inzwischen sehr eklektisch, ein Sammelsurium. Da sind die Erben des Bauhauses, die sich weiter austoben. Daneben gibt es ein bisschen den Feminismus der Sinnlichkeit, den ich veretrete. Andere bevorzugen das Exzentrische der Italiener oder das kühle Skandinavische. In der Architektur wird wieder mehr Wert auf Innenausbau gelegt. Schrankwände und Regale sollen verschwinden, der Einbauschränk ist zurück. Polstermöbel stehen jetzt im Fokus. Und exzentrische Leuchten, die nicht nur Lichtquellen sind, sondern Ausdruck einer Persönlichkeit.

Sie haben in Spanien studiert und in der Türkei gearbeitet. Wie unterscheidet sich die Wohnkultur?
Wir geben viel Geld aus für die Wohnung und die Einrichtung. Dort lebt man mehr draußen. Türken oder Spanier laden meist nur ins Wohnzimmer ein. Bei uns ist das gesamte Haus oder die Wohnung oft für alle offen, jeder kann sich umsehen. Deshalb legen wir wahrscheinlich mehr Wert auf Ausdruck. Zur deutschen Wohnkultur gehört aber auch das Technische: ein Sessel mit Massage-, Heiz- und vermutlich Startknopf-Funktion. Oder der berühmte Mu-Fu-Ti – der Multifunktions-tisch. Ich versuche, solche Dinge höflich zu übersehen.

Hanne Willmann betreibt seit 2015 in Berlin ihr eigenes Designstudio, das für große Marken arbeitet. Ludwig Greven ist freier Journalist



»Tomato Chair« von Eero Aarnio, 1971

Steuerrecht vereinfachen – Bürokratie im Kulturbereich abbauen

Steuerpolitische Vorschläge des Deutschen Kulturrates

Berlin, den 24.09.2025. In verschiedenen Stellungnahmen, zuletzt in seinen »Steuerpolitischen Vorschlägen zum Jahressteuergesetz 2024«¹, hat der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, unterstrichen, dass die Steuerpolitik ein zentrales Instrument der indirekten Kulturförderung ist. Diese Aussage ist nach wie vor aktuell.

In dieser Stellungnahme konzentriert sich der Deutsche Kulturrat auf Möglichkeiten der Vereinheitlichung und des Bürokratieabbaus im Steuerrecht. Der Deutsche Kulturrat begrüßt, dass die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode einen Schwerpunkt auf den Abbau von Bürokratie legen will. Vereinfachungen im Steuerrecht können einen wesentlichen Beitrag hierzu leisten. Sie können Kulturunternehmen und -einrichtungen, Künstlerinnen und Künstler, Kulturvereine, Verbraucherinnen und Verbraucher und nicht zuletzt die Verwaltung in Kommunen und Ländern sowie im Bund entlasten. Sie tragen zu Transparenz und Verständlichkeit und damit zur Akzeptanz steuerrechtlicher Regelungen bei.

Klarheit bei Umsatzsteuerermäßigungen herstellen

Der Deutsche Kulturrat dankt dem Bundesfinanzministerium und dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, dass für ein wichtiges, in den letzten zehn Jahren immer wieder debattiertes Thema – die Anwendung des ermäßigten Umsatzsteuersatz bei Kunstverkäufen durch den Handel – nunmehr eine Lösung herbeigeführt wurde. Seit dem 01.01.2025 gilt für Kunstverkäufe über den Handel ebenso wie bei Kunstverkäufen aus dem Atelier der ermäßigte Umsatzsteuersatz von 7 %.

Gleichwohl sind hieraus neue Probleme insbesondere mit Blick auf den Umsatzsteuersatz für Künstlerische Fotografie, Lichtkunst, Videoarbeiten und Serigrafien entstanden. Für sie gilt die volle Umsatzsteuer von 19 %, wohingegen für von Hand geschaffene Werke der Malerei und Bildhauerei der ermäßigte Umsatzsteuersatz von 7 % anzuwenden ist. Der Regelsteuersatz wird der Bedeutung künstlerischer Vervielfältigung im Kunstsektor nicht gerecht. Die grundrechtliche Freiheit der Kunst darf nicht länger insofern beschränkt sein, als nur solche Künstlerinnen und Künstler steuerbegünstigt werden, die mit herkömmlichen Materialien und Techniken arbeiten. Im 21. Jahrhundert ist es nahezu abwegig, Urheberinnen und Urheber von der Ermäßigung auszuschließen, die durch die Nutzung moderner Technologien in ihrer künstlerischen Produktion wesentlich zur Weiterentwicklung der bildenden Kunst beitragen. Der ermäßigte Umsatzsteuersatz ist daher auch hier angemessen.

Darüber hinaus gilt auch für andere künstlerische und kulturelle Leistungen und Lieferungen teils der ermäßigte und teils der volle Umsatzsteuersatz. Die Unterschiede sind weder nachvollziehbar noch mit Blick auf die Arbeitspraxis der Urheberinnen und Urheber begründbar. So werden aktuell einfache Lesungen mit 19 % Umsatzsteuer belegt, Lesungen mit schauspielerischen Darbietungen hingegen mit 7%. Für dramaturgisch gestaltete Hörbücher, mithin Hörspiele, gilt ein Umsatzsteuersatz von 19 %, für gelesene Hörbücher bloß 7 %. Wenn Künstlerinnen und Künstler ihre eigenen Rauminstallationen und Skulpturen selbst aufbauen, fallen 19 % Umsatzsteuer an, liefern sie lediglich die Objekte, sind es nur 7 %. Bei Lieferung und Anbringung von fest installierten Kunstwerken am Bau gelten 19 % Umsatzsteuer, wenn das Bildwerk hingegen abnehmbar ist, sind 7 % fällig.

Der Deutsche Kulturrat fordert daher, zum Abbau von Bürokratie sowie aus Gründen der Rechtssicherheit und der Gleichbehandlung künstlerische und kulturelle Leistungen sowie Lieferungen mit

einem einheitlichen Umsatzsteuersatz von 7 % zu belegen. Hierfür gilt es, sich für eine Einbeziehung der entsprechenden Zolltarif-Nummern (z. B. Fotografie: Tarif Nr. 491191) in den Katalog begünstigter Güter stark zu machen. Neben dieser überfälligen Anpassung an die heutige künstlerische Praxis sollte Deutschland alsbald in nationales Recht umsetzen, was die EU-Mehrwertsteuersystem-Richtlinie 2006/112/EG längst erlaubt und von anderen Mitgliedstaaten praktiziert wird.

Perspektivisch sollte für den kompletten Kunst-, Kultur- und Medienbereich generell eine einheitliche technologie-neutrale Umsatzsteuerermäßigung – so auch für Audio- und audiovisuelle Medien – eingeführt werden.

Erweiterung der Kleinunternehmerregelung

Der Deutsche Kulturrat begrüßt, dass die Umsatzschwelle im Rahmen der Kleinunternehmerregelung gemäß § 19 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz zum 01.01.2025 auf 25.000 Euro angepasst wurde. Deutschland bleibt damit aber deutlich unter dem unionsrechtlich möglichen Schwellenwert von 85.000 Euro. Eine Ausschöpfung der unionsrechtlich möglichen Grenze würde zur geplanten Entbürokratisierung beitragen und sowohl Kleinunternehmerinnen und -unternehmer als auch die Finanzbehörden entlasten. Darüber hinaus könnten hierdurch die bestehenden Probleme bei der Einordnung von Leistungen soloselbstständiger Lehrerinnen und Lehrer in der kulturellen Bildung entschärft werden. Derzeit muss zwischen steuerfreien Bildungsleistungen (Ausbildung, Fortbildung oder Umschulung) gemäß § 4 Nr. 21 a) bb UStG, steuerfreien Bildungsdienstleistungen für Kinder und Jugendliche in Einrichtungen ohne Gewinnerzielungsabsicht gemäß § 4 Nr. 23 UStG und der in § 4 Nr. 21 c) vorgesehenen Steuerbefreiung des Privatlehrers unterschieden werden. Eine Ausschöpfung der unionsrechtlich möglichen Grenzen der Kleinunternehmerreglung würde es Soloselbstständigen ermöglichen, wettbewerbsgerecht im Interesse des Leistungsempfängers ohne Vorsteuerabzug steuerfrei Bildungsleistungen anbieten zu können.

Der Deutsche Kulturrat fordert daher, dass die unionsrechtlichen Grenzen der Kleinunternehmerregelung ausgeschöpft werden.

Umsatzsteuerbefreiung für kulturelle Bildungsdienstleistungen

Viele Anbieter kultureller Bildung sind sowohl in der allgemeinen Bildung als auch der Berufsausbildung tätig. Die Übergänge zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung sind in der kulturellen bzw. künstlerischen Bildung teilweise fließend. Darüber hinaus kommt der außerberuflichen kulturellen Bildung eine besondere Bedeutung für die individuelle Persönlichkeitsentwicklung zu, wie es generell für das lebensbegleitende Lernen gilt. Die Umsatzsteuerbefreiung gemeinwohlorientierter Bildungsdienstleistungen dient dazu, kulturelle bzw. künstlerische Bildung allen Personen, unabhängig von ihrem individuellen Einkommen, zugänglich zu machen. Das ist bedeutsam für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Im Jahressteuergesetz 2024 wurden Klarstellungen vorgenommen. Es fehlt bislang aber noch der entsprechend angepasste Anwendungserlass.

Der Deutsche Kulturrat fordert daher, den Umsatzsteuer-Anwendungserlass zügig zu aktualisieren, um so einer verengenden Auslegung der Tatbestände durch einzelne Finanzbehörden entgegenzuwirken und um Rechtssicherheit bei den Trägern kultureller Bildung herzustellen. Klarzustellen ist insbesondere, dass Bildungsdienstleistungen mehr sind als schulische oder auf Schulabschlüsse zielende Angebotsformen und grundsätzlich über die bloße Freizeitgestaltung

hinausgehen. Die Klarstellung soll sich sowohl auf Leistungen selbstständiger Lehrerinnen und Lehrer als auch auf Institutionen der kulturellen Bildung unabhängig von ihrer Rechtsform beziehen.

Davon unbeschadet, sollen gewerbliche Seminaranbieter zur Fort- und Weiterbildung weiterhin ihre Angebote mit Umsatzsteuer belegen können.

Präzisierung der Umsatzsteuerbefreiung für Ensembles in der Trägerschaft juristischer Personen des öffentlichen Rechts und gleichartiger Einrichtungen

Gemäß § 4 Nr. 20 UStG sind die Umsätze von Ensembles – wie beispielsweise Chöre, Orchester oder Theatergruppen – in der Trägerschaft von Körperschaften des öffentlichen Rechts, z. B. Kirchengemeinden, umsatzsteuerfrei. Das Gleiche gilt für Umsätze gleichartiger Einrichtungen. Immer dann jedoch, wenn solche Ensembles Veranstaltungen anbieten, zu denen externe Künstlerinnen oder Künstler, z. B. Solistinnen und Solisten, ergänzend hinzugezogen werden, droht hinsichtlich der Umsatzsteuerfreiheit eine unklare Situation, da nicht mehr allein das Ensemble auftritt. Hier bedarf es einer Klarstellung im Umsatzsteuer-Anwendungserlasses, dass die Umsätze der genannten Einrichtungen auch dann umsatzsteuerfrei bleiben, wenn bspw. Solistinnen und Solisten ergänzend hinzutreten.

Der Deutsche Kulturrat fordert, den Anwendungserlass zur Umsatzsteuerbefreiung von Ensembles nach § 4 Nr. 20 UStG dahingehend zu präzisieren, dass die Umsatzsteuerfreiheit der Aktivitäten dieser Ensembles unbürokratisch garantiert ist.

Optionsrecht für Kultureinrichtungen bei der Umsatzsteuerbefreiung für kulturelle Dienstleistungen

Ein steuerpolitisches Dauerthema ist die Umsatzsteuerbefreiung von Kultureinrichtungen für kulturelle Dienstleistungen. Vor nunmehr 20 Jahren hat die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags »Kultur in Deutschland« in ihrem Abschlussbericht (Bundestagsdrucksache 16/7000) empfohlen, Kultureinrichtungen ein Optionsrecht einzuräumen, ob sie auf die Umsatzsteuerbefreiung verzichten wollen. Im Kulturbereich agieren sowohl privatwirtschaftliche als auch öffentlich geförderte bzw. gemeinnützige Kulturinstitutionen. Während öffentlich geförderte und gemeinnützige Kulturinstitutionen die Umsatzsteuerbefreiung i. d. R. anstreben, stehen privatwirtschaftliche Kulturinstitutionen oftmals vor dem Problem, dass die Finanzbehörden ohne Rücksprache mit den Unternehmen von sich aus für eine Umsatzsteuerbefreiung votieren und die entsprechenden Schritte bei den Kulturbehörden einleiten. Dies führt unter Umständen für die betroffenen Institutionen dazu, dass bereits erstattete Vorsteuern wieder zurückgezahlt werden müssen.

Der Deutsche Kulturrat fordert, die seit mehr als 20 Jahren vorliegenden Vorschläge zum Optionsrecht bei der Umsatzsteuerbefreiung für kulturelle Dienstleistungen endlich umzusetzen. Ein Optionsrecht z. B. für fünf Jahre würde den betreffenden Institutionen Rechtssicherheit geben und ebenfalls zum Abbau von Bürokratie und unnötiger Arbeit insbesondere in der Kulturverwaltung führen.

Optionsrecht für Denkmaleigentümer bei der Umsatzsteuerbefreiung

Gem. § 4 Nr. 20 UStG können auch Denkmäler der Bau- und Gartenbaukunst von der Umsatzsteuer befreit werden. Was vom Gesetzgeber als geldwerter Vorteil gedacht war, hat aber einen Nachteil: So müssen Denkmaleigentümer zwar keine Umsatzsteuer auf z. B. Eintrittskarten (7 %) erheben, sie können dann aber auch auf die bezogenen Leistungen

die Umsatzsteuer nicht abziehen (19 %). Einkäufe und Dienstleistungen werden dadurch wesentlich teurer, ohne dass der Ausfall durch die günstigeren Eintrittspreise und dadurch mehr Besucher kompensiert werden könnte. Ein Wahlrecht, ob man diese Steuerbefreiung nach § 4 Nr. 20a UStG ablehnen möchte, gibt es nicht. Das hat zur Folge, dass sich Eigentümerinnen und Eigentümer dagegen wehren, dass ihre Anlage unter Denkmalschutz gestellt wird.

Der Deutsche Kulturrat fordert die Einführung eines Optionsrechts zur Umsatzsteuerbefreiung für Denkmaleigentümer.

Vermeidung von Doppelbesteuerung bei auftretenden Künstlerinnen und Künstlern sowie grenzüberschreitenden Lizenzierungen

Das 2021 in Kraft getretene Abzugsteu-erentlastungsmodernisierungsgesetz (Abz-StEntModG) sollte eine Reduzierung und Verschlankung der Verfahren zum Steuerabzug nach § 50a EStG für ausländische Steuerpflichtige erreichen. Die mit zahlreichen Ländern abgeschlossenen Doppelbesteuerungsabkommen ermöglichen theoretisch eine Freistellung von der Quellensteuer in Deutschland. Allerdings warten Antragstellende über 12 Monate und länger auf ihre Bewilligungen, anstatt der gesetzlichen Frist von drei Monaten. Derzeit befinden sich noch über 20.000 Anträge beim Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) im Rückstau (Stand Juni 2025)!

Dieser Missstand betrifft sowohl in Deutschland auftretende ausländische Künstlerinnen und Künstler als auch ausländische Lizenzgeber, etwa bei der Lizenzierung von Rechten an Büchern, Musik, Filmen oder Games. Für den Standort Deutschland bedeutet das stark bürokratische Verfahren einen enormen Wettbewerbsnachteil für die deutsche Kultur- und Kreativwirtschaft, zumal die gesetzliche Grundlage in ihren Anforderungen nicht hinreichend zwischen der Erstattung von Kapitalertragssteuern und der Erstattung von Abzugsteuern bei Künstlerinnen und Künstlern sowie Lizenzgebern differenziert, obwohl Letztgenannte nachweislich ein geringes Missbrauchspotenzial aufweisen.

Der Deutsche Kulturrat fordert daher erheblich vereinfachte und entbürokratisierte Verfahren zur Vermeidung von Doppelbesteuerung. Insbesondere die Anwendung von § 50d Abs. 3 EStG auf alle Lizenzgeschäfte der Kreativwirtschaft ist unverhältnismäßig. Zudem ist eine deutliche Erhöhung der Freigrenze für Vergütungen in § 50c Abs. 2 Satz 2 EStG auf mindestens 250.000 Euro erforderlich. Die Expertenkommission »Vereinfachte Unternehmenssteuer« schlug 2024 sogar 500.000 Euro vor. Dieser Veränderung würde zu einem Abbau von Bürokratie in den betroffenen Unternehmen und bei Unternehmern sowie beim Bundeszentralamt für Steuern beitragen.

Reformbedürftig ist außerdem die Besteuerung in Deutschland lebender Künstlerinnen und Künstler, die im Ausland auftreten. Ihre Einkünfte müssen im jeweiligen Auftrittsland unter dortigen Bedingungen versteuert und mit hohem bürokratischem Aufwand in Deutschland nachgewiesen werden, während andere Selbstständige ihre weltweiten Einkünfte im Inland versteuern. Trotz aller Mühen und Sorgfalt lässt sich am Ende eine Doppelbesteuerung nicht immer vermeiden, was zu Lasten der Künstlerinnen und Künstler geht und verfassungsrechtlichen Grundsätzen widerspricht. Länder wie die Niederlande haben dies erkannt und verzichten gänzlich auf die Erhebung der Quellensteuer. Um die aufwendige Erbringung von Nachweisen zu reduzieren, Überbürokratisierung abzubauen und Wettbewerbsnachteile zu verringern, sollten weltweite Einkünfte von inländischen Künstlerinnen und Künstlern ausschließlich in Deutschland versteuert werden. Zumindest sind jedoch eine stärkere Vereinheitlichung sowie Weiterentwicklung der Ausnahmeregelungen mindestens innerhalb

des gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraums notwendig.

Der Deutsche Kulturrat fordert im Sinne der Entbürokratisierung und Vereinfachung, die Ausnahmeregelungen zur Quellenbesteuerung zu vereinheitlichen und um die bereits im offiziellen OECD-Kommentar zum Musterabkommen aufgeführte Möglichkeit zur Obergrenzen-/Threshold-Regelung zu ergänzen. Um die aufwendige Erbringung von Nachweisen zu reduzieren, sollten weltweite Einkünfte von inländischen Künstlerinnen und Künstlern ausschließlich in Deutschland versteuert werden.

Aus Sicht des Deutschen Kulturrates haben sich die Regelungen zur Besteuerung von im Ausland lebenden Künstlerinnen und Künstlern, die in Deutschland auftreten, im Grundsatz bewährt. Da aber die Honorare und insbesondere die Inflationsrate und der Verbraucherpreisindex seit Einführung der vereinfachten Regelungen im Jahr 2009 deutlich gestiegen sind und die Bundesregierung im Februar 2024 Pläne zur Aufnahme von Honoraruntergrenzen in den Bestimmungen der Kulturförderung vorgestellt hat, damit »künstlerische und kreative Arbeit angesichts ihres hohen gesellschaftlichen Stellenwerts auch angemessen vergütet« wird, sind auch hier Anpassungen erforderlich.

Der Deutsche Kulturrat fordert, die Milderungsregel nach § 50a Abs. 2 Satz 3 EStG pro Person pro Auftritt auf mindestens 1.000 Euro anzuheben, um sie an aktuelle Entwicklungen der Inflationsrate und des Verbraucherpreisindex anzupassen.

Angekündigte Steueranreizmodelle umsetzen

Die Film- und Games-Produktionsstandorte stehen in einem intensiven internationalen Wettbewerb. Viele EU-Mitgliedstaaten, aber auch Staaten außerhalb der Europäischen Union, haben zur Förderung der dortigen Kreativwirtschaft Steueranreizmodelle eingeführt. Diese Standortpolitik trägt dort Früchte. Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD wird ein Steueranreizmodell zur Stärkung des Standorts Deutschland angekündigt.

Der Deutsche Kulturrat fordert, die im Koalitionsvertrag in Aussicht gestellte Einführung von Steueranreizen zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Games- und Filmwirtschaft schnellstmöglich umzusetzen.

Ermäßigte Umsatzsteuer auf Antiquitäten

Deutschland sieht keine ermäßigte Umsatzsteuer auf Antiquitäten vor. Dies führt zu einer Benachteiligung des deutschen Handels gegenüber den europäischen Mitbewerbern, insbesondere gegenüber Frankreich (5,5 %), Belgien (6 %) und Italien (5 %). Antiquitäten sind künstlerische Artefakte wie beispielsweise originales Bauhausdesign, die sich durch ihr Alter von mindestens 100 Jahren von Trödel klar unterscheiden.

Der Deutsche Kulturrat fordert die Bundesregierung auf, Antiquitäten (Zolltarifnummer 9706) in Anlage 2 zum Umsatzsteuergesetz hinzuzufügen.

Der Deutsche Kulturrat hat sich in dieser Stellungnahme in erster Linie auf dringend zu lösende umsatzsteuerrechtliche und einkommensteuerrechtliche Fragen konzentriert. Andere steuerrechtliche Themen, wie z. B. Schenkungsteuer, Umsatzsteuer bei Schenkungen von Kunstwerken für gemeinnützige Zwecke und generell gemeinnützigkeitsrechtliche Themen, wird er in einer gesonderten Stellungnahme ansprechen.

¹ »Jahressteuergesetz 2024: Mit Steuerpolitik die Kultur stärken« vom 21.03.2024 kulturrat.de/positionen/jahressteuergesetz-2024-mit-steuerpolitik-die-kultur-staerken/ sowie »Für ein die Kultur stärkendes Steuerrecht – aktuelle steuerpolitische Vorschläge des Deutschen Kulturrates« vom 10.11.2022 kulturrat.de/positionen/fuer-ein-die-kultur-staerken-des-steuerrecht-aktuelle-steuerpolitische-vorschlaege-des-deutschen-kulturrates/

Kurz-Schluss

Wie mich einmal ziemlich überflüssiges pseudopolitisches Parteiengezänk mit einer feinen verlegerischen Idee versorgte

THEO GEIßLER

Stadtbild, Stadtbild, Stadtbild. Die Nation diskutiert, streitet, prügelt sich um einen Begriff, der vielseitig zu interpretieren ist, in vieler Hinsicht aber auch einfach zu erklären wäre. Jedenfalls ist er dynamischer, reizbehafteter im Umlauf als das aktuelle Kultwort der Jugend (»das crazy« – wie blöd). Zwar ist Print angeblich out, Wimmelbild-Bücher verkaufen sich aber, großformatig, wie sie sind, immer noch ganz anständig. Und wenn man den Content so eines Buches mit pfliffigen Ideen aufpoliert, ein bisserl science-fiction-mäßig schminkt, garantiert ich einen Monster-Sale, einen Spiegel-Bestseller in asterixmäßigem Umfang. Zudem hat das Ganze neben unterhaltenden jede Menge bildende Aspekte. Ein finanziell unschlagbares Konzept. Ich wähle für mein Exposé zu nächst zwei unterschiedliche Städte. Beginnen wir mit dem München-Wimmel. Es sollte ein bisschen in die Zukunft weisen bei einem unsentimentalen Mini-Rückblick in die Vergangenheit.

München, das war einmal eine emsige bayerische Millionenstadt eher konservativer Gemütslage. Jetzt, 2035, ist es nahezu der Bauch, das Kleinhirn, die Leber und die Niere der Menschheit. Ein einziges grenzenloses Oktoberfest, auf dem Milliarden Menschen sich um Luft, Bier und WLAN prügeln. Die Erde selbst

scheint sich um die Theresienwiese zu drehen, das ist auch zeichnerisch gut zu bewältigen. Alle Straßen enden an Zapfhähnen. Aus den ehemaligen Universitäten sprudeln statt Gedanken nur noch Weißbierfontänen. Die Polizei regelt den Verkehr mit Masskrügen in weiß (stop) und blau (go). Das ideale Wimmelbild-Sujet.

Jeder Bürger ist verpflichtet mindestens dreimal am Tag »Wackelkontakt« (von Oimara, Tegernsee) »Laila immer gaila« (Dieter Bohlen, Dieter Gorny, Berghain) und die Bayernhymne (Edmund Stoiber, Promillidorf) zu intonieren (zum Anhören eingeschweißten WWW-Funk-Chip antippen) unter Ansetzen des Maßkruges. während digitale Dirndl, gefüllt mit Robot-Madln in optimaler gynäkologischer Gesamtaustattung über den als Glatteis gemalten Asphalt tanzen. Für die ganzjährig stattfindenden olympischen Winter- und Sommerspiele hat man sich attraktive neue Disziplinen ausgedacht: Wellenreiten auf der bis zum Tegernsee aufgestauten Isar (die Mangfall wurde »integriert«). Der Hirschberg mit seinen Doppelgipfeln wurde dank Elektronik-Schrott und Plastikmüll-Spenden um sieben Kilometer aufgepolstert. Gelegentliche Ski-, Rodel- und Bob-Disziplinen können im Bild überzeugend dargestellt werden. Die Biathletinnen und Biathleten dünnen das Feld ihrer Konkurrenz mit der

leichten Uzi aus – a bisserl Blut (Zinnober) muss sei. Folglich: ein supertolles multiinterpretationsmögliches Bilderwirrurr.

Man bezahlt natürlich längst nicht mehr mit Geld oder digital, sondern mit Vollrauschpunkten. Wer genug säuft, darf weiterleben im Paradies der Schaumschlucker. Die üppig vorhandenen Milliardäre lassen sich in privaten Sauerstoffzelten mit frischem Atem aus Epstein-Gefäßen bedienen, während der geschrumpfte Rest der Menschheit sich in der rauchgeschwängerten Festhalle des Weltmarkts mit feuchten bakterienhaltigen und deswegen auch nährhaften Schleimpartikeln vollatmet. Die Stadtregierung, ganz offiziell Ministerium für Dauergaudi genannt, verkündet täglich neue Rekorde. Weltbeste Stimmung, höchster Promillewert, niedrigste Lesekompetenz, höchste Leberzirrhosewerte sind in kleinen Infokästen auf den ansonsten multicolorzisielierten DIN A 0-Seiten zu lesen.

Wimmel-Stadtbild-München ist nicht mehr Deutschland. Wimmel-München ist ein Fest, das die Welt verschluckt hat. So, das wäre ein vorzügliches Sujet.

Das zweite Wimmel-Stadtbild-Buch sollte spannungshalber kontrastieren. Ideal wäre Berlin – in einer zu erwartenden weiteren Dauerkrise: Über dem bleigrauen Himmel schwebt noch der bombastische Nachklang eines Angriffs.

Rauchtürme steigen auf zwischen den Resten der Häuserfassaden, und der Ruine der Oberbaumbrücke, ziehen träge über die zerbrochenen Kuppeln von Reichstag und Dom. Regierungsgebäude verbrannt, geschrumpft zu Dönerbudenformat. Berlin liegt da wie ein zeretzter Organismus. Seine Adern aus Straßen und Schienen durchtrennt, bombendurchtrichert. Die Angriffsdrohnen hatten keine Flaggen getragen, das war zu erwarten. Und auch keine Botschaft hinterlassen. Wem auch. Sie kamen schließlich, um Land zu erobern und nicht um Menschen zu pöppeln.

Sie kamen mit dem lautlosen Summen technischer Überlegenheit, die von interessierten Kreisen als »Alienware« verkauft wurde. Die Drohnenschwärme zogen in V-förmigen Linien, Kranichen gleich über den Spreebogen, ließen ihre Bombenlast fallen, als würden sie chirurgische Schnitte in die Topografie einer alten Zivilisation ritzen. Man sieht Suchtrupps durch die Ruinen streunen und humpeln. Zwischen den verkohlten Fassaden des Alexanderplatzes hängen die holographischen Werbetafeln in Fetzen, aber immer noch flimmernd in der Luft. Produkte sind kaum noch erkennbar und könnten allenfalls ein Publikum bewerben, das nicht mehr existiert. Ein paar Menschen in improvisierten Exo-Suites aus alten Plastiktüten mit den Aufdrucken »Plus« oder »Das Leben ist schön« durchkämmen die Bezirke Charlottenburg, Kreuzberg, Friedrichshain auf der Suche beispielsweise nach Energiezellen. Mit wenigen Strichen verdeutlicht, in der Hoffnung, Gemeinsamkeiten zu finden und dank Gemeinsamkeiten zu überleben. Die

Spree ist trüb braunschwarz von Asche. Auf Brücken, die noch als Trümmer in die Luft ragen, blinken vereinzelte Drohnenlichter, Freund oder Feind, niemand kann es unterscheiden.

Berlin, im Vorwort unseres Wimmelbild-Buches noch dargestellt als ein Zentrum europäischer Kultur, ist jetzt eine Projektionsfläche für die weitverbreitete Zerstörungskraft von Weltmächten, eine Location, in der Schmerz, Hoffnungslosigkeit und Zerfall dominieren. Irgendwo tief unter der Stadt in alten U-Bahn-Schächten sendet ein undefiniertes Signal kurze Impulse, (eingeklebter WWW-Chip) regelmäßig, fast wie ein Herzschlag, zynisch, denn die meisten Herzen haben ja aufgehört zu schlagen. Suchmannschaften befinden sich auf dem Weg, um diesem scheußlichen Lärm ein Ende zu bereiten, ein endgültiges.

Als dritten Stadtbild-Wimmel-Band könnte ich mir – wäre weniger aufwändig und in den Produktionskosten günstiger – Ramallah vorstellen – oder Kiew...



Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

LAWROWS TRÄUME

Regensburg: Bei einem Gefecht zwischen der Bundeswehr und der Bayerischen Polizei wurde ein Soldat leicht am Arm verletzt. Während die Bundeswehr fast zweitausend Schuss abgab, begnügte sich die Polizei mit dreihundert und feierte bereits ihren Sieg im Pfarrkirchener Eros-Center, als bekannt wurde, dass die Bundeswehr nur Übungsmunition benutzt hatte. Andere stünde auch im Ernstfall grundsätzlich nicht zur Verfügung.

Washington: Wie der österreichische Geheimdienst »Drah di net um« erfahren haben will, ist nicht nur der Abbruch eines Flügels, vielmehr der Gesamtabriss des »Weißen Hauses« beschlossene Sache. Er soll durch ein »Braunes Haus« ersetzt werden, das im Maßstab hundert zu eins die »Alpenfestung« eines angeblichen deutschen Diktators namens »Lucky Luke the Second« imitiert. Name der Festung dann: »Trumps New Swanstone«.

Erfurt: Der Thüringer Militär-Museumsverband warnt vor Kürzungen bei einem Ausbildungsprogramm für den

Museumsbereich. Eine Abschaffung des Förderprogramms für entsprechende Volontariate würde vor allem kleinere Museen treffen, sagte Katja Vollmantel. Die weltkriegs-unerfahrenen Volontärinnen und Volontäre könnten nicht nur den Umgang mit Handfeuerwaffen üben. Wie der Einbruch im Pariser Louvre beweise, seien Kenntnisse im Gebrauch von Jagdpanzern, U-Booten und Mittelstreckenraketen unverzichtbar.

Berlin: Bei der Wahl zum Präsidium des Deutschen Musikrates gelang dem Geheimen Propagandageneral der GEMA, Michael Duderstadt erstmals der Einzug in die innerste Kommandozone der obersten Deutschen Musikbehörde. Hintergrund dieses Coups: Jahrelang hatte die GEMA, um Einfluss ringend, das Präsidium im Rahmen dessen Generalstabssammlungen zu üppigen Abendessen eingeladen. Damit ist jetzt Schluss, so Duderstadt in seiner Initiationsrede. Mit diesen Kosten werden wir Deutschen jetzt nicht mehr belastet. Künftig laden Meta, Google Oracle und Warner ein. tg

IMPRESSUM

Politik & Kultur – Zeitung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 10, 10115 Berlin
Telefon: 030.226 05 280
www.politikkultur.de
redaktion@politikkultur.de

HERAUSGEBER
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

REDAKTION
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P),
Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin),
Barbara Haack (Chefin vom Dienst),
Andreas Kolb

REDAKTIONSASSISTENZ
Sophia Blochowicz, Anna Göbel

ANZEIGENREDAKTION
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Martina Wagner
Telefon: 0941.945 93-35,
Fax: 0941.945 93-50
wagner@conbrio.de

VERLAG
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
www.conbrio.de

LAYOUT & SATZ
Birgit A. Rother
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH

DRUCK
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

GESTALTUNGSKONZEPT
4S, www.4s-design.de

Politik & Kultur erscheint 10x im Jahr.

ABONNEMENT
30 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

ABONNEMENT FÜR STUDIERENDE
25 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

BESTELLMÖGLICHKEIT
Die Zeitung erhalten Sie direkt beim Deutschen Kulturrat über abo@politikkultur.de und www.politikkultur.de/abo.

VERKAUFSSTELLEN
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken

sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikkultur.de auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der Newsletter des Deutschen Kulturrates unter www.kulturrat.de abonniert werden.

HAFTUNG
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren und die Klärung von Abdruckrechten. Nicht immer gelingt es uns, Autoren ausfindig zu machen oder Abdruckrechte einzuholen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der nächsten Ausgabe nennen bzw. Abdruckrechte vergüten.

HINWEISE
Der Deutsche Kulturrat setzt sich für Kunst-, Publikations- und Informationsfreiheit ein. Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird manchmal auf die zusätzliche Benennung der weiblichen Form verzichtet. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

FÖRDERUNG
Gefördert aus Mitteln Des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.